

Projekt

„Solidarische Arbeitsverhältnisse“

Abschlussbericht

gefördert durch Otto-Brenner-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung

November 2015

von

Frank Engster, Ute Kalbitzer, Stephan Lessenich

Inhaltsverzeichnis

I. Idee und Ziel des Projekts	4	Die synchrone Zeitachse: Die aktuelle Situation im Zeitregime	47
II. Struktur und Ablauf des Projekts	7	Das Zeitregime in der Wissenschaft	50
II.1. Struktur des Projekts	7	Das Zeitregime im öffentlichen Dienst	52
Die Diskussionsgruppen und die Auswahl ihrer Mitglieder	7	Die Zeit- und Bedürfnisstruktur im Bereich der Unternehmen, der Belegschaften und der Gewerkschaften	53
Die Mitglieder der einzelnen Diskussionsgruppen	8	Die Politisierung der aktuellen Zeitregime	54
Die Moderationsgruppe	8	Zu 4.) Die quantitative und die qualitative Dimension der (Arbeits-)Zeit und ihre Verschränkung	55
II.2. Ablauf des Projekts	11	Die quantitative Dimension der (Arbeits-)Zeit	56
Die Phasen des Projekts	11	Arbeitszeitverkürzung	56
Die einzelnen Treffen der Diskussionsgruppen		Auszeiten	58
III. Methodisches Vorgehen: Auswertung, Probleme und Anpassungen	16	Lebensphasemodelle	59
III.1. Umsetzung und Durchführung des Verfahrens	16	Synchronisierungen und Abstimmungen von (Arbeits-)Zeiten	59
Vorarbeiten und Vorbereitung	16	Die qualitative Dimension der (Arbeits-)Zeit	60
Das Vorprojekt	16	Die Verbindung von quantitativer und qualitativer Dimension	61
Die Treffen der Diskussionsgruppen	16	Entschleunigung / Post-Wachstum	61
Verortung des Projekts in allgemeinen Diskussionen und Einbeziehen externer Diskussionen / anderer Initiativen	19	„Zeit ist Geld“: Das Geld als das öffentliche Gut (Common) schlechthin	62
Die Rückkopplung des Projekts an das ISM und die Stiftungen	19	Das Bedingungslose Grundeinkommen	64
Die Arbeit der Moderationsgruppe	20	IV.4. Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwürfe entwickeln“: Der tote Punkt	65
III.2 Die Probleme des methodischen Verfahrens und die Modifikationen	21	V. Ergebnisse des Projekts: Ansätze für eine solidarische Umgestaltung	70
Fazit des methodischen Verfahrens	23	V.1. Die Gestaltungsvorschläge und die Diskussionsstände auf der Ebene Erwerbsarbeit, Beschäftigte und Unternehmen	71
IV. Inhaltliche Auswertung der Projekt-Phasen	25	V.2. Zeitwohlstand und -autonomie durch materielle und soziale Sicherungen	79
IV.1. Das Vorprojekt: Begriffliche Bestimmung des Projekts „solidarische Arbeitsverhältnisse“	25	Umverteilung/Rückverteilung	80
Die Arbeitsverhältnisse	26	Das Bedingungslose Grundeinkommen	82
Bestimmung und Umfang des Arbeitsbegriffs	26	Soziale Infrastruktur	83
Krise und Umbruch der Arbeitsverhältnisse	27	„The Greek Experiment“: Die praktischen Erfahrungen im Aufbau einer sozialen Infrastruktur	87
Zentrale Widersprüche in der Entwicklung	28	V.3. Die Einbettung in übergreifende Strukturen	91
Der Begriff des „Solidarischen“	28	Die Neugründung Europas	91
Die Problematik des Begriffs	29	Finanzen-, Geld- und Krisenpolitik	92
Der Umfang des Begriffs „solidarisch“: Der Universalismus individueller Autonomie	30	V.4. Zusammenfassung	94
IV.2. Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“: Die Umgestaltungsformel	32	VI. Ausblick Phase 4: Politisierung der Zeitfrage und Transformation in die Öffentlichkeit	95
IV.3. Teilprojekt 2 „Dialog herstellen“: Die Zeitfrage	35	VI.1. Die Zeitlichkeit politischer Prozesse	95
Strukturierung der Zeitfrage und methodisches Vorgehen	36	VI.2. Neuer Modus des Politischen?	97
Zu 1.) Zeitökonomie und politisches Zeitregime	38	VI.3. Initiieren des Grenzgangs von Wissenschaft und Politik durch Interventionen	100
Zu 2.) Die ökonomischen und politischen Techniken und Praktiken in der Ökonomie der Zeit und im Zeitregime	42	VII. Fazit	102
Zu 3.) Die beiden Zeitachsen: geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Situation	45	Fazit: das Verfahren	102
Diachron-geschichtliche Zeitachse: Umbrüche im neoliberalen Zeitregime?	45	Inhaltliches Fazit	105

1. Idee und Ziel des Projekts

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat zwar zur Delegitimierung neoliberaler Wirtschafts- und Politikkonzepte beigetragen – die Entwicklung, Formulierung und Umsetzung grundlegender gesellschaftlicher Gestaltungsalternativen steht aber noch aus. Und auch die Dominanz der Finanzmärkte und neoliberaler Wirtschaftspolitik hält trotz der offenkundigen Krise unvermindert an: Während mittlerweile auch in der breiteren Öffentlichkeit über Alternativen zur bisherigen, auf Wachstum und Profitmaximierung ausgerichteten Form des Kapitalismus nachgedacht wird, setzte sich der neoliberale Umbau der Gesellschaft auf europäischer Ebene einerseits in den letzten Jahren seit 2009 eher im Verborgenen und weitgehend unbemerkt fort, andererseits tritt er zunehmend ohne das klassische liberale Versprechen „Freiheit und Wohlstand für alle“ auf und ist, wie im Fall der südeuropäischen Krisenländer, zu einer autoritären und technokratischen Politik der Austerität und der Drohung und Angst übergegangen.

Das im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne (ISM) konzipierte Projekt „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ verortete sich in dieser eigentümlichen Situation eines gesellschaftlichen Umbruchs, der ansteht, aber nicht eintritt. Das Projekt hat einen Freiraum geschaffen, an dem kritisches Denken und Handeln in den Feldern von Wissenschaft und Politik neu zusammenfinden konnten, um im zentralen, zurzeit umkämpften Bereich der Arbeitsverhältnisse nach einer gesellschaftlichen Alternative zu suchen. Der Ansatz des Projekts lag an der Schnittstelle von kritischer Wissenschaft und linker Politik und Öffentlichkeit. Dies hat dazu beigetragen, die immer wieder theoretisch diagnostizierte und nicht selten praktisch erfahrbare Dichotomie zwischen Wissenschaft und Politik, aber auch die Fragmentierung und Separierung kritischer Milieus und Akteur_innen innerhalb dieser beiden Bereiche zumindest partiell zu überwinden.

Dafür wurde eine innerwissenschaftliche Diskussion initiiert und mit der politischen Logik so vermittelt, dass das Projekt einen Grenzgang zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Kritik einerseits und ihrer praktisch-politischen Umsetzung andererseits erlaubte, um die Fragmentierung und Differenzierung sowohl aufseiten der Wissensproduktion als auch aufseiten der politischen Akteur_innen einzuholen. Zudem wurde so eine Verbindung hergestellt zwischen den unterschiedlichen Logiken in Wissenschaft und Politik. Seit der Arbeitbewegung der ersten Stunde und ihren sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Organisationen ist die „Einheit von Theorie und Praxis“, verkörpert in den Anführer_innen dieser Bewegung, zerbrochen. Seitdem fallen Theorie und Praxis in Wissenschaft und Politik auseinander, vermittelt zwar durch die Instanzen der wissenschaftlichen Politikberatung, aber eher gekennzeichnet durch ein Unvernehmen und das Fehlen einer echten Arbeitsteilung. Übereinkünfte bleiben allein schon darum punktuell, weil Wissenschaft

und Politik unterschiedliche Sprachen und Betätigungsfelder verfolgen und dabei beherrscht werden von den Notwendigkeiten des Wissenschaftsbetriebs auf der einen und des Politikbetriebs auf der anderen Seite. Dazu kommt beiderseits noch

„Das im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne (ISM) konzipierte Projekt ‚Solidarische Arbeitsverhältnisse‘ verortete sich in dieser eigentümlichen Situation eines gesellschaftlichen Umbruchs, der ansteht, aber nicht eintritt.“

das Gefühl einer zunehmenden Entmachtung auch innerhalb des eigenen Bereichs, der zunehmend nicht mehr nur seiner jeweiligen Eigenlogiken gehorcht, sondern zudem bestimmten äußeren Zwängen des Marktes und der Vermarktung, der Publicity und der PR gehorchen muss. So sehr diese Situation beiderseits beklagt wird, so sehr gibt es das Bedürfnis nach Orten einer kontinuierlichen Übereinkunft. Ja, die Erfahrung mit den Projektbeteiligten war, dass die meisten sich selbst ohnehin weder ausschließlich als Politiker_in noch als reine Wissenschaftler_in verstehen – sondern als Grenzgänger_in.

Das Projekt hatte zur Aufgabe, einen Ort der Übereinkunft zwischen Wissen und Politik einzurichten und ihren Grenzgang inhaltlich wie methodisch anzugehen. Allerdings sollte im Zuge der inhaltlichen Erarbeitung gesellschaftlicher Alternativen im Bereich der Arbeitsverhältnisse die Methode dieser Erarbeitung selbst zum Gegenstand werden: Wie ist eine dialogische, verständigungsorientierte Wissensproduktion unter den Bedingungen fragmentierter wissenschaftlicher und politischer Milieus und ihrer Akteur_innen möglich?

Was sind die schon innerhalb der beiden für das Funktionieren der Gesellschaft so wichtigen Bereiche „Wissen“ und „Politik“ existierenden Herausforderungen, die es zu überwinden gilt, wenn es um zukunftsorientierte Übereinkunft geht.

Im Projekt wurde also nicht allein ein Gestaltungsentwurf im Bereich der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse erarbeitet – zugleich wurden die Probleme und Bedingungen einer solchen Wissensproduktion reflektiert mit der Absicht, Alternativen zur bestehenden Situation zu formulieren

Über einen Zeitraum von drei Jahren wurde in regelmäßigen Treffen verschiedener Diskussionsgruppen (DG) ein wissenschaftlich fundierter, die Theorie-Praxis-Spaltung überbrückender Entwurf solidarischer Arbeitsverhältnisse entwickelt. Die Wissensbestände zu dieser drängenden gesellschaftspolitischen Zukunftsfrage wurden im Rahmen des Projekts zunächst wissenschaftlich zusammengeführt und auf die Suche nach Entwürfen solidarischer Arbeitsverhältnisse ausgerichtet. Diese – heterogenen, widersprüchlichen – Entwürfe wurden dann in politische Umsetzungsstrategien überführt und auf Ansatzpunkte für öffentliche Verbreitungs- und Mobilisierungsprozesse hin diskutiert.

Die Form des Ergebnisses war bewusst offen gehalten worden: Ergebnis konnte die Ausformulierung verschiedener Gegenentwürfe oder einer Theorie sein, eines Programms, eines Manifestes, einer zentralen These oder Forderung, die Begründung eines neuen zentralen Begriffs o. Ä. Darüber hinaus ging es darum, Ansprechpartner_innen für die Verbreitung und Mobilisierung und für denkbare politische Bündnisse zu finden, etwa für gemeinsame Aufrufe oder Kampagnen.

Die letzte Phase des Projekts war der Diskussion und Präsentation der Ergebnisse sowie ihrer politischen und diskursiven Umsetzbarkeit gewidmet. Diesen eher strategischen Fragestellungen widmeten sich vor allem die beiden Diskussionsgruppen Grenzgänger_innen und Politik, aber auch die Akteur_innen des politischen Raums aus der Diskussionsgruppe Externes Wissen.

Drei grundlegende Bedingungen wurden für die inhaltliche Entwicklung einer Alternative im Bereich „Solidar-

11. Struktur und Ablauf des Projekts

rischer Arbeitsverhältnisse" sowie für die Form einer übergreifenden, dialogischen Wissensproduktion festgesetzt:

- Das Nachdenken über eine gesellschaftliche Alternative muss einerseits die Komplexität und Heterogenität sowohl im Bereich der Wissenschaft als auch der Politik berücksichtigen und andererseits eine gemeinsame, eine allgemein verständliche sowie eine politisch umsetzbare Alternative finden.
- Das verlangt eine heterogene Zusammensetzung innerhalb der beiden Bereiche Wissenschaft und Politik sowie die Einbeziehung bestimmter ebenso grundsätzlicher wie unverzichtbarer Fragen (Gender, Migration, transnationale Perspektive).
- Die Diskussion muss über einen längeren Zeitraum kontinuierlich geführt und untereinander rückgekoppelt werden; dafür ist eine entsprechende Organisation, Begleitung und Moderation erforderlich.

Das Projekt als Ganzes setzte damit dort an, wo die einschlägigen Konferenzen, Tagungen und Expert_innenrunden, die nach der Vorstellung der Forschungsergebnisse und der jeweiligen Positionen und den anschließenden kurzen Fragerunden auseinanderströmen, aufhören. Obwohl es aus Sicht vieler Beteiligten unbefriedigend ist, dass solche Runden genau dann auseinander gehen, wenn die offenen Fragen und Kontroversen anstehen, um bei der nächsten Tagung, der nächsten Konferenz o. Ä. erneut ihre Ergebnisse und Positionen vorzustellen, gibt es kaum Angebote, die eine darüber hinausgehende inhaltliche, personelle und organisatorische Kontinuität gewährleisten. Einen solchen übergreifenden Rahmen können nur Universitäten, große Stiftungen und Think Tanks oder politische Parteien bereitstellen: Das Projekt wäre daher auch – und gerade – für solche Rahmen geeignet.

Im Hinblick auf das genannte Ziel und in Rücksicht auf die genannten Anforderungen des Projekts wurde ein komplexes dialogisches Verfahren entwickelt, das es ermöglichte, Akteur_innen aus Wissenschaft und Politik gemeinsam mit Expert_innen für vorangegangene wissenschaftlich-politische Debatten zum Thema „Solidarische Arbeitsverhältnisse" sowie für politisch-strategische Fragen in einen moderierten Dialog treten zu lassen. Grundlage der Entwicklung waren die Überlegungen in der Dissertation der Projektleiterin Ute Kalbitzer zu den Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik; hier wurde zunächst in der Theorie derjenige Grenzgang zwischen beiden Bereichen entworfen, der im Projekt in die praktische Umsetzung Eingang finden sollte.

Kritische Wissenschaft und linke Politik werden in diesem Verfahren jedoch nicht einfach nur über einen längeren Zeitraum „ins Gespräch" gebracht. Die von den Beteiligten repräsentierten unterschiedlichen fachlichen und politischen Zugänge werden vielmehr systematisch auf zwei Ebenen aufeinander bezogen. Inhaltlich interdiskursiv und arbeitsteilig durch die Aufteilung in verschiedene Diskussionsgruppen, zeitlich durch die Aufteilung in verschiedene Projekt-Phasen, die alle Diskussionsgruppen gemeinsam durchlaufen sollten. Beide Ebenen gemeinsam schufen einen Ort, um auch – und gerade – Widersprüche und Unvereinbarkeiten auszutragen und – darüber vermittelt – zugleich Verbindendes und Gemeinsames zu entwickeln. Parallel dazu wurden die jeweils erreichten Diskussionsstände über Protokolle und Zwischenberichte dokumentiert, aber auch nachbereitet, und dienten dadurch in einer Art rekursiven Lernschleife wiederum der Vorbereitung und Fortführung der Diskussion. Die Protokolle und Zwischenberichte wurden allen Beteiligten zugänglich gemacht, zusätzlich wurden die Gruppen untereinander durch die Moderationsgruppe rückgekoppelt.

11.1. Struktur des Projekts

Die Diskussionsgruppen (DG) und die Auswahl ihrer Mitglieder

Gemäß der Idee des Projekts, die Diskussion als langfristigen Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik anzulegen, wurden vier unterschiedliche Diskussionsgruppen zusammengestellt, bestehend aus jeweils 8–18 Personen, die sich in regelmäßigen Abständen treffen sollten. Die Diskussionsgruppe Wissenschaft (DG_W) repräsentierte in diesem Kontext den wissenschaftlichen, die Diskussionsgruppe Politik (DG_P) den politischen Diskurs; die Diskussionsgruppe Historisches Gedächtnis (DG_HG) war verantwortlich für die Rekonstruktion früherer wissenschaftlicher und politischer Diskurse, und der vierten Diskussionsgruppe Grenzgänger_innen (DG_GG) kam die Aufgabe der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Politik sowie die Thematisierung politisch-strategischer Probleme zu. Die Gruppe Externes Wissen (G_EW) sollte – je nach Bedarf – die notwendige Expertise zu angrenzenden Themen- und Wissensfeldern in den Diskussionsprozess einspeisen.

Die Auswahl der Mitglieder erfolgte nach folgenden Kriterien:

- Expertise entsprechend der Aufgabe der jeweiligen Diskussionsgruppe
- Interesse und Zeitkapazität der Beteiligten
- Sicherung politischer Heterogenität (Vertreter_innen verschiedener politischer Richtungen, Ausgewogenheit zwischen Parteien, Gewerkschaften, politischen Organisationen und sozialen Bewegungen)

- Ausgewogenheit zwischen den Generationen
- Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern
- Migrantische Perspektive, Gender-Perspektive sowie transnationale Perspektiv
- Offenheit für ein Dialog-orientiertes und ergebnisoffenes Verfahren

Alle Mitglieder wurden über ein Anschreiben mit einer ausführlichen Projektbeschreibung angefragt, anschließend wurde das Projekt z.T. noch einmal in einem persönlichen Treffen vorgestellt. Jedes einzelne Mitglied der vier Diskussionsgruppen war also vorab über die Idee des Projekts, das Verfahren sowie über die Rolle und Aufgabe der Diskussionsgruppen informiert.

Die vier Diskussionsgruppen mit einem festen Stamm von 8-12 Personen wurden ergänzt durch einzelne Expert_innen, die bei Bedarf situativ hinzugezogen wurden. Die Gruppen wurden von der Moderationsgruppe je nach Bedarf miteinander verkoppelt, sodass der moderierte und rückgekoppelte Dialog letztlich sowohl innerhalb der einzelnen Diskussionsgruppen wie auch zwischen ihnen stattfand.

Mitglieder, die nicht an einem Treffen ihrer Diskussionsgruppe teilnehmen konnten, wurden über die Protokolle sowie durch Rückkopplungsgespräche eingebunden. Dieses Verfahren sollte nicht nur dazu dienen, das Treffen mit Einzelnen gleichsam nachzuholen und sie über den aktuellen Diskussionsstand zu informieren, sondern auch gleich mit den Ergebnissen einzusteigen und die Diskussion fortzuführen, sodass das Gespräch auch über die Rückkopplungsgespräche beständig fortgesetzt wird und ein gerichteter Verlauf entsteht.

Die Mitglieder der einzelnen Diskussionsgruppen

Die Diskussionsgruppen waren ebenso prominent wie zahlenmäßig gut besetzt, um über die gesamte Dauer die bei langfristigen Projekten übliche Tendenz des Abbröckelns auffangen und einen festen, aber möglichst noch heterogen zusammengesetzten Kern an Diskutant_innen aufrechterhalten zu können. Hinter den pauschal bezeichneten wissenschaftlichen und politischen Bereichen der Mitglieder steht meist eine spezielle Expertise zu Arbeitsverhältnissen:

Diskussionsgruppe Wissenschaft

Prof. Ingrid Arthus (Soziologie, Erlangen)
 Dr. Kendra Briken (Soziologie, Glasgow)
 Prof. Christian Brütt (Soziale Arbeit, Kiel)
 Prof. Sonja Buckel (Rechtswissenschaften, Kassel)
 Dr. Fritz Fiehler (Wirtschaftswissenschaften, Flensburg)
 Prof. Kerstin Jürgens (Mikrosoziologie, Kassel)
 Prof. Juliane Karakayali (Soziale Arbeit, Berlin)
 Prof. Eva Kocher (Rechtswissenschaften, Frankfurt/O.)
 Prof. Martin Kronauer (Wirtschaft und Recht, HWR Berlin)

Prof. Steffen Lehndorff (Arbeitszeitforschung, Institut Arbeit und Qualifikation Duisburg-Essen)
 Prof. Nicol Mayer-Ahuja (Soziologie, Göttingen)
 Dr. Ingo Matuschek (Soziologie, Jena)
 Dr. Oliver Nachtwey (Soziologie, Darmstadt)
 Prof. Torsten Niechoj (VWL und Politikwissenschaft, Rhein-Waal)
 Dr. Tilman Reiz (Philosophie, Jena)
 Dr. Christian Schmidt (Philosophie, Leipzig)
 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (MdB Grüne)
 Dr. Alexandra Wagner (Forschungsinstitut Internationale Arbeit, Berlin)

Diskussionsgruppe Politik

Katja Dörner (MdB Grüne)
 Sven Giegold (MdEP Grüne)
 Heiko Glawe (DGB Wirtschafts- und Sozialpolitik; Berlin Brandenburg)
 Katja Kipping (MdB Die LINKE)
 Thore Prien (Demokratie AG ISM)
 Werner Rätz (Ko-Kreis Attac)
 Dagmar Paternoga (Attac, "Genug für Alle")
 David Salomon (Prof. für Politikwissenschaft, Siegen)
 Jan Schlemmermeyer (Soziale Bewegungen, Planungskommission Die LINKE)
 Ingo Siebert (August Bebel Institut)
 Wolfgang Uellenberg van Dawen (Bundesvorstand Ver.di)
 Carl Waßmuth (Attac und Gemeingut)
 Franziska Wiethold (DGB und Ver.di)
 Andrea Ypsilanti (MdL SPD)

Diskussionsgruppe Grenzgänger_innen

Dr. Andreas Aust (Referent Bundestagsfraktion Die LINKE, Arbeitsmarktpolitischer Ratschlag)
 Ronald Blaschke (Netzwerk Grundeinkommen)
 Prof. Ulrich Brieler (Sozialphilosophie und Referat Wissenspolitik Stadt Leipzig)
 Prof. Michael Corsten (Sozialwissenschaften, Hildesheim)
 Franziska Drohsel (Bundesvorsitzende JUSOS 2007-2010)
 Prof. Stefanie Graefe (Gesellschaftsvergleich und sozialer Wandel, Jena)
 Prof. Alik Lavranu (Soziologie, Kreta)
 Dr. Kolja Möller (Exzellenzcluster Normative Ordnungen, Frankfurt/M.)
 Prof. Franz Segbers (Theologie und Sozialethik, Marburg)

Dr. Thomas Seibert (Soziale Bewegungen, Medico, ISM)
Klaus-Dieter Stork (Fachbereichsleiter Kultur Stadt Hanau)
Axel Troost (MdB, Die LINKE)
Prof. Frieder Otto Wolf (Philosophie)

Historisches Gedächtnis

Prof. Ulf Kadritzke (HWR, Berlin)
Prof. Klaus Peter Kisker (VWL, DIW Berlin)
Prof. Michael Krätke (Politische Ökonomie, Lancaster)
Prof. Günter Krause (Politische Ökonomie, Berlin)
Dr. Anke Martiny (SPD, Transparency International, ISM)
Prof. Rudi Schmidt (Soziologie, Jena)
Prof. Klaus Steinitz (Hochschule Ökonomie, Berlin)

Externe Expert_innen

Dieter Scholz (Bundesvorstand DGB, „Gute Arbeit“, Berlin)
Prof. Frank Nullmeier (Politikwissenschaften, Bremen)
Prof. Klaus Dörre (Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Postwachstumskolleg, Jena)

Die Moderationsgruppe (MG)

Für die Organisation des Projekts wurde eine Moderationsgruppe (MG) gebildet. Projektleitend waren Prof. Stephan Lessenich, Dr. Ute Kalbitzer und Dr. Frank Engster. Die Hauptaufgaben der Moderationsgruppe waren:

- Die Organisation und Durchführung, Moderation und Begleitung der Treffen der einzelnen Diskussionsgruppen samt Vor- und Nachbereitung sowie der individuellen Rückkopplungsgespräche
- Die Rückkopplungen zwischen den einzelnen Diskussionsgruppen und das Zusammenführen der Diskussionsgruppen
- Das Hinzuziehen weiterer Wissenschaftler_innen je nach Bedarf
- Der Besuch von thematisch einschlägigen Tagungen und Kongressen
- Die Rückkopplung mit dem Institut Solidarische Moderne und den beteiligten Stiftungen (die einen Teil dieser Aufgaben der Moderationsgruppe finanzierten)
- Die Ergebnissicherung und Dokumentation des Prozesses sowie deren Präsentation, Veröffentlichung und Verbreitung

Die drei Mitglieder des Moderationsteam brachten unterschiedliche Perspektiven und Expertisen ein, die alle für ein solches Projekt wesentlich sind und einander ergänzen sollen. Dazu kamen unterschiedliche Anbindungen an unterschiedliche Fachbereiche und politische Organisationen. Besonders hilfreich und geradezu Ausgangspunkt der Methode des Projekts waren die Vorarbeiten zu den Problemen wissenschaftlicher

Politikberatung und zur Struktur eines Grenzgangs zwischen Wissenschaft und Politik, die im Rahmen der Dissertation von Ute Kalbitzer entstanden; ebenfalls produktiv waren die inhaltliche und die organisatorische Anbindung an das Postwachstumskolleg an der Uni Jena durch Stephan Lessenich.

Aufgabe der Moderationsgruppe war, stets beide Dimensionen des Projekts im Blick zu haben, sowohl die wissenschaftlich-inhaltliche als auch die methodisch-verfahrenstechnische. Vorgesehen war, dass die Moderationsgruppe vor allem die Aufgaben der Organisation, der Moderation und der Begleitung des Projekts und der Diskussionen übernimmt, die Diskussionen aber auch inhaltlich aufarbeitet und einerseits zusammenführt, andererseits zuspitzt, um Differenzen und gegensätzliche Positionen im Sinne eines offenen, aber ergebnisorientierten Dialogs anzusprechen und kontrovers auszutragen.

Die Ergebnissicherung bestand in Protokollen und in den Vorbereitungspapieren, die mit Hilfe schriftlicher und technischer Aufzeichnungen zwischen den Treffen der Diskussionsgruppen einschließlich der Workshops und der Einzel- und Rückkopplungsgespräche erstellt wurden. Die Ergebnissicherung bestand Des Weiteren in den Zwischenberichten, die zum Ende jeder Projektphase erstellt wurden, sowie schließlich im vorliegenden Abschlussbericht. Die Ergebnisse beruhen auf der gemeinsamen Wissensproduktion und den gemeinsamen Diskussionen; Literatur ist nur vermittelt über diese Wissensproduktion und die gemeinsamen Diskussionen in die Ergebnisse und in die Protokolle und Berichte eingegangen.

II.2. Ablauf des Projekts

Die Phasen des Projekts

Das Projekt war, in Anlehnung an seine einzelnen Phasen, unterteilt in vier jeweils auf die Dauer von vier bis sechs Monaten angelegte Teilprojekte. Die Teilprojekte sollten den Grenzgang zwischen der theoretisch-wissenschaftlichen Konzeption eines Gestaltungsentwurfs auf der einen Seite und auf der anderen seiner Transformation in die politische Öffentlichkeit und in die politisch-praktische Verbreitung und Umsetzung einteilen. Die einzelnen Teilprojekte bauten konzeptionell, verfahrenstechnisch und inhaltlich aufeinander auf. Sie sahen die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung durch die MG und die regelmäßige Beteiligung der Akteur_innen aufseiten der vier Diskussionsgruppen vor sowie regelmäßige Berichte an das ISM und die beteiligten Stiftungen.

0.) Dem Projekt vorgeschaltet war das Vorprojekt, das der inhaltlichen und methodischen Selbstverständigung sowie der Vorbereitung des Projekts diene.

1.) Für die Auftakttreffen im Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ war dann eben diese gemeinsame Verständigung über das Thema „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ sowie der

„Das Projekt war, in Anlehnung an seine einzelnen Phasen, unterteilt in vier jeweils auf die Dauer von vier bis sechs Monaten angelegte Teilprojekte. Die Teilprojekte sollten den Grenzgang zwischen der theoretisch-wissenschaftlichen Konzeption eines Gestaltungsentwurfs auf der einen Seite und auf der anderen seiner Transformation in die politische Öffentlichkeit und in die politisch-praktische Verbreitung und Umsetzung einteilen.“

Einstieg in das Dialogverfahren zwischen Wissenschaft und Politik vorgesehen. Im Anschluss daran sollten in erster Linie die Wissenschaftler_innen der DG Wissenschaft mit ihren verschiedenen Themenschwerpunkten und disziplinären Positionen die inhaltliche Diskussion vorantreiben. Ziel war, mit Unterstützung der Moderationsgruppe einen ersten – auch Widersprüche und Dissense problematisierenden – wissenschaftlichen Entwurf oder eine Formulierung zum Thema Arbeitsverhältnisse zu erstellen: zur Veränderungen der Arbeitsverhältnisse in Zeiten von Globalisierung, zu Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus, zum sich wandelnden Verhältnis von Arbeit und individueller Existenzsicherung, zu den Anforderungen und Möglichkeiten der Neustrukturierung der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit u. Ä. Auch mögliche paradigmatische Gegensätze – zwischen Vollbeschäftigungsansätzen und Grundeinkommenspositionen, nationalstaatlichen und internationalistischen Herangehensweisen, stärker autonomieorientierten und stärker sicherheitszentrierten Perspektiven usw. – sollten offen problematisiert werden; zudem sollten verschiedene fachdisziplinäre Zugänge zur Geltung kommen.

2.) Im Mittelpunkt des Teilprojekts 2 „Dialog herstellen“ sollten dementsprechend dann auch die Probleme und möglichen Blockaden des interdisziplinären Dialogs stehen, um die verschiedenen Zugänge zu einer gemeinsam geteilten Bestimmung des Gegenstandes „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ und möglicher Gestaltungsentwürfe zusammenzuführen. Dabei galt es insbesondere, das Gemeinsame in der Vielfalt des Solidarischen und der Arbeitsverhältnisse zu finden und zum Ausgangspunkt der Diskussion über die Umgestaltung zu machen.

3.) Für das Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ war vorgesehen, Entwürfe zu einer solidarischen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse zu formulieren. Dabei sollten auch angrenzende gesellschaftspolitische Themenfelder wie Demokratie, Ökologie oder Bildung in die Bestimmung solidarischer Arbeitsverhältnisse einbezogen oder zumindest berücksichtigt werden. In welcher Form diese Entwürfe ausfallen, wurde bewusst offen gehalten: vielleicht würde es nur darum gehen, ein bestimmtes Thema im Diskurs zu platzieren und ein Problembewusstsein anzustoßen, vielleicht könnte aber auch die Entwicklung von Gestaltungsentwürfen oder gar einer eigenständigen Theorie gelingen.

4.) Im Rahmen von Teilprojekt 4 sollte der Grenzgang erfolgen zwischen auf der einen Seite den alternativen Gestaltungsvorschlägen, die in der wissenschaftlichen Diskussion gewonnen und im Teilprojekt 3 formuliert wurden, und auf der anderen Seite den systematischen Überlegungen zu ihrer politischen Praktikabilität und Umsetzbarkeit.

5.) In der ursprünglichen Projekt-Konzeption waren fünf Teilprojekte vorgesehen. Das Projekt sollte im letzten Teilprojekt 5 mit der Diskussion konkreter Realisierungsmöglichkeiten und politischer Mobilisierungs- und Umsetzungsstrategien schließen. Das war einerseits auf die Förderungsmöglichkeiten zugeschnitten (ursprünglich sollten 5 Stiftungen jeweils ein Teilprojekt fördern), andererseits sollten die Ergebnisse des Projekts anschließend Eingang finden in die Herkunftsorganisationen der Beteiligten, in die beteiligten Stiftungen, in das Institut Solidarische Moderne und allgemein in die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit. In dieser letzten Phase befindet sich das Projekt derzeit.

Die einzelnen Treffen der Diskussionsgruppen

Ort der Treffen der Diskussionsgruppen sollte in der Regel Berlin sein. Für die Rückkopplungsgespräche, die vorwiegend Einzelgespräche sein sollten, waren dagegen zeitlich und räumlich flexible Treffen vorgesehen. Die gesamte Vor- und Nachbereitung der Treffen und ihre Organisation sollten von der Moderationsgruppe übernommen werden, genau wie die Rückkopplungsgespräche mit denjenigen, die nicht bei den Diskussionsgruppentreffen anwesend sein konnten. Diese Rückkopplungen sollten sowohl der Einbindung als auch der Verstärkung der Diskussion dienen, um die Diskussion zwischen den großen Treffen fortzuführen. Die Einbindung in die Diskussion sowie deren Vorbereitung sollte neben der Rückkopplung auch über die Sitzungsprotokolle erfolgen; aus Protokoll und Rückkopplungen sollten dann wiederum Aufschlagpapiere oder den Protokollen angefügte weiterführende Fragestellungen für das nächste Treffen hervorgehen. Die Protokolle waren weder als Verlaufs- noch als im klassischen Sinne Ergebnisprotokolle geplant. Sie sollten vielmehr eine am dialogischen Verfahren orientierte, systematisierende Zusammenschau der Gruppendiskussion und der Rückkopplungsgespräche sein, ohne namentliche Kennzeichnung der Inhaltlichen Beiträge.

Schema des Projekts „Solidarische Arbeitsverhältnisse

	Phase 1	Phase 2
Phasenbezeichnung	Verständigung erzielen	Dialog herstellen
Aktivitäten der Diskussionsgruppen und Moderationsgruppe	Gegenstandsbestimmung im Rückgriff auf Ergebnisse des Vorprojekts	Dialog zwischen den Wissenschaftsdisziplinen und Großtheorien herstellen
	Verständigung über Probleme des Dialogs Wissenschaft/Politik	Strukturierung und Komplexitätsreduktion des Themenfeldes
	Einigung auf ein dialogisches Verfahren	Sammlung von disziplinären/partikularen Analysen und Problemdiagnosen
Ziele/ Ergebnisse	Gemeinsames Problemverständnis entwickeln	Dissense und Widersprüche aufzeigen. Diskursive Ordnungen analysieren und neu ordnen

Phase 3	Phase 4	Phase 5
Gestaltungsentwurf entwickeln	Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik	Politische und kulturelle Strategie
Wechselwirkungen mit angrenzenden Politikfeldern sowie Sollbruchstellen identifizieren und diskutieren	Wissenschaftliche Gestaltungsvorschläge diskutieren	Politische Strategiediskussion führen
Abgleich mit neoliberal politischen Gestaltungsoptionen (wissenschaftlich und politisch)	Wissenschaftliche Diskurse in politische Reden übersetzen	Bedingungen Möglichkeiten und Hinderungsgründe formulieren
	Politischen Gegenentwurf erarbeiten und Realisierungspotenziale prüfen	Internationale Perspektive berücksichtigen
Gemeinsamkeiten herausarbeiten Wissenschaftliche Gestaltungsvorschläge erstellen Schlüsselbegriffe entwickeln	Alternative politische Vorschläge/Entwürfe Akteur_innen einer Mosaik- Linken	Politische und kulturelle Strategie

III.

Methodisches Vorgehen: Auswertung, Probleme und Anpassungen

III.1. Umsetzung und Durchführung des Verfahrens

Vorarbeiten und Vorbereitung

Nachdem die Konzeption des Projekts abgeschlossen und die Finanzierung gesichert war, hat die Moderationsgruppe mit der Zusammenstellung der Diskussionsgruppen und der Anfrage der einzelnen Beteiligten begonnen. Deren Auswahl und Anfrage erfolgten in Abstimmung mit dem Vorstand und dem Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie mit den bereits beteiligten Diskutant_innen. Die Anfragen erfolgten jeweils mit einer ausführlichen schriftlichen Projektsskizze und waren oft mit einem Treffen zur persönlichen Vorstellung des Projekts verbunden. Diese umfangreiche Einführung in das Projekt erwies sich als sinnvoll, da sowohl das offene, dialogische Verfahren als auch das langfristige Engagement für die meisten Beteiligten ungewohnt waren.

Das Vorprojekt

Zur Vorbereitung des eigentlichen Projekts wurde das „Vorprojekt“ vorgeschaltet. Es diente zum einen der inhaltlichen Bestimmung der beiden zentralen Begriffe „Solidarisch“ und „Arbeitsverhältnisse“ und der Vorstrukturierung ihrer Diskussion, zum anderen diente es der Selbstverständigung über das Verfahren; das Projekt wurde also vorab gleichsam im Kleinen praktisch erprobt. Dafür wurden mit einer Auswahl Beteiligter aus allen vier Diskussionsgruppen im Zeitraum von Oktober 2010 bis März 2011 insgesamt vier Treffen in Berlin organisiert, um in Sitzungen von jeweils 2-3 Stunden zum einen das organisatorisch-technische Vorgehen des Projekts und zum anderen dessen inhaltliche Ausrichtung zu diskutieren. Bereits während des Vorprojektes wurde, in Rücksprache mit den bereits am (Vor-)Projekt Beteiligten und dem Vorstand und dem Kuratorium des ISM, mit der Auswahl der Mitglieder der vier Diskussionsgruppen begonnen.

Die im Vorprojekt erarbeitete inhaltliche und methodische Selbstverständigung war äußerst hilfreich, um in das eigentliche Projekt mit einer bereits breiter und repräsentativ diskutierten, belastbaren und abgesicherten ersten Bestimmung der beiden Begriffe einsteigen zu können. Zudem konnten wir in das Projekt mit bereits „eingearbeiteten“ Beteiligten einsteigen. Allerdings ergaben sich dadurch unterschiedliche Diskussionsstände; z.T. mussten mit neuen Diskutant_innen Punkte geklärt werden, die mit einigen Projekt-Beteiligten bereits diskutiert worden waren und über die bereits eine Verständigung erzielt wurde.

„Zur Vorbereitung des eigentlichen Projekts wurde das ‚Vorprojekt‘ vorgeschaltet. Es diente zum einen der inhaltlichen Bestimmung der beiden zentralen Begriffe ‚Solidarisch‘ und ‚Arbeitsverhältnisse‘ und der Vorstrukturierung ihrer Diskussion, zum anderen diente es der Selbstverständigung über das Verfahren; das Projekt wurde also vorab gleichsam im Kleinen praktisch erprobt.“

Die Treffen der Diskussionsgruppen

Die Treffen der Diskussionsgruppen (siehe Diskussionsablaufplan Anlage XY) begannen unmittelbar nach dem Vorprojekt und fanden wie geplant meist in Berlin statt. Für das Auftakttreffen wurde ein Konferenzraum des Bundestages gewählt, die folgenden Treffen wurden dann aber – wegen der entspannteren Arbeitsatmosphäre und der guten

Erreichbarkeit in Nähe des Hauptbahnhofs – meist im Konferenzraum der Mobilien Beratung gegen Rechts-Extremismus in Berlin abgehalten. Jedes Treffen wurde durch ein 2-3seitiges Aufschlagpapier vorbereitet, das vorab vermailt wurde und einerseits eine Auswertung des letzten Treffens einschließlich der Rückkopplungsgespräche und des aktuellen Stands enthielt und andererseits der Vorstrukturierung und Vorbereitung des kommenden Treffens diente. Die Treffen wurden digital vonseiten der Moderationsgruppe aufgenommen, protokolliert und inhaltlich nachbereitet. Die DG waren mit 8-15 Beteiligten besetzt, von denen an den Treffen zwischen 5 bis max. 15 Personen teilnahmen. Mit denjenigen, die verhindert waren, wurden Rückkopplungsgespräche geführt.

Die Auftakttreffen im Teilprojekt I: „Verständigung erzielen“ dienten in den einzelnen Diskussionsgruppen jeweils – neben der Vorstellung des Projekts, der Beteiligten und der Rolle und Aufgabe der jeweiligen Diskussionsgruppe – einer ersten inhaltlichen Verständigung über die Herausforderungen des Projekts und seine Ziele. Durch die Ergebnisse des Vorprojekts konnte mit ersten Bestimmungen der beiden zentralen Begriffe „Arbeitsverhältnisse“ und „Solidarisch“ eingestiegen werden, um auf dieser Grundlage eine Verbindung zwischen beiden Begriffen herzustellen. Gemäß der Arbeitsteilung im Projekt und der Aufgabenverteilung zwischen den Diskussionsgruppen kam der DG_Wissenschaft eine Vorreiterrolle bei der wissenschaftlichen Kritik der Arbeitsverhältnisse und der Suche nach Ansatzpunkten für solidarische Gestaltungsvorschläge zu, während die DG_Politik und DG_Grenzgränger_innen die politische Bedeutung sowohl dieser Kritik an den bestehenden Arbeitsverhältnissen als auch die Konsequenzen für eine solidarische Umgestaltung erörtern sollten.

Nachdem das Vorprojekt eine erste Definition der beiden zentralen Begriffe erarbeitet hatte, wurde mit dieser Bestimmung in das Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ eingestiegen und eine erste Formulierung entwickelt: Die solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse muss auf die gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie zielen. Mit dieser ersten Formulierung wurde dann ins Teilprojekt 2 eingestiegen, um hier methodisch erneut auf dieselbe Weise zu verfahren: So wie mit der Definition des Vorprojekts im Teilprojekt 1 eingestiegen worden war, so wurde mit der hier gewonnenen Formulierung wiederum in das Teilprojekt 2 eingestiegen. Die Ergebnisse jeder Phase waren dadurch nicht nur Ausgangspunkt der folgenden, damit ging auch jeweils eine inhaltliche Präzisierung einher: Während die Definition der beiden Begriffe aus dem Vorprojekt im Teilprojekt 1 zu einer ersten Formulierung verbunden wurden, wurde die noch recht allgemeine und weite Formulierung dann im Teilprojekt 2 thematisch wiederum genauer auf „Arbeit und Zeit“ festgelegt. Am Ende des Teilprojekts 2 haben wir dann in einem gemeinsamen zweitägigen Workshop aller DG das Thema „Arbeit und Zeit“ zunächst erst breit diskutiert, um mit dieser Diskussion in die Strukturierung der „Zeitfrage“ in das Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ einzusteigen. In diesem 3. Teilprojekt haben wir schließlich die Zeitfrage entlang der erarbeiteten Strukturierung diskutiert und sind darüber in die Gestaltungsmöglichkeiten und -vorschläge eingestiegen. Wie zuvor im Teilprojekt 2 haben wir auch zum Abschluss des 3. Teilprojekts einen gemeinsamen Workshoptag aller DG organisiert, an dem die möglichen Ansätze und Gestaltungsvorschläge im Bereich Arbeit und Zeit genauer diskutiert wurden.

Kurz gesagt, die inhaltlichen Fortschritte ergaben sich aus der Einteilung des Projekts in die einzelnen Teilprojekte und Phasen. Während das methodische Verfahren insgesamt dialogisch und durchgehend als Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik angelegt war, dienten die einzelnen Teilprojekte dazu, jeweils dasjenige Diskussions(zwischen)ergebnis zu entwickeln, das es im darauf folgenden Teilprojekt dann genauer zur entwickeln und einzugrenzen galt. Zusammengefasst ergaben sich entsprechend der Teilprojekte somit folgende Einzelschritte:

In das Vorprojekt wurde mit den beiden zentralen Begriffen des Projekts eingestiegen, die zur Bestimmung anstanden: „die Arbeitsverhältnisse“ und „das Solidarische“.

Die erarbeitete Bestimmung war dann im Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ Grundlage für die Formulierung derjenigen noch allgemein gehaltenen solidarischen Umgestaltung, die im Bereich entgrenzter und prekärer Arbeitsverhältnisse grundsätzlich ansteht: „Die (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der vom Neoliberalismus geleugneten und bekämpften gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie in der Ökonomie und in der Politik“.

Diese Formulierung, insbesondere die noch allgemein gefassten „gesellschaftlichen Bedingungen“, wurden dann im Teilprojekt 2 „Dialog herstellen“ inhaltlich genauer bestimmt: Es geht explizit um die zeitlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie.

Im Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ wurde diese zeitliche Dimension dann strukturiert, um sie zunächst entlang der Strukturierung zu diskutieren und darüber das Verbindende zu suchen und Ansatzpunkte für eine solidarische Umgestaltung zu finden.

Hier stehen Fragen der Politisierung und der Akteur_innen und Bündnisse an sowie der Transformation in die Öffentlichkeit und der politischen Umsetzung.

Das Ziel des Projekts wurde, noch ein Mal rein schematisch zusammengefasst, also wie folgt in jedem Teilprojekt jeweils auf einen neuen gemeinsamen Nenner gebracht und einerseits ausformuliert, andererseits genauer gefasst:

0.) Vorprojekt = Bestimmung der beiden Begriffe des Projekts „Arbeitsverhältnisse“ und „Solidarität“.

1.) Teilprojekt 1 = Formulierung der beiden Begriffe zu einer ersten Arbeitshypothese.

2.) Teilprojekt 2 = Thematische Eingrenzung und genauere Bestimmung der Formulierung.

3.) Teilprojekt 3 = Schlüsse und Konsequenzen ziehen und Gestaltungsentwürfe entwickeln.

4.) Teilprojekt 4 = Diskussion der Gestaltungsentwürfe sowie ihrer politischen Relevanz; Verbreitung und Transformation in die Öffentlichkeit und politischen Umsetzung.

Wie zu erwarten haben sich im Laufe dieser Etappen Kontroversen eingestellt, wobei eine bestimmte Kontroverse bewusst gefördert wurde: Das Projekt sah es als besondere Herausforderung und als seine Aufgabe an, den Konflikt zwischen erwerbsorientierten Positionen einerseits und der Kritik an der Erwerbszentrierung der Gesellschaft andererseits sowohl aufzunehmen als auch zu verlagern. Dieser Konflikt steht nicht nur für zwei unterschiedliche Positionen innerhalb der Gesellschaftskritik, er lässt sich auch ent-

sprechenden Akteur_innen zuordnen und unterscheidet geradezu zwei Generationen der Gesellschaftskritik. So steht eine fordistisch geprägte Position, die auf der Bedeutung von Arbeit und Produktion besteht und vor allem von den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und Teilen der LINKS-Partei vertreten wird, einer post-fordistisch geprägten Linken gegenüber, welche die Erwerbsarbeit von den Reproduktionsverhältnissen und deren Sicherung und Garantierung her aufbrechen will und deren Kämpfe sich in diese Bereiche verlagert haben; diese Position wird vor allem in Teilen der sozialen Bewegungen und der kritischen Wissenschaft vertreten. Allerdings wird die Kontroverse auch – und gerade – innerhalb der genannten Akteur_innen geführt. Der Gegensatz wird am deutlichsten sichtbar im Streit um das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE), das auch im Projekt zur Diskussion anstand.

Verortung des Projekts im allgemeinen Diskurs und Einbeziehen externer Diskussionen / anderer Initiativen

Das Moderationsteam hat thematisch relevante Tagungen, Kongresse und Veranstaltungen besucht. Das diente zum einen dazu, ähnlich gelagerte Diskussionen und Projekte zu verfolgen, Wissen und Meinungen auszutauschen und externes Wissen für das Projekt einzuholen; zum anderen wurden gleichsam im Gegenzug an geeigneter Stelle auch das eigene Projekt und die aktuellen Diskussionen im Projekt eingebracht.

Ähnlich gelagerte Diskussionen im Bereich der Arbeitsverhältnisse fanden und finden im Umfeld der kritischen Wissenschaft, der Gewerkschaften, der politischen Stiftungen und der sozialen Bewegungen statt. Allerdings fehlt meist ihnen ein Rahmen, der auf eine dem „Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse“ vergleichbare Weise Kontinuität und Verbindlichkeit herstellt. Vergleichbare Projekte sind z.B. die Gewerkschaftsinitiative „Gute Arbeit“, die Studie „Ein neues Normalarbeitsverhältnis der Arbeit“ des Denkwerks Demokratie sowie die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Strategieberatungen zum Thema Arbeitskämpfe/Kämpfe um Zeit oder Die Linke Woche der Zukunft 2015.

Die Rückkopplung des Projekts an das ISM und die Stiftungen

Das Institut Solidarische Moderne wurde regelmäßig über den aktuellen Stand des Projekts unterrichtet, vor allem auf den Vorstandssitzungen. Z.T. wurden einzelne Arbeits- und Zwischenergebnisse im Rahmen des ISM diskutiert, etwa auf der jährlichen Summer Factory, außerdem wurde der Stand des Projekts auf der Webseite veröffentlicht. Vorgesehen ist, bereits bei der internen und dann bei der öffentlichen Präsentation des Abschlussberichts mögliche weitere Schritte zu diskutieren. In diese Diskussion sollen Beteiligte des Projekts, die Moderationsgruppe, das ISM und evtl. die beteiligten Stiftungen einbezogen werden. Auf jeden Fall werden aber die Ergebnisse im Rahmen des ISM diskutiert und verbreitet, und evtl. sollen sie im Rahmen des ISM dann auch weiterentwickelt und für politische Zwecke genutzt werden. Die beteiligten Stiftungen wurden über den aktuellen Stand des Projekts durch die Zwischenberichte informiert. Der vorliegende Abschlussbericht ist die endgültige Dokumentation des Projekts. Die Teilprojekte 4 und 5, die über den vorliegenden Bereich hinausgehen, betreffen Fragen der Transformation von kritischer Wissenschaft in die politische Öffentlichkeit

und Mobilisierung und sollen die politische Umsetzung diskutieren sowie nach entsprechenden Akteur_innen und Strategien suchen. Die letzten beiden Teilprojekte gehen zwar über die von den Stiftungen geförderten Teilprojekte hinaus, je nach Fortgang des Projekts sollen die Stiftungen aber weiterhin informiert und eingebunden werden. Fest geplant sind zunächst ein Treffen mit den Stiftungen zur Präsentation des Abschlussberichts und der Ergebnisse sowie eine öffentliche Veranstaltung im Frühjahr 2015 im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne mit Akteur_innen des Projekts und der Moderationsgruppe.

Die Arbeit der Moderationsgruppe

Die Moderationsgruppe hat das gesamte Verfahren sowohl initiiert als auch organisatorisch und inhaltlich begleitet, aufgearbeitet und dokumentiert, unterstützt vom ISM und z.T. finanziert durch die beteiligten Stiftungen. Die drei Verantwortlichen haben sich dafür regelmäßig untereinander verständigt, phasenweise in wöchentlichen Treffen und in Telefonkonferenzen.

Dem Moderationsteam kam vor allem eine vermittelnde Rolle zu zwischen allen am Projekt Beteiligten sowie zwischen den einzelnen Treffen der verschiedenen Diskussionsgruppen, einschließlich der Einzel- und Kleingruppengespräche. Die Vermittlung beschränkte sich allerdings nicht darauf, alle Beteiligten inhaltlich über den aktuellen Stand auf dem Laufenden zu halten, vielmehr musste sie vor allem die Vor- und Nachbereitung sowie den Fortgang der Diskussion organisieren und strukturieren. Sowohl für die Organisation des Projekts als auch für die inhaltliche Begleitung war eine Moderationsgruppe unbedingt erforderlich. Ihre wichtigsten Aufgaben waren die organisatorische und die inhaltliche Vorbereitung der Treffen, von der Terminfindung, dem Koordinieren der Treffen und dem Erstellen der Aufschlagpapiere über das Durchführen der Treffen bis zu deren Auswertung und den Rückkopplungsgesprächen; aus der Auswertung und der Rückkopplung gingen dann wiederum die Protokolle und Aufschlagpapiere für die nächsten Treffen hervor. Weitere Aufgaben waren die Rückkopplung mit dem ISM und den Stiftungen sowie mit externen Diskussionen und vergleichbaren Initiativen. Während der Treffen beschränkte sich die Moderationsgruppe dagegen meist auf den organisatorischen Rahmen und die Moderation. Gleichwohl war eine inhaltliche Steuerung notwendig, wenn auch weniger während der Treffen, so doch um so mehr Treffen-übergreifend: Nur die Moderationsgruppe hatte letztlich einen Überblick über die verschiedenen Stränge in den jeweiligen Diskussionsgruppen und konnte die Diskussion zwischen den Diskussionsgruppen und den Beteiligten aufteilen, abstimmen und rückkoppeln. Zu ihren Aufgaben gehörte auch, bestimmte Themen zu „vertagen“ und an geeigneter Stelle wieder aufzugreifen. Zudem wurden inhaltliche Differenzen und Kontroversen bewusst gefördert, um sie auszutragen und entweder zusammenzuführen oder auf ein neutrales Terrain zu verlagern. Die Moderationsgruppe musste also sowohl den Rahmen für das Dialogische als auch für das Kontroverse herstellen und beides in einen inhaltlichen Fortgang überführen.

Sowohl die Treffen als auch die Rückkopplungsgespräche wurden – in Absprache mit allen Beteiligten – von der Moderationsgruppe aufgezeichnet. Die Aufzeichnung der Gespräche diente allein der Nachbereitung und dem Erstellen der Protokolle sowie der inhaltlichen Fortführung.

III.2. Die Probleme des methodischen Verfahrens und die Modifikation

Entsprechend den zwei Dimensionen des Projekts: zum einen dem methodischen Verfahren und zum anderen dessen Inhalt, lassen sich auch die Probleme diesen beiden Bereichen zuordnen. Die Hauptschwierigkeiten organisatorischer Art betrafen die im folgenden Punkt angesprochenen Treffen der Diskussionsgruppen; die inhaltlichen Schwierigkeiten lagen in dem, was anschließend unter IV. in der inhaltlichen Auswertung auf den Punkt gebracht wird als „toter“ Punkt.

Der organisatorische Umfang des Projekts war für die ursprünglich geplante Durchführung zu gewaltig; er überforderte sowohl die Moderationsgruppe als auch die Beteiligten aufseiten der Diskussionsgruppen. Das größte Problem wurde ironischerweise zugleich Gegenstand des Projekts: Der chronische Zeitmangel und die mehrfachen, meist konkurrierenden Arbeitsverpflichtungen der Diskutant_innen. Sowohl die eingebundenen Wissenschaftler_innen als auch die Diskutant_innen der DG_Politik und der DG_Grenzgänger_innen mussten sich extra Zeit nehmen für die regelmäßigen gemeinsamen Treffen. Besonders schwer war das für diejenigen, die aus Westdeutschland nach Berlin anreisen und sich faktisch 2 Tage frei nehmen mussten. Treffen außerhalb Berlins waren indes schwer zu organisieren und wiederum für die zahlreichen Berliner_innen ungünstig. Auch die Terminfindung war äußerst schwierig, und selbst wenn ein gemeinsamer Termin für z.B. 10 von 15 Beteiligten einer Diskussionsgruppe gefunden wurde, mussten meist dann doch einige wegen Krankheit, dringenderer anderer Termine oder schlicht aufgrund von Überlastung absagen. Da es für die Teilnahme außer Fahrtkosten und Verköstigung weder Aufwandsentschädigung noch gar Honorare gab, war das Projekt ohnehin auf den Idealismus und die Motivation der Beteiligten angewiesen. Auch das Moderationsteam arbeitete mit einer wesentlich geringeren finanziellen Ausstattung als notwendig gewesen wäre (und als ursprünglich geplant war), war aber ebenfalls vom Projekt überzeugt und konnte es z.T. mit beruflichen Aufgaben und Interessen verbinden.

Für die organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben der Moderationsgruppe war eine regelmäßige interne Verständigung notwendig. Der Moderationsgruppe gelang es zwar, die verschiedenen Diskussionen über die Rückkopplungsgespräche und Protokolle, über die Auswertungen und Nach- und Vorbereitungen miteinander zu vermitteln und in einem moderierten Fortgang aufzuheben. Allerdings stellte sich dadurch eine relative Eigenständigkeit dieser Vermittlungsebene ein – nur in der Moderationsgruppe liefen letztlich die Fäden zusammen, und nur hier war, bei aller Rückkopplung, ein Überblick über das gesamte Projekt möglich.

„Der Moderationsgruppe gelang es zwar, die verschiedenen Diskussionen über die Rückkopplungsgespräche und Protokolle, über die Auswertungen und Nach- und Vorbereitungen miteinander zu vermitteln und in einem moderierten Fortgang aufzuheben. Allerdings stellte sich dadurch eine relative Eigenständigkeit dieser Vermittlungsebene ein – nur in der Moderationsgruppe liefen letztlich die Fäden zusammen, und nur hier war, bei aller Rückkopplung, ein Überblick über das gesamte Projekt möglich.“

Vergleichbare Projekte sollten sich auf die genann-

ten Schwierigkeiten einstellen und 1. mit ausreichend finanziellen Mitteln und zeitlichen Ressourcen arbeiten und 2. der Moderationsgruppe den finanziellen und organisatorischen Freiraum einräumen, den eine solche Arbeit benötigt.

In Reaktion auf die Schwierigkeiten, insbesondere in Reaktion auf die Unhandlichkeit der großen zentralen Treffen, wurde im Teilprojekt 2 dazu übergegangen, einerseits kleinere und räumlich flexibel gehaltene Treffen und Einzelgespräche mit den Beteiligten durchzuführen und andererseits große gemeinsame ein- und zweitägige Workshopstage für alle am Projekt Beteiligten zu organisieren. Der aktuelle Diskussionsstand wurde weiterhin über Aufschlagpapiere, Protokolle und kleine Einführungen sowohl vermittelt als auch weitergeführt, dadurch fand jedoch das Dialogische weniger in direkter Kommunikation statt und war dafür stärker durch die Moderationsgruppe vermittelt.

Allerdings hatte es sich aufgrund des fortgeschrittenen Diskussionsstandes gegen Ende des Teilprojekts 1 ohnehin angeboten, die Diskussionsgruppen stärker zu öffnen und für das dialogische Verfahren neue Formate zu wählen. Der Öffnung kam zudem entgegen, dass sich die Rückkopplungsgespräche, die ursprünglich für terminlich Verhinderte im Nachgang der regulären DG-Treffen vorgesehen waren, als ungeahnt produktiv erwiesen. Hier gab es die Gelegenheit zu Vertiefung und Nachfrage sowie zur systematischen Fortführung; allerdings musste dieser fortführende Charakter dann wiederum seinerseits in die allgemeine Diskussion im Projekt Eingang finden.

Zusammengefasst wurden also aus den großen DG-Treffen und den Rückkopplungsgesprächen im Übergang von Teilprojekt 1 zu Teilprojekt 2 einerseits kleine Diskussionsrunden und Einzelgespräche und andererseits große gemeinsame Workshops jeweils zum Ende der Teilprojekte 2 und 3.

Auch die Aufteilung des Verfahrens in verschiedene Diskussionsgruppen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und Aufgaben wurde dadurch gelockert. Ursprünglich war vorgesehen gewesen, dass die DG_Wissenschaft mit der wissenschaftlich fundierten Analyse beginnt und auch bei den Gestaltungsvorschlägen eine Art Aufschlag macht, während die politische Dimension und Umsetzbarkeit dann vor allem in der DG_Politik und der DG_Grenzgängerinnen diskutiert werden sollte. Der Ablauf ist auch wie geplant durchgeführt worden, allerdings wurde die Arbeits- und Aufgabenteilung der verschiedenen Diskussionsgruppen flexibel gehandhabt. Ohnehin stand im Projekt ja das Dialogische im Vordergrund, zudem sahen sich die Beteiligten aller Diskussionsgruppen fast durchgängig als „Grenzgänger_innen“ zwischen Wissenschaft und Politik und waren nicht auf eine bestimmte Rolle festzulegen.

Der geplante Zeitrahmen war aufgrund der genannten Schwierigkeiten mit den großen unhandlichen Treffen der Diskussionsgruppen und der darum vorgenommenen Umstellung ebenfalls nicht zu halten. Die einzelnen Phasen haben statt 4-6 Monate zwischen 6 und 9 Monate gedauert, sodass das Projekt insgesamt statt der geplanten 2 Jahre ca. 3,5 Jahre in Anspruch genommen hat.

Die Einteilung des Projekts in Diskussionsgruppen hat indes gut funktioniert. Allerdings hatte sich schon während der Zusammenstellung der Diskussionsgruppen gezeigt, dass sich die meisten Beteiligten, wie oben schon erwähnt, als Grenzgänger_innen sehen. Insbesondere diejenigen, die für die Diskussionsgruppe Politik angefragt wurden, sahen sich meist nicht als „reine“ Politiker_in. Insofern waren die Diskussionsgruppen vom Selbstverständnis der Beteiligten her bereits mit Grenzgänger_innen besetzt, auch wenn das Projekt die Einteilung in Diskussionsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Aufgaben beibehalten hat. Jedenfalls hat sich der erhoffte Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik wie geplant eingestellt. Allerdings haben sich der Dialog und der Grenzgang im Verlauf des Projekts auf bestimmte Personen konzentriert, vor allem natürlich auf diejenigen, die kontinuierlich eingebunden blieben. Das war einerseits der Schwierigkeit regelmäßiger großer Treffen und der Öffnung der Gruppen geschuldet und lag andererseits in der üblichen und erwartbaren Dynamik langfristig angelegter Diskussionsprozesse. Wichtig war, dass trotz der Konzentration auf weniger Beteiligte gleichwohl die Heterogenität der Zusammensetzung bewahrt blieb, um neben den unterschiedlichen Perspektiven auch bestimmte Differenzen und Kontroverse aufrechtzuerhalten. Was neben den drei großen Diskussionsgruppen Wissenschaft, Politik und Grenzgänger_innen die DG Historisches Gedächtnis betrifft, so überschneidet sich ihre Rolle mit derjenigen der Externen Expert_innen. Wenn daher spezielle Fragen auftauchten, so waren die Beteiligten dieser DG die ersten Ansprechpartner_innen.

Fazit des methodischen Verfahrens

Die beiden Dimensionen des Projekts, zum einen die verfahrenstechnische und zum anderen die inhaltliche, waren eine Reaktion auf zwei große gesellschaftliche Entwicklungen. Was die organisatorisch-politische Dimension angeht, so wollte das Projekt dem Bedürfnis und vor allem der Bereitschaft entgegenkommen, den schwierigen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik anzugehen und die innere Zersplitterung und Fragmentierung in beiden Bereichen von einer Schwäche in eine Stärke zu wandeln. Darum wurde das Projekt in verschiedene Diskussionsgruppen mit unterschiedlichen Aufgaben eingeteilt, die heterogen zusammengesetzt und auf ein dialogisches und kontinuierliches Verfahren ausgerichtet waren. Was zum anderen die inhaltliche Dimension angeht, so wollte das Projekt mit diesem Ort der Übereinkunft den toten Punkt überwinden helfen, in dem sich die Gesellschaftskritik, aber auch die ökonomische Entwicklung in ihrer gegenwärtigen Situation befinden: Spätestens seit dem offenen Ausbruch der Finanzkrise mit ihren Folgen steht ein gesellschaftlicher Umbruch an, der aber nicht eintritt, und zwar allein schon darum nicht, weil ein gesellschaftlicher Gegenentwurf fehlt. Nicht nur die Idee eines solchen Projekts schien – auch nach Ansicht der Beteiligten – an der Zeit zu sein, es schien durch die krisenhafte ökonomische Entwicklung und die fragmentierte Situation aufseiten der Gesellschaftskritik auch gleichsam in der Luft zu liegen und geradezu vorbereitet zu sein. Die Struktur des Projekts und das dialogische Verfahren waren auf diese Situation und die Notwendigkeit einer Übereinkunft ausgerichtet und schienen dafür auch richtig konzipiert gewesen zu sein: Dialogisch ausgerichtet und als Grenzgang angelegt, heterogen zusammengesetzt, aufgeteilt in arbeitsfähige Diskussionsgruppen mit unterschiedlichen Aufgaben, langfristig angelegt und in bestimmte Phasen und Etappen eingeteilt, das ganze orga-

IV. Inhaltliche Auswertung der Projekt-Phasen

nisiert durch eine Moderationsgruppe und eingebettet in eine übergreifende Struktur, die ISM und Stiftungen bereitstellen. Es war klar, dass ein ebenso umfangreiches wie heterogenes sowie langfristig angelegtes Projekt zum einen an der Moderationsgruppe und zum anderen an der Finanzierung durch die Stiftungen hängen würde. Obwohl beides gewährleistet war, konnte das nicht den Rahmen ersetzen, den eine Institution wie z.B. die Universität bereitstellen müsste. Ein solches Projekt hätte eines institutionellen Rahmens und einer finanziellen Ausstattung wie etwa die der „Initiative soziale Marktwirtschaft“ bedurft – das Projekt wurde indes ins Leben gerufen, weil in den etablierten Institutionen gerade kein solcher Freiraum geschaffen wird.

Die regelmäßige Organisation von Treffen mit Akteur_innen, die durchweg in Wissenschaft und Politik ohnehin extrem belastet und überlastet sind und die zudem unentgeltlich teilnahmen, war kaum zu bewältigen. Solche großen persönlichen Treffen, an denen ja auch Vorbereitungszeit, ggf. Anreisen und Übernachtungen hängen, sind zu unhandlich; sie wirken angesichts der Schwerfälligkeit solcher räumlicher Zusammenkünfte und der neuen Kommunikationstechniken aus der Zeit gefallen. Bereits die Terminfindung für die Beteiligten einer DG war ein erstes Hindernis, zumal sich dafür auch die drei Mitglieder des Moderationsteams jeweils einen Freiraum außerhalb des Berufslebens schaffen mussten.

Und doch hat sich aller o.a. Widrigkeiten zum Trotz bestätigt, dass persönliche Treffen und das direkte Gespräch durch nichts zu ersetzen sind, auch und gerade aufgrund all dessen, was eine unmittelbare persönliche Kommunikation an vermeintlich Unwesentlichem mit sich bringt sowie aufgrund all der Gespräche, die am Rande oder im Anschluss stattfinden. Das gilt besonders für Personen und Personengruppen, die aufgrund unterschiedlicher Hintergründe und „Herkunftsorganisationen“ sonst nicht oder nur sehr punktuell in Diskussionen treten. Wissenschaft, Politik und soziale Bewegungen. Für die Idee des Grenzgangs zwischen Wissenschaft und Politik, die dem Projekt zugrunde lag, war daher das direkte Zusammentreffen unerlässlich. Auch Gruppendynamik und Motivation entstehen meist erst in gemeinsamen Aktivitäten – zu denen die Einzel- und Kleingruppengespräche eine außerordentlich produktive Ergänzung waren. Und auch die gemeinsamen Workshops waren aus mehreren Gründen eine gute Ergänzung: Sie waren die einzigen Zusammentreffen aller Beteiligten und daher nicht nur für gemeinsame Diskussionen wichtig, sondern auch für eine Verständigung sowohl über unterschiedliche Positionen als auch über Gemeinsamkeiten. Die Workshoptage waren bewusst an das Ende eines Teilprojekts gelegt worden, um zum einen eine Phase gemeinsam abzuschließen und um zum anderen den Workshop für den Einstieg in die nächste Phase zu nutzen.

Die Treffen der Diskussionsgruppen, die Einzelgespräche und die gemeinsamen Workshops aller DG sind also methodisch zu unterscheiden; sie bringen unterschiedliche Dynamiken mit sich und erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Die im Laufe des Projekts gefundene Verbindung der drei Ebenen war einerseits arbeitsfähig und andererseits geeignet, das Dialogische und den gemeinsamen Grenzgang umzusetzen.

Im Folgenden werden nicht der Verlauf der einzelnen Treffen und nicht die inhaltlichen Diskussionen nachgezeichnet, sondern nur ihre Ergebnisse festgehalten. Die Ergebnisse werden allerdings entlang der einzelnen, von allen DG gemeinsam durchlaufenen Teilprojekte vorgestellt, sodass der Verlauf der Diskussionen sowie das Verfahren nachvollziehbar werden. In der methodischen Auswertung wurde ja bereits gezeigt, dass die zwei großen Einteilungen des Projekts, nämlich die Einteilung in zum einen Diskussionsgruppen mit bestimmten Aufgaben, die zum anderen durch die Teilprojekte bestimmte Phasen durchlaufen – dass diese Einteilung auch die inhaltliche Entwicklung strukturiert und geleitet hat. Die folgende Auswertung ist eine Synthese erster Ordnung, d.h. es ist eine Form der Wissensproduktion, die an den Expertisen der Akteure, an ihrer Konstellation in den Diskussionsgruppen und an ihren sozial-kommunikativen Verdichtungen ansetzt und Literatur, genau wie die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, nur auf diese bereits diskutierte und „verarbeitete“ Weise einbezieht.

IV.1. Das Vorprojekt: Begriffliche Bestimmung des Projekts „solidarische Arbeitsverhältnisse“

Die projektverantwortliche Moderationsgruppe hat in dem sechsmonatigen Vorprojekt mit ausgewählten Wissenschaftler_innen zum einen das organisatorisch-technische Verfahren und zum anderen die mögliche thematische Eingrenzung und Strukturierung des Gegenstands diskutiert, die „solidarischen Arbeitsverhältnisse“. Dabei wurden auch schon zu erwartende innerwissenschaftliche Dissense und mögliche „Sollbruchstellen“ des dialogischen Prozesses thematisiert. Das diente sowohl der inhaltlichen Selbstverständigung und Vorstrukturierung des Themas als auch der Verständigung über die Durchführbarkeit des Verfahrens. Es ging inhaltlich somit noch nicht um eine mögliche Umgestaltung der bestehenden Arbeitsverhältnisse oder gar um einen Gegenentwurf, vielmehr wurden, ganz im Sinne einer ersten Selbstverständigung, zunächst Umfang und Inhalt der beiden Begriffe „Arbeitsverhältnisse“ und „Solidarität“ bestimmt. Dabei standen die Veränderungen im Vordergrund, die sich seit der Krise des Fordismus und dem Aufstieg des Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus vollzogen haben und die beide mittlerweile ihrerseits – und in dieser Situation verortete sich das Projekt – in eine gewisse Erschöpfung und Krise geraten sind und vielleicht vor einem Umbruch stehen.

Die Analyse dieser Entwicklung hatte ergeben, dass zwar für die heutige Gesellschaft „Arbeit“ – Arbeit im weiten Sinne gefasst und nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt – weiterhin zentral bleibt, dass aber insbesondere die Erwerbsarbeitsverhältnisse massive Veränderungen erfahren haben und sich hieraus die Möglichkeit und Notwendigkeit einer – auch das im weitesten Sinne – solidarischen Umstrukturierung ergibt. Über diese Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen hatte es eine relative Einigkeit gegeben. Die Einigkeit betraf auch die Einschätzung, dass die Phase neoliberaler Wirtschaftspolitik zwar erschöpft ist und eine Delegitimierung erfahren hat, aber gleichwohl unvermindert anhält, begünstigt durch eine Umdeutung der aktuellen Krise zur Staats- und Schuldenkrise. Dasselbe gilt für den Finanzmarktkapitalismus, der trotz seiner offenkundigen Krisenhaftigkeit und entgegen dem verbreiteten Bedürfnis nach stärkerer Regulierung und sogar Umstrukturierung und Neuausrichtung ebenfalls weitgehend unvermindert anhält.

Relative Einigkeit herrschte allerdings auch darin, dass die Entwicklung durchaus ambivalente Folgen zeitigt hat; jedenfalls kann es nicht um eine einfache Rückkehr zu den Formen fordistisch-keynesianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen. Auch der Solidaritätsbegriff wurde, zumindest was den traditionellen Umgang mit ihm betrifft, ambivalent beurteilt. Die vergangenen Jahrzehnte waren zwar unstrittig Phasen der Entsolidarisierung, gekennzeichnet vor allem durch den Abbau der sozialen Sicherungssysteme, den Repräsentationsverlust der klassischen Vertreter der Ware Arbeitskraft sowie eine Individualisierung und Fragmentierung sozialer und politischer Prozesse. Gleichwohl kann nicht unvermittelt an die klassischen Formen und das klassische Verständnis von Solidarität angeschlossen werden. Die Diskussion diene vor allem dazu, die beiden Begriffen, die für das Projekt namensgebend sind, genauer zu bestimmen: Die Arbeitsverhältnisse und das Solidarische.

Die Arbeitsverhältnisse

Bestimmung und Umfang des Arbeitsbegriffs

Wir haben uns verständigt, die Arbeitsverhältnisse nicht auf den Bereich von Erwerb und Erwerbseinkommen zu beschränken, sondern auch Reproduktionsarbeit und Formen unentlohnter (gesellschaftlicher, informeller, ehrenamtlicher, affektiver etc.) Arbeit einzubeziehen. Wo es um Erwerbsarbeit ging, wurde daher explizit von Erwerbsarbeit gesprochen, ansonsten wurden Arbeitsverhältnisse im genannten weiten Sinne behandelt und diskutiert.

Einigkeit bestand allerdings auch darin, dass die Verbindung von Arbeit und Einkommen zentral für das Verständnis wie für die Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft bleibt. Allerdings gibt es auch eine Verbindung zwischen einerseits der Auflösung der „Normalarbeitsverhältnisse“ durch ihre Deregulierung, Flexibilisierung etc. und andererseits ihrer Prekarität. Die Frage ist vielleicht sogar, ob nicht weniger diese Normalarbeitsverhältnisse in Auflösung und Prekarisierung begriffen sind als vielmehr die Möglichkeit der einheitlichen Repräsentation der Arbeit und der Beschäftigten überhaupt. Ja, vielleicht ist sogar die Möglichkeit von ökonomischer und politischer Repräsentation, Normierung und Regulierung als solche in einer Auflösung begriffen und prekär geworden. Eine solche Bestimmung des Arbeitsbegriffs ist allerdings abhängig davon, auf welcher Ebene und in welchem Rahmen diskutiert wird:

Geschichtlich – Wann und wo waren die Arbeitsverhältnisse überhaupt „normal“? In der fordistischen Nachkriegsphase der entwickelten Industrienationen? War diese Normalität in der Geschichte des Kapitalismus nicht vielmehr die große Ausnahme?

Räumlich-geographisch – Geht es um eine national(-staatliche) Fassung der Arbeit oder um ihre globale Dimension? Welche Rolle wird der Migration und der mobilen Arbeitsbevölkerung sowie der „Surpluspopulation“ und den „Überflüssigen“ eingeräumt? Hier war die Tendenz, unsere Analyse und die Suche nach Umgestaltungen weiterhin im nationalökonomischen Rahmen zu verorten, zumal der Anspruch einer transnationalen Umgestaltung, so wünschenswert sie auch sein mag, vermessen wäre. Gleichwohl gilt es, die Arbeitsverhältnisse von ihrer Einbettung in die europäische und in die globale Situation her zu denken, eine transnationale

Perspektive einzunehmen und insbesondere die Auswirkungen nationalstaatlicher Politik zu berücksichtigen. Gerade wenn es um eine explizit solidarische Umgestaltung geht, wäre es borniert, sich in einer nationalen Perspektive einrichten, zumal die deutsche Wirtschaftspolitik insbesondere in Europa erhebliche – und bislang durchaus verheerende – Auswirkungen hat.

Krise und Umbruch der Arbeitsverhältnisse

Einigkeit bestand darin, dass Arbeit zum einen für den Gegenwartskapitalismus weiterhin zentral bleibt und eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft nicht an den Arbeitsverhältnissen vorbeikommt, dass zum anderen die Arbeitsverhältnisse aber seit den 1970er Jahren einen Umbruch erfahren haben. Der Umbruch fällt in die Phase des Post-Fordismus, des Neoliberalismus und des Finanzmarktkapitalismus. Durch den Umbruch ist jedoch nicht, wie noch in den 80er Jahren unter dem Titel „Krise“ oder gar „Ende der Arbeitsgesellschaft“ diskutiert wurde, menschliche Arbeit durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie durch die Steigerung der Produktivkraft zunehmend freigesetzt und überflüssig geworden. Im Gegenteil, Arbeit bleibt in den kapitalistischen Gesellschaften in ökonomischer, aber auch in politischer und ideologischer Hinsicht zentral. Arbeitskräfte sind in der Industrie zwar in der Tat zunehmend überflüssig geworden, aber sie haben sich infolge dessen eher in neue, weiterhin arbeitsintensive Arbeitsbereiche verlagert, zudem hat eine ökonomische Entwertung und eine politische Schwächung der Ware Arbeitskraft und ihrer politischen Repräsentationsformen und -organe stattgefunden; beide Entwicklungen haben dazu geführt, dass massenhaft ungesicherte und Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind.

Es ist demnach anscheinend eher der Status der Arbeit, der in die Krise geraten ist oder der zumindest einen Umbruch erfahren hat. Das betrifft vor allem das klassische Normalarbeitsverhältnis sowie dessen sozialstaatliche Regulierung und Absicherung. Jedenfalls scheinen sowohl die klassischen Repräsentanten der Arbeit: die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften (ganz zu schweigen von den sozialistischen und kommunistischen Parteien, Organisationen und Bewegungen) als auch das Repräsentierte selbst: die Arbeit und die abhängig Beschäftigten sowie die klassischen Orte und Bereiche der Arbeit wie Industrie und Fabrik, nicht mehr ineinander zu greifen. Dadurch geraten nicht nur diese Repräsentanten und Akteur_innen der Arbeit in die Krise, auch die Arbeit selbst scheint sich gleichsam von sich aus sowohl der politischen Repräsentation als auch der ökonomischen Organisation und Regulierung zunehmend zu entziehen. Es gibt keine klare Bestimmung der Arbeit und ihres Subjekts, es gibt mithin keine klare Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse einheitlich zu normieren und zu (ver-)fassen, weil durch die neuen Formen der Arbeit, die neuen Gestalten der Arbeitskräfte sowie durch die Differenzierung, Flexibilisierung und Individualisierung ihrer Arbeitsverhältnisse ein Umbruch im Innersten der Arbeit selbst, in den auf sie gegründeten sozialen und politischen (Repräsentations-)Formen

„Es ist demnach anscheinend eher der Status der Arbeit, der in die Krise geraten ist oder der zumindest einen Umbruch erfahren hat. Das betrifft vor allem das klassische Normalarbeitsverhältnis sowie dessen sozialstaatliche Regulierung und Absicherung.“

sowie in der Arbeitskultur stattgefunden hat. Dieser Umbruch markiert den Übergang des Industriezeitalters ins Informations- und Dienstleistungszeitalter, den Aufstieg immaterieller Arbeiten und Waren und entsprechender Produktionsmittel und der Informations- und Kommunikationstechnologien, die zunehmende Mobilität der Arbeitsbevölkerung, den Zusammenbruch des Realsozialismus, die Globalisierung sowie die Bildung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Migrationsbewegung ganzer Bevölkerungsgruppen, die Zunahme von Frauen in die Erwerbsarbeit und die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse sowie natürlich den Aufstieg des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus.

Zentrale Widersprüche in der Entwicklung

Zentral für die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten ist der Zusammenhang zwischen dem diagnostizierten Umbruch in der Arbeit und den Arbeitsverhältnissen einerseits und der ökonomischen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sowie der politischen Entmachtung ihrer Repräsentationsformen andererseits.

Die Entwicklung vollzog sich im Widerspruch zwischen einerseits der Logik der Ökonomisierung durch Deregulierung und Liberalisierung, Finanzialisierung und Privatisierung und andererseits der Logik der Teilnahme und Integration, der sozialen Sicherung und der öffentlichen Infrastruktur und Grundversorgung.

Doch so eindeutig sich bestimmte Veränderungen der Arbeit und der Arbeitsverhältnisse samt den damit einhergehenden Widersprüchen feststellen ließen, so differenziert fiel die Bewertung der Veränderung aus. So bestand an der zunehmenden Ausdifferenzierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und auch an der damit einhergehenden Instabilität und Prekarität zwar kein Zweifel. Die Folgen wurden allerdings zwiespältig beurteilt:

- Gewinn an Autonomie, Handlungsfreiheit und Flexibilität vs. (Schein-)Selbständigkeit, Prekarität, Selbstausbeutung und Unsicherheit. Flexibilität wird vorwiegend vonseiten des Kapitals genutzt, könnte aber auch der Seite der Arbeit zugute kommen.

- Differenzierung und Vertiefung der Arbeit(-teilung) und der Arbeitsverhältnisse und Steigerung der Effektivität und Produktivität vs. ständiger Entwertung der Qualifikation und des Wissens und steigendem Qualifizierungszwang und Konkurrenzdruck.

- Sinkende Reallöhne vs. Aufbrechen der klassischen patriarchalen Arbeitsteilung und der Alleinverdienerrolle des Mannes, usw.

Entsprechend unklar blieben die Schlussfolgerungen. Das betraf natürlich auch den zu bestimmenden Begriff des Solidarischen: Wenn es um eine explizit solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse geht – was ist eigentlich solidarisch?

Der Begriff des „Solidarischen“

Einigkeit bestand darin, dass der Neoliberalismus eine Phase der Entsolidarisierung gewesen ist. Während Solidarität sich ehemals durch wechselseitige Absicherung auszeichnete und ökonomisch über Erwerbsarbeit und Sozialversicherungen im Sinne gesamtgesellschaftlicher Umverteilung organisiert wurde, wird Solidarität zunehmend an einer partikular statt universell gefassten Gleichheit ausgerichtet und vorzugsweise unter diesen Gleichen ausgeübt, etwa entlang der Unterscheidung Erwerbsarbeit/Nicht-Erwerbsarbeit oder nationaler Zugehörigkeit.

Die Entsolidarisierung findet vor allem im Kontext dreier widersprüchlicher Entwicklungen statt:

1. Einerseits wird die Erwerbsarbeit für den Zugang zu Solidarität und zu bestimmten Sicherungssystemen immer bedeutsamer, obwohl Arbeit andererseits zunehmend prekär wird.
2. Einerseits ist zunehmend eine nationale Schließung zu beobachten, insbesondere in den Reaktionen auf Krisen, obwohl andererseits (vermeintlich unumkehrbare) Prozesse wie die Globalisierung und die Bildung einer Europäischen Union über eben diese nationalen Bezugsrahmen hinausgehen.
3. Einerseits ist die Gesellschaft bei aller Tendenz zur Individualisierung, Flexibilisierung und Ausdifferenzierung weiterhin – vielleicht sogar wieder zunehmend – gespalten, vor allem entlang der Kategorien Klasse, Geschlecht, Herkunft, Ethnie und Religion. Andererseits gibt es keine kollektiv handlungsfähigen Großakteur_innen mehr (Arbeiterbewegung, Gewerkschaft); vielmehr werden die Spaltungen zunehmend partikular und individuell verarbeitet, und entsprechend partikular und individuell werden Bedürfnisse und Ansprüche formuliert.

Auch die „historischen Ressourcen“ der Solidarität lassen sich, wenn nicht widersprüchlich, so doch gegensätzlich fassen, nämlich auf positive wie negative Weise. Positiv vor allem im Sinne einer Zustimmung zum Sozialstaat sowie bestimmten moralisch-ethischen Orientierungen in der Ökonomie. Sie zielen z.B. auf die Notwendigkeit des ökonomischen und materiellen Ausgleichs, des Grenzen-Setzens, der Bedarfsgerechtigkeit und der Grundversorgung unabhängig vom Beitrag durch die individuelle Erwerbsarbeit. (Ganz abgesehen von der Kritik, dass schon das individuelle Primäreinkommen, vor allem aus Kapitalbesitz sowie durch Kapitalbildung und -schöpfung, auf gesellschaftlichen Umverteilungen beruht und keineswegs unmittelbar gerecht und quasi natürlich ist.)

Negativ in dem Sinne, dass der Solidarität ökonomische Ungerechtigkeiten und Bedrohungen sowie die Spaltung und Fragmentierung der Gesellschaft ja je schon zugrunde lagen und Solidarität buchstäblich aus der Not heraus geboren wurde. Solidarität war eine Reaktion darauf und ermöglichte einen fortschrittlich-emanzipatorischen Umgang damit, ohne das Problem an der Wurzel packen und endgültig lösen zu können. Gleichwohl ließe sich an die Reaktion darauf weiterhin anschließen, etwa an die (solidarische) Reaktion auf eine gemeinsame Verunsicherung durch schlechte Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit, Konkurrenzdruck und ungerechte Verteilung, Finanzmarktkapitalismus und Euro-Krise, an allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen und ein Ungerechtigkeitsempfinden etc.

Die Problematik des Begriffs

Ähnlich wie im Bereich der Arbeitsverhältnisse führte auch im Fall des Solidarischen die Einigkeit in der geschichtlichen Rekonstruktion und in der Diagnose der aktuellen Situation noch nicht zu einer einheitlichen Bewertung. So ist offen, was entgegen der festgestellten Entsolidarisierung „solidarisch“ wäre. Es gab aber Einigkeit zumindest über bestimmte Probleme, die wie im Fall des Begriffs Arbeitsverhältnisse unterschiedliche Ebenen betreffen:

Grundsätzlich betrachtet ist der Begriff der Solidarität insofern von vornherein problematisch, als er eine Situation des Mangels und der Ungerechtigkeit immer schon unterstellt, mithin die Notwendigkeit eines Ausgleichs und einer Umverteilung, ohne dass Solidarität alleine die zugrunde liegenden Ursachen letztlich nicht wirksam infrage stellen könnte; sie hat eher einen Umgang damit als eine Lösung gefunden. Der Umgang beruhte dann wiederum klassischerweise auf einer Solidarität, die entweder auf Ähnlichkeit oder auf eine organische Entwicklung abstellt – beiden Ansätzen ist aber kritisch zu begegnen.

Geschichtlich betrachtet wäre in Rücksicht auf die Geschichte der Solidarität zu fragen, ob und wo hier überhaupt noch anzuschließen ist, ob z.B. Ressourcen mobilisiert werden könnten und sollten, und ob unter den veränderten Verhältnissen überhaupt noch ein einigendes Band zu finden ist oder hergestellt werden könnte. Gibt es ein Band, das von der Mitte der Gesellschaft bis zu den Rändern sowie den Ausgegrenzten und „Abgekoppelten“ alle verbindet? Kann zumindest auf die gemeinsame Verunsicherung ein solidarischer Bezug genommen werden?

Systematisch betrachtet hat auch „das Solidarische“ Mechanismen und Techniken des Ein- und Ausschlusses sowie der Konstruktion bestimmter Identitäten und Kollektive mit sich gebracht; es hat mitunter sogar genau die Ein- und Ausschlüsse und Spaltungslinien hervorgebracht oder zumindest gefestigt, die eigentlich zur Kritik anstanden. Um einen Rückfall in solche Ein- und Ausschlussmechanismen und in bestimmte Begrenzungen oder Identitäten zu vermeiden, müsste eine Lösung in einem „vorsichtigen Universalismus“ gesucht werden.

Inhaltlich und auf den „Gegenstand“ bezogen ist offen, welche Arbeit überhaupt solidarisch gefasst werden soll. Nur Erwerbsarbeit? Auch andere Formen und Bereiche der Arbeit? Geht es um die Befreiung der Erwerbsarbeit von bestimmten Zwängen und Bedingungen? Oder geht es auch um eine Befreiung von der Erwerbsarbeit mit ihren Zwängen und Notwendigen? Geht es um die Produktion des Reichtums oder um seine Verteilung? Und was heißt in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse „solidarisch“? Geht es um Arbeitsbedingungen? Grundeinkommen? Mit Wachstum? Oder im Gegenteil ohne Wachstum und sogar unter der Notwendigkeit der Schrumpfung und unter den Bedingungen einer Abnahme des gesellschaftlichen Reichtums?

Der Umfang des Begriffs „solidarisch“: Der Universalismus individueller Autonomie

Die Probleme und Widersprüche, welche die Begriffsbestimmung mit sich brachten, haben gleichwohl zu einer relativen Einigkeit über den Umfang des Begriffs geführt. Mit dem Umfang lässt sich auch die Herausforderungen ermessen, vor der eine solidarische Umgestaltung steht: Um welche Fragen es auch geht, die

größte Zukunftsaufgabe wird sein, das Solidarische universell auszulegen, d.h. ohne die bisherigen Ein- und Ausschlussmechanismen und ohne in nationale Schließungen und Standortlogiken zurückzufallen. Das Versprechen der Aufklärung und der Moderne nach individueller Autonomie, das zuletzt nach dem Auf- und Umbruch von 1968 und von 1989 noch einmal bekräftigt wurde, kann nur noch nach „vorne“ eingelöst werden, d.h. der individuellen Autonomie wird keine Solidarität mehr angemessen sein, die noch auf partikuläre Identitäten und allein auf den Nationalstaat abstellt.

Damit wird bereits deutlich, dass das Universelle des Solidarischen zugleich individuell ausfallen muss. Die Frage nach Solidarität und solidarischen Arbeitsverhältnissen muss wohl unhintergebar von derjenigen Individualisierung ausgehen, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat und die nicht allein in den post-industriellen Gesellschaften eine veränderte Arbeits- und Lebenswelt hervorgebracht hat. Auch die „alten“ Fragen der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach Solidarität, nach materieller Absicherung, nach Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit etc. stellen sich von hier aus (wieder) neu. So muss Solidarität auf Autonomie und zugleich auf Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit beruhen – anders als das in der Bildung von kollektiven und nationalen Identitäten mit ihren Ein- und Ausschlussmechanismen der Fall war. Eine solche Solidarität müsste zukünftig statt auf bestimmte Kollektive eher auf globale und zugleich individuelle soziale Rechte zielen, etwa auf eine bedingungslose Existenzsicherung (ohne ihr „Wie“ festzuschreiben), auf Mindeststandards im Recht und in der Ökonomie oder auf die (Wieder-)Aneignung der Bereiche der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion (öffentlicher Raum und Stadt, Kommunaleigentum, Humankapital und Wissen etc.).

Auf den Punkt gebracht, sollte das Solidarische in den Arbeitsverhältnissen beides ins Verhältnis setzen, den (vorsichtigen) Universalismus und die individuelle Autonomie. Die Frage war demnach: Wie ist die Individualisierung, Differenzierung, Flexibilisierung etc. in den Arbeitsverhältnissen so organisierbar und so regulierbar, dass sie diesen universellen Anspruch einlöst oder zumindest keine Ein- und Ausschlüsse, keine partikularen oder nationalen Schließungen mit sich bringt?

Eine solche Verbindung der universellen und der individuellen Dimension des Solidarischen verlangt auch nach neuen Formen der politischen Organisation und nach neuen politischen Allianzen. Die Suche nach neuen politischen Formen ist um so dringender, als es nicht nur in den Arbeitsverhältnissen und in den auf ihnen gegründeten politischen Form, sondern auch im Politischen insgesamt einen Umbruch gibt. Es gibt einerseits eine Rückkehr des Politischen, d.h. es gibt nach den Jahrzehnten des Neoliberalismus, verstärkt durch die sog. Globalisierung und verschärft durch die Krise des Finanzmarktkapitalismus, ein Bedürfnis nach Mitsprache und Teilnahme bis hin zur „Wiederaneignung“ und „Rückeroberung“ des öffentlichen Raums und des Gemeineigentums; es gibt seit 2011 sogar einer Rückkehr des Politischen in Form weltweiter Massenproteste. Andererseits gibt es keine unvermittelte Rückkehr zu den fordistisch-keynesianischen oder gar realsozialistischen Formen der (sozialstaatlichen) Planung und Regulierung. Mehr noch, es gibt ein Misstrauen und eine Delegitimierung aller klassischen Formen der politischen Repräsentation, nicht nur der Parteien, sondern

auch der staatlichen Institutionen und des Parlaments. Ja, (politische) Repräsentation wird mitunter als solche in Frage gestellt, und entsprechend gibt es ein Bedürfnis nach einer Politik jenseits der Formen klassischer Repräsentation.

Das Problem der (politischen) Repräsentation betrifft auch und gerade die Arbeitsverhältnisse: Anscheinend lassen sich für die herrschenden Produktionsverhältnisse und insbesondere für die Arbeitsverhältnisse keine einheitlichen und dauerhaften Formen der politischen Repräsentation finden, und entsprechend lassen sich kaum noch einheitliche Regelungen und Normen etablieren, weder im Bereich des Einkommens, noch im Bereich der Arbeitszeit und der Beschäftigungsdauer, noch in der Absicherung oder in der Arbeitskultur. Stattdessen sind alle diese Bereiche zunehmend ungeschützt den Kräften deregulierter Märkte und der freien Konkurrenz ausgesetzt.

Die Frage ist somit, wie eine solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse das Universelle mit dem Individuellen verbindet und mit welchen politischen Formen das möglich sein soll. Diese politischen Formen betreffen nicht erst die praktische Umsetzung. Vielmehr scheint die Schwierigkeit noch vor jeder politischen Praxis zu sein, dass Solidarität aufgrund der Eigenständigkeit und Unverfügbarkeit des Ökonomischen im Allgemeinen und der Unrepräsentierbarkeit der Arbeit im Besonderen selbst dann nicht gelingen will, wenn ein allgemeines Bedürfnis da ist und ein Wille sowohl in der Politik als auch aufseiten der Bevölkerung unterstellt werden kann.

Aufgrund der relativen Einigkeit, die im Zuge des Vorprojekts bereits in Analyse und Kritik sowohl des Begriffs „Arbeitsverhältnisse“ als auch „solidarisch“ erreicht worden war, wurde beschlossen, im eigentlichen Projekt nicht noch einmal mit einer Begriffsbestimmung und mit einer Aufarbeitung und Kritik der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu beginnen, um sich stattdessen anhand der getroffenen Bestimmung der beiden Begriffe ihrer Verbindung zu widmen und hier nach einer Verständigung zu suchen.

IV.2. Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“: Die Umgestaltungsformel

Wir haben im Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ in der Diskussionsgruppe Wissenschaft an der ambivalenten Beurteilung angesetzt, die im Zuge des Vorprojekts für die Jahrzehnte des Finanzkapitalismus und Neoliberalismus festgestellt wurde: Problematisch sind nicht die Individualisierung, Flexibilisierung etc. als solche, sondern dass sie unter neoliberalen Bedingungen geradezu ins Gegenteil umschlagen, auf individueller Ebene in Entgrenzung und Prekarität, in Überlastung, Fremdbestimmung und Unfreiheit, und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in eine enorme Umverteilung des Reichtums bei gleichzeitiger Austeritätspolitik, in Ungleichheit und Entdemokratisierung und autoritär-technokratische „Lösungen“. Das grundsätzliche Problem scheint zu sein, dass die neoliberale und finanzmarktkapitalistische Entwicklung nicht nur beides hervorbringt, sondern dass Individualisierung, Flexibilität etc. unmittelbar in ihr Gegenteil umschlagen, in Prekarität, Fremdbestimmtheit und in autoritär-technokratische Lösungen. Entscheidend ist der Grund für diesen Umschlag. Er scheint darin zu liegen, dass die Ökonomie des Finanzkapitalismus und die Politik des Neoliberalismus der Gesellschaftlichkeit von Individualität, Autonomie und Freiheit nicht adäquat sind. Genauer gesagt sind es die

gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie, denen Finanzkapitalismus und Neoliberalismus gar nicht adäquat werden können, weil sie diese Bedingungen nicht nur ideologisch leugnen, sondern auch praktisch negieren und sogar bekämpfen.

Im Teilprojekt 1 wurde das auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, und mit diesem Nenner wurde diejenige Orientierung für eine solidarische Umgestaltung gefunden, die fortan für das Projekt leitend war: Es geht um die „(Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der vom Finanzkapitalismus und Neoliberalismus gelegneten und bekämpften gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie in der Ökonomie wie in der Politik“. Die Betonung lag auf der Gesellschaftlichkeit der Bedingungen, denn als problematisch wurden ja nicht die Individualisierung, Flexibilisierung etc. als solche betrachtet, sondern dass sie sich aufgrund der herrschenden Verhältnisse in Ökonomie und Politik in kein angemessenes Verhältnis zu ihren eigenen gesellschaftlichen Bedingungen setzen können.

Parallel zur DG_Wissenschaft haben wir im Teilprojekt 1 in den beiden Diskussionsgruppen „Politik“ und „Grenzgänger_innen“ festgestellt, dass dieser Versuch einer (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der gesellschaftlichen Bedingungen bereits stattfindet. Dabei wird die Eroberung und Aneignung vor allem räumlich ausgelegt: Es geht um die (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung des – im weitesten Sinne – öffentlichen Raums. Dieser öffentliche, gesellschaftliche Raum wird in mehrfachem Sinne politisiert:

- Der Raum im schlichten territorialen Sinne (von der Besetzung der Plätze über das Occupying des gesamten Territoriums bis zur Herausforderung der Staatsmacht).
- Der Raum der gesellschaftlichen Infrastruktur und der Reproduktionsbedingungen (Rekommunalisierung städtischen Eigentums und Rücknahme von Privatisierungen, „Recht auf Stadt“, Mitbestimmung und Teilhabe bei Großprojekten wie Stuttgart 21 oder dem Ausbau von Flughäfen u. Ä.).
- Die Diskussion um das gesellschaftlich Gemeinsame im Sinne der Gemeingüter / Commons.
- Der virtuelle Raum (immaterielle Arbeit und Wissensproduktion, Kommunikations-, Medien- und Netzpolitik, Social Media, Open Source, Big Data etc.).
- Der demokratische Raum (Kämpfe um Anerkennung und bestimmte Rechte, Liquid Democracy, Fragen der Teilnahme und Teilhabe an politischen Entscheidungen und an Bildung und Informationen, Wirtschaftsdemokratie und Solidarökonomie, Share Economy usw.).

Alle diese Kämpfe zielen zwar auf die Wiederaneignung des öffentlichen Raums und entsprechen insofern der formulierten Suche nach den „gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie“. Aber sie legen, bei aller Vielfalt, das Öffentliche und Gesellschaftliche letztlich jeweils räumlich aus, die gesellschaftlichen Bedingungen werden mithin stets räumlich gefasst. Wir haben uns daher entschieden, diese räumliche Auslegung zeitlich auszulegen. Denn offensichtlich ist es einseitig, bei den gesellschaftlichen Bedingungen (für individuelle Autonomie) zwar die verschiedensten räumlichen Dimensionen zu berücksichtigen, aber die Zeit nicht explizit als solche zu thematisieren. Ist nicht das Verhältnis von Arbeit und Zeit grundlegend für

unsere Gesellschaft? Muss nicht auch die Zeit wie ein Common behandelt werden, vielleicht sogar wie das Gemeingut schlechthin? Und wie könnten die Arbeitsverhältnisse in Hinblick auf „die Zeitfrage“ re-politisiert werden?

Es ging allerdings nicht nur darum, die räumlich gehaltene Auslegung nun um die Zeit bloß zu ergänzen. Es ging vielmehr darum, unmittelbar in dieser räumlichen auch die zeitliche Dimension zu suchen und sowohl die gegenwärtigen Kritiken als auch die Umgestaltungsentwürfe in zeitlicher Hinsicht gleichsam zu reformulieren.

Für diese zeitliche Auslegung der gesellschaftlichen Bedingungen sprachen neben einer Reihe inhaltlicher auch politische und strategische Gründe:

- Da die Zeit einerseits einen schlechthin universellen Charakter hat, andererseits aber nur individuell geteilt werden kann, scheint sie genau die beiden Dimensionen des Solidarischen zu erfüllen, die wir suchen und ins Verhältnis setzen wollen.

- Es bot sich an, mit dem Projekt an bereits bestehende soziale Auseinandersetzungen und politische Konflikte anzuschließen und es nicht fernab von ihnen zu verorten, jedoch ohne diese bestehenden Ansätze einfach zu ergänzen, sondern durch einen eigenständigen Beitrag oder gar durch eine Intervention zu unterstützen.

- Aufgrund des universellen und zugleich individuellen Charakters der Zeit scheint sie für eine Politisierung besonders geeignet und geradezu grenzüberschreitend in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Diskussionen einsetzbar oder anschlussfähig zu sein.

- Das Thema Zeit könnte zudem helfen, die immer noch latent vorhandene Unterscheidung in eine „alte“, fordistisch geprägte, und in eine „neue“, post-fordistische Linke zu überwinden und eine Querschnittsaufgabe zu formulieren, die gerade in einer Situation der Fragmentierung und der widerstreitenden Interessen und Bedürfnisse eine gemeinsame Konstante im sozialen und politischen Raum bildet. Die Hoffnung war, insbesondere die Konfrontation zwischen erwerbsorientierten Ansätzen und der Kritik an der Erwerbszentrierung auf das ebenso gemeinsame wie neutrale Terrain „Zeit“ zu verlagern und hier gleichsam indirekt austragen zu können.

Es gab aber noch einen weiteren interessanten Grund dafür, die „Zeitfrage“ in den Mittelpunkt einer solidarischen Umstrukturierung zu stellen. Er wurde vor allem in der Diskussionsgruppe Historisches Gedächtnis erschlossen. Hier wurde nämlich festgestellt, dass einzig der Kampf um die Zeit nicht integrierbar gewesen ist: Er ist derjenige Antagonismus in der kapitalistischen Gesellschaft, derjenige dauerhaft offene Konflikt, der sich zwar aushandeln, aber nicht endgültig still stellen und befrieden lässt; die Zeitrage bleibt für die kapitalistische Gesellschaft zeitlos offen.

Aus den genannten Gründen wurde für Phase 2 beschlossen, die Politisierung und Aneignung des öffentlichen Raums in die Dimension der Zeit zu „übertragen“. Da es im Projekt um die solidarische Umgestaltung explizit der Arbeitsverhältnisse geht, sollten die zeitliche Dimensionen zum einen in der Ökonomie und zum anderen in der Politik besonders verfolgt werden, und zwar als „Ökonomie der Zeit“ einerseits und als „poli-

tisches Zeitregime“ der Arbeitsverhältnisse andererseits. Ziel sollte sein zu prüfen, ob die gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie in der Umgestaltung der Ökonomie der Zeit und des politischen Zeitregimes liegen könnte und inwiefern sie hier durch die aktuelle Entwicklung bereits angelegt und vorbereitet sind – oder im Gegenteil verhindert werden.

Die in Phase 1 gewonnene Formel wurde also für Phase 2 folgendermaßen um die Zeit ergänzt und präzisiert: „Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie, wenn diese gesellschaftlichen Bedingungen zeitlich auszulegen sind?“

IV.3. Teilprojekt 2 „Dialog herstellen“: Die Zeitfrage

Es herrschte in den Diskussionen weitgehend Einigkeit darin, dass die Zeit sowohl in systematischer als auch in geschichtlicher Hinsicht durchgehend zentral für die (Erwerbs-)Arbeitsverhältnisse ist. Die Notwendigkeit, die Arbeitszeit zu verkaufen und die damit einhergehende Trennung in einerseits in-Wert-gesetzte, bezahlte Erwerbsarbeitszeit und andererseits in die Zeit unbezahlter Tätigkeit und Freizeit ist die für die moderne Gesellschaft zentrale Unterscheidung schlechthin; die Trennung unterscheidet nicht nur die Produktion von der Reproduktion und konstituiert darüber bestimmte Geschlechterverhältnisse, sie strahlt auch in die gesamte Gesellschaft aus, strukturiert eine „Ökonomie der Zeit“ und begründet ein politisch-ökonomisches Zeitregime. Zudem wurde die Einschätzung geteilt, dass die Zeitfrage auch (und gerade) in der aktuellen Entwicklung eine zentrale Rolle spielt und als Ansatz für eine solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse genutzt werden sollte.

Die Umgestaltung wurde so weit gefasst wie die Arbeitsverhältnisse: Wenn Arbeit im Projekt nicht auf Erwerbsarbeit beschränkt ist, sondern in einem weiten Sinne gefasst sein soll, dann ist auch die Zeit nicht auf die Erwerbsarbeitszeit zu beschränken. Im Gegenteil, wenn nach der Zeit auf dieselbe radikale Weise gefragt werden soll wie nach dem öffentlichen Raum und den öffentlichen Gütern, dann muss auch für die Zeit nach ihrer Produktion, nach ihrer Aneignung und Verteilung und nach ihrer Gesellschaftlichkeit gefragt werden: Wo und wie wird, analog dem öffentlichen Raum und seiner Güter und Dienstleistungen, Zeit „hergestellt“? Wie ist eine Aneignung und Eroberung der Zeit analog des öffentlichen Raums möglich? Wo wird verfügbare, disponible Zeit freigesetzt, wer verfügt über die Zeit? Und, in Hinblick auf unsere Formel gefragt: Wie könnte die Zeit, obwohl doch zutiefst individuell, zu einem öffentliche Gut werden? Wo liegen die gesellschaftlichen Bedingungen für Zeitsouveränität, Zeitwohlstand, Zeitautonomie etc.? Kurz, wie lassen sich Gesellschaft und Individuum über die (Arbeit-)Zeit neu und solidarisch ins Verhältnis setzen? Und was wären die angemessenen Leit- und Oberbegriffe dafür?

Die Zeitfrage ist aber nicht nur aus inhaltlichen Gründen geeignet, eine Verbindung herzustellen zwischen 1. den Arbeitsverhältnissen, 2. den gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie und 3. der Aneignung des Öffentlichen und des gesellschaftlichen Raums, um über diese Verbindung Gesellschaft und Individuum solidarisch ins Verhältnis zu setzen. Sie bietet sich darüber hinaus auch aus strategischen Gründen an,

da sie trotz ihrer Zentralität kaum beachtet wird und zu unrecht im Schatten anderer, bereits besetzter Themen steht (vor allem der eben genannten Aneignung des öffentlichen Raums und seiner Güter). Die Zeit „wartet“ nicht nur geradezu auf ihre Politisierung, sie bringt auch gleichsam von sich aus eine enorme Sprengkraft mit, etwa durch die zeitliche Dynamik, die aufseiten der Arbeit in den neuen Informationstechnologien, in der Informationsverarbeitung und in der Steigerung der Produktivkraft steckt, die aufseiten des Kapitals in der neoliberalen Entgrenzung und im Finanzmarktkapitalismus steckt (man denke nur an die zeitliche Dimension des Kreditsystems, der Niedrigzinspolitik oder der Verschuldung), und die in der Neuzusammensetzung des Arbeitsmarktes durch die EU steckt, aber auch durch Migration und Flucht sowie durch die gewaltige Zunahme von Frauen. Insbesondere diese weitgehend stille Revolution: Der massenhafte Eintritt von Frauen in reguläre Erwerbsarbeitsverhältnisse, hat eine Neuordnung der klassischen fordistischen Geschlechterverhältnisse mit sich gebracht und eine Neuverteilung von Arbeitszeit erzeugt, aber auch einen zusätzlichen Druck auf dem Arbeitsmarkt.

Strukturierung der Zeitfrage und methodisches Vorgehen

Allerdings brachte der „Gegenstand“ Zeit auch ganz eigene Probleme mit sich. Wenn die Zeit in einem weiten, nicht auf die Erwerbsarbeit beschränkten Sinne gefasst werden sollte, wenn es um den gesellschaftlichen und öffentlichen Charakter der Zeit, um die Produktion und Aneignung disponibler Zeit und ähnlich grundsätzliche und weite Fragen gehen sollte, dann musste die Zeit nicht nur genauso zum „Gegenstand“ der Aneignung und Eroberung werden wie der öffentliche Raum und seine Güter und Dienste – sie musste auch ganz ähnliche, aber auch ganz eigene Schwierigkeiten aufwerfen. So hat die Diskussion ergeben, dass die Zeit gerade durch ihren Universalismus und ihre Zentralität im positiven wie im negativen Sinne geradezu aufgezwungen wird: Eine Umgestaltung und eine Politisierung der Arbeitsverhältnisse über die Zeitfrage erscheint attraktiv, gerade weil die Zeit so universell ist und darum mit allem zusammenhängt – aber ohne dass sie als solche eindeutig bestimmbar wäre. Im Gegenteil, die Zeit ist durch ihren universellen Charakter eine negative Qualität und bleibt letztlich unfassbar, ja sie ist geradezu das, was sich schlechthin der gesellschaftlichen wie der individuellen Verfügung, gleichsam von Natur aus, entzieht.

Wenn aber die Zeit alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht, wenn alle Themen mit der Zeit zusammenhängen und jedes Problem sich auch als Zeitproblem reformulieren lässt, dann, so der Haupteinwand in den Diskussionen im Projekt, könne es auch direkt um diese Bereiche und Themen gehen, oder statt Zeit könnten auch ähnlich universelle Allgemeinbegriffe wie „Freiheit und Autonomie“ oder „soziale Gerechtigkeit und Gleichheit“ zum Schwerpunkt gemacht werden. Zudem sei die Zeitfrage paradoxerweise gerade wegen ihres Universalismus und wegen ihres Umfangs zugleich der kleinste gemeinsame Nenner und das Gemeinsame entsprechend unbestimmt und leer. Die Zeit ist nicht nur durch ihren Universalismus ungreifbar und unbestimmt, sie ist auch in ihrer ökonomischen Bestimmung als begrenzte Erwerbsarbeitszeit zunehmend schwerer greifbar, insbesondere durch die Techniken der Entgrenzung der Erwerbsarbeit(-szeit) sowie ihrer Entlohnung und Absicherung. Diese zunehmende Entgrenzung der Erwerbsarbeitsverhältnisse ist auch der Hauptgrund,

warum die Arbeitszeit so schwer repräsentierbar und politisierbar ist. So gibt es z.B. zu Arbeitszeitverkürzungen oder -umverteilungen zurzeit keine relevanten gesellschaftlichen Diskussionen oder Projekte.

Um die Zeitfrage überhaupt fassbar und diskutierbar zu machen, haben wir sie entlang bestimmter Unterscheidungen und Kategorien strukturiert. Dafür wurde eine grundlegende Unterscheidung getroffen: Die (Erwerbs-)Arbeitsverhältnisse wurde von ihrer Einbettung zum einen in die kapitalistische Zeit-Ökonomie und zum anderen in ein (politisches) Zeitregime her betrachtet. In beiden Bereichen wird die Zeit durch ökonomische und politische, aber auch durch sozio-kulturelle Techniken und Praktiken überhaupt erst beherrschbar und bestimmbar gemacht; es sind diese Techniken, die eine Zeitökonomie und ein Zeitregime etablieren und auf Dauer stellen. Diese Praktiken und Techniken haben wir wiederum auf zwei Dimensionen der Zeit hin unterschieden, auf die quantitative und auf die qualitative Dimension sowie, gleichsam als dritte Dimension, auf ihre Verschränkung. Die Praktiken und Techniken der Zeitökonomie und des Zeitregimes wurden auf diese drei Dimensionen bezogen, um zu prüfen, wie die Techniken und Praktiken mit der quantitativen und qualitativen Dimension umgehen und beide verschränken und inwiefern dadurch auch eine solidarische Umgestaltung gegeben wird oder zumindest angelegt ist – oder ob es im Gegenteil gerade um andere, neue Techniken und Praktiken gehen muss. Die Zeitfrage wurde schließlich entlang ihrer beiden „ureigensten Achsen“ betrachtet, nämlich der Achse der Geschichte und der Gegenwart: Wie bricht sich die geschichtliche Entwicklung und in der gegenwärtigen Situation? Die beiden Achsen wurden gezielt in Hinsicht darauf betrachtet, ob die neoliberale und finanzkapitalistische Entwicklung in der Zeitökonomie und im Zeitregime einen Umbruch gleichsam von sich aus vorbereiten und herausfordern und/oder zugleich verhindern und blockieren. Über diese Strukturierung der Zeitfrage galt es schließlich die für die jeweiligen Bereiche und ihre solidarische Umgestaltung passenden Oberbegriffe zu finden (z.B. Arbeitszeitumverteilung statt Arbeitszeitverkürzung).

Somit ergab sich folgende Struktur:

1.) Die Einbettung der Arbeitszeit in:

- eine Ökonomie der Zeit
- ein (politisches) Zeit-Regime

2.) In beiden sind bestimmte Techniken und Praktiken wirksam, welche die Zeit überhaupt erst zu einem „Gegenstand“ der ökonomischen Aneignung und In-Wert-Setzung sowie einer politischen und sozio-kulturellen Regulierung machen.

3.) Zeitökonomie und Zeitregime sowie die darin wirksamen Techniken und Praktiken lassen sich entlang zweier Achsen untersuchen, der diachron-geschichtlichen und der synchron-horizontalen Zeitachse.

Die diachron geschichtliche Zeit umfasst u.a. die historischen Kämpfe um die Zeit, die vergangene und die zukünftig anstehende Entwicklung, die Tendenzen in der finanzmarktgetriebenen Zeitökonomie und im neoliberal geprägten Zeitregime und was aus den Kämpfen, Entwicklungen und Tendenzen folgt und zu erwarten ist.

Die synchron-horizontale Zeitachse soll dagegen bestimmen, wie sich die aktuelle Entwicklung des Zeitregimes und der Zeitökonomie in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und besonders in den Arbeitsverhältnissen auswirkt.

4.) Die Techniken und Praktiken innerhalb der Zeitökonomie und des Zeit-Regimes lassen sich unterscheiden in:

- Die quantitative Dimension der Zeit (Fragen der Arbeitszeit-Verkürzung und -Umverteilung, Möglichkeiten des Zeit-Nehmens durch Auszeiten u. Ä.).
- Die qualitative Dimension der Zeit (Fragen der inhaltlichen Bestimmung und des Gebrauchswerts von Arbeit und Zeit).
- Die Verschränkung von quantitativer und qualitativer Dimension (Fragen der Zeitsouveränität und -autonomie, des Zeitwohlstands, der Wirtschaftsdemokratie etc.).

Zu 1.) Zeitökonomie und politisches Zeitregime

Zeitökonomie

Diskutiert wurden die übergreifende Ökonomie der Zeit, in welche die Erwerbsarbeitsverhältnisse eingebettet sind. Diese Zeitökonomie hat eine globale Dimension und einen internationalen Kontext; hier sind vor allem die Unterschiede in der Produktivkraft und der Zusammenhang zwischen Reichtum und Lebenserwartung relevant. Wir haben uns allerdings auf die Situation in Deutschland und der EU konzentriert und folgende Stränge diskutiert:

- Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus, der mit seiner kurzfristigen Gewinnorientierung zum Beschleuniger und Zeitfresser wird.
- Der durchgehende Widerspruch, dass das Kapital durch die Steigerung der Produktivkraft notwendige Arbeitszeit erspart und zugleich für Wachstum und Profitmaximierung aneignet.
- Die zeitliche Dimension eines enorm aufgeblähten Kreditgeldes und fiktiven Kapitals, deren Entwertung oder gar Vernichtung ansteht; diese Entwertung oder Vernichtung käme einem Einbruch im (oder gar des) Zeitregimes gleich und macht die Frage drängend, wie es danach weitergeht.
- Schließlich die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, die der unterschiedlichen Produktivität der Ökonomien und ihrer Arbeitskräfte entspricht und die unter den Bedingungen einer gemeinsamen Währung oder freier Wechselkurse, eines gemeinsamen (Welt-)Marktes und der ungeschützten Konkurrenz dazu führt, dass Ökonomien und Arbeitskräfte mit niedrigerer Produktivität sich entweder „unter Wert verkaufen“ oder „über ihre Verhältnisse leben“ müssen.
- Der ebenso erschreckende wie wenig beachtete Zusammenhang von sozialem Status und Lebenserwartung, den jüngste Studien nachgewiesen haben und der nicht nur im internationalen Vergleich gilt, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder und ihrer Klassen und Schichten – die Verbindung von Einkommen und Gesundheit ist, wenn ärmere Menschen erheblich früher sterben, auch eine Zeit-Frage.

Es gibt indes auch einen Grundzug im Kampf um die Arbeitszeit, der sich in der Ökonomie der Zeit nicht still stellen, einhegen und endgültig befrieden lässt. Es durchzieht die gesamte Geschichte des Kapitalismus von Beginn an und ist für eine solidarische Umgestaltung unbedingt zu berücksichtigen. Dieser geradezu antagonistische Grundzug lässt sich an der Anwendung und Verwertung sowie Aneignung und Ausbeutung der Arbeitszeit festmachen: Die Steigerung der Produktivkraft besteht zwar darin, Arbeitszeit zu reduzieren, aber die Ersparnis führt in eine Dilemma. Sie führt nicht zu mehr freier Zeit und weniger Arbeitszeit, sondern zu mehr Wachstum und mehr Profit. Die Steigerung der Produktivkraft und die Vermehrung gesellschaftlichen Reichtums wird zwar bewirkt durch die Reduzierung von Arbeitszeit, die zur Warenproduktion notwendig ist. Aber die reduzierte Arbeitszeit wird nicht als solche freigesetzt und gewonnen – die gewonnene Zeit wird in quantitativen Gewinn und in Wachstum umgewandelt und „verräumlicht“. Der Fortschritt drückt sich nicht in mehr freier Zeit aus, sondern zum einen rein materiell-räumlich: in steigendem Wachstum und in mehr Waren, zum anderen rein quantitativ: in steigendem Gewinn, sowie zeitlich in bloßer Beschleunigung und Verdichtung.

Diese Umwandlung von reduzierter Arbeitszeit in Wachstum, Profit und Beschleunigung ist aber noch nicht das Hauptproblem. Die kapitalistische Gesellschaft bringt sich darüber hinaus in die Verlegenheit, dass derselbe Fortschritt, der in der Steigerung der Produktivkraft durch die Reduzierung von Arbeitszeit liegt, sich ebenso verhängnisvoll und krisenhaft auswirkt, weil nicht nur Arbeitszeit reduziert und eingespart wird, sondern auch die Arbeitskraft als solche. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit führt nicht zu einer allgemeinen Umverteilung und Reduzierung von Arbeitszeit, sie führt zur Überproduktion und zur Überflüssigkeit von Arbeitskräften. Vereinfacht gesagt, führt die Reduzierung von Arbeitszeit zur Überproduktion von Arbeitskräften und zur Produktion einer „Surpluspopulation“. (Ganz abgesehen davon, dass die Steigerung der Produktivkraft unter Konkurrenzbedingungen zu Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufgrund ungleicher Produktivität führt sowie zu Wachstumszwang, Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung.)

Obwohl also die Entwicklung der Produktivkraft zu weniger Arbeit und mehr disponibler Zeit führen könnte und die gesellschaftliche Bedingung schlechthin für die Stärkung individueller Autonomie sein müsste, zahlt sich diese eingesparte Arbeitszeit weder für die Gesellschaft als ganze noch für den Einzelnen in wachsendem Zeitwohlstand aus. Statt zu Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung und zu mehr freier Zeit führt die Steigerung der Produktivkraft zur Überproduktion der Ware Arbeitskraft und zu der geradezu existenziellen Erfahrung, dass ein Teil der Menschheit für die Verwertung und Produktion des Reichtums und für die ökonomische Reproduktion schlichtweg überflüssig ist. Doch auch wenn ein Teil der Arbeitkräfte nicht gebraucht wird, sind sie zur Reproduktion weiterhin der Notwendigkeit des Verkaufs und der Verwertung ihrer Arbeit ausgesetzt, und das führt zu verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, zu steigender Unsicherheit sowie zur Entwertung des Preises der Arbeitskraft und wachsender Prekarität der Arbeitsverhältnisse sowie zur Notwendigkeit gesellschaftlicher Transfer- und Umverteilungsmechanismen mit entsprechenden Verteilungskämpfen und Ressentiments gegenüber den Empfänger_innen.

Der einzige Ausweg liegt darin, dass dieselbe Produktivkraftsteigerung mit ihrer Einsparung von Arbeitszeit und Freisetzung von Arbeitskräften diesen Arbeitskräften auch neue Bereiche ihrer Anwendung eröffnet, sodass die Freisetzung von Arbeitskräften zu ihrer Verlagerung wird. So wurden die Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Handwerk zunächst in die Industrie verlagerten und von hier wiederum in die Verwaltung und Bürokratie. Der letzte Rationalisierungsschub Ende der 1960er Jahre markiert schließlich den Umbruch in die heutige post-fordistische, post-industrielle Gesellschaft. Er führte mithin zu derjenigen Situation, deren Umstrukturierung mittlerweile ansteht. Der Umbruch hat erneut massenhaft Arbeitskräfte aus der Industrie freigesetzt und vor allem in drei Bereiche verlagert:

- Wissensproduktion und Bildung,
- Gesundheit und Care-Ökonomie, und
- Dienstleistungen, wobei auch die ersten beiden Bereiche wie Dienstleistungen organisiert werden.

Diese Bereiche sind nicht nur wichtig, weil sie überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aus den Bereichen Landwirtschaft und Industrie auffangen, sie sind auch relativ arbeitsintensiv und lassen sich voraussichtlich nicht auf dieselbe Weise rationalisieren wie die beiden genannten Bereiche: Erziehen, Erfahren und Lernen, Wissensvermittlung, kulturelle Suchbewegungen, Sorge-Arbeit etc. – all das braucht Zeit, und durch die Kommodifizierung und Finanzialisierung dieser Bereiche werden sie wohl auch in Zukunft große Massen an Arbeitskräfte beschäftigen.

Zudem sind die drei Bereiche durch ihre Kommodifizierung und Ausweitung Teil der Reproduktionskosten geworden und gehen, zusätzlich zu den Arbeitsprodukten aus Landwirtschaft und Industrie, in die (Erweiterung) der Reproduktionskreisläufe von Arbeit und Kapital ein. Damit sie allerdings Teil dieser ökonomischen Reproduktion werden können, müssen sie, genau wie die Produkte aus Landwirtschaft und Industrie, bezahlbar sein. Daher findet nun in den drei Bereichen auf eine der Landwirtschaft und der Industrie analoge Weise eine billige Massenproduktion statt: Die Bereiche Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit und Care-Arbeit sowie die einfachen Dienstleistungen sind kommodifizierte Bereiche billiger Massenproduktion für den Massenkonsum geworden.

Allerdings gehen diese Bereiche trotz – oder gerade durch – ihre Kommodifizierung, Finanzialisierung und Ökonomisierung nur indirekt in die Kapitalverwertung durch Warenproduktion ein und sind aufgrund dieses Status besonders prekär. Dieser prekäre Status wird noch dadurch verschärft, dass diese Arbeitskräfte aus einer Situation der Überproduktion stammen, die ihren Preis hat fallen lassen; dazu kommt die allgemeine politische Entwertung, die durch die Schwächung ihrer Vertretungsorgane und den Aufstieg des Neoliberalismus entstanden ist.

Doch auch wenn die drei Bereiche nur indirekt in die Kapitalverwertung durch die stofflich-materielle Warenproduktion eingehen, produzieren und reproduzieren alle drei Bereiche eine einzige Ware, diejenige Ware, die für die kapitalistische Ökonomie geradezu entscheidend ist, nämlich: die Ware Arbeitskraft selbst. Vereinfacht gesagt, wird die Ware Arbeitskraft im Bereich der Wissensproduktion, Bildung und Kultur qualifiziert und produktiv in Kraft gesetzt, im Bereich der Care-Ökonomie wird sie körperlich und geistig reproduziert, und die

Dienstleistungen, besonders die einfachen Dienstleistungen, halten einerseits die Reproduktionskosten niedrig und sorgen andererseits, zusammen mit den beiden anderen Bereiche, durch die Ausweitung und Kommodifizierung des Reproduktionsbereichs dafür, dass massenhaft Arbeitskräften überhaupt wieder Arbeit finden.

Mit der Verlagerung der Arbeitskräfte in diese Bereiche haben sich zudem auch die sozialen Auseinandersetzungen in diese Bereiche verlagert und dabei vervielfältigt. So wie die Arbeitskräfte sich in (immaterielle) Arbeiten im Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion verlagert haben und hier um die (Re-)Produktion der Arbeitskraft selbst kreisen, so haben sich auch die sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe zunehmend aus dem Bereich der unmittelbaren Produktion und der industriellen Massenproduktion wegverlagert und kreisen zunehmend um den Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion. Soziale Kämpfe und politische Auseinandersetzungen werden weniger im Bereich der Produktion eng ökonomisch um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen u.Ä. geführt, sie finden vielmehr im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion statt und kreisen um Antirassismus und Feminismus, Migration und Flüchtlingspolitik, Recht auf Stadt, Umwelt- und Klimaschutz usw.

Die drei Bereiche Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit und Care-Arbeit und Dienstleistungen sind somit aus insgesamt vier Gründen für die aktuelle Zeitökonomie und das Zeitregime sowie für Politisierung über die Zeitrage und eine mögliche solidarische Umgestaltung wichtig:

1. Aufgrund der steigenden Zahl an Beschäftigten, die sich in den post-industriellen, post-fordistischen Gesellschaften in diese Bereiche verlagern,
2. aufgrund des prekären Status dieser Bereiche,
3. aufgrund ihrer eigentümlichen Stellung innerhalb der Warenproduktion und der Kapitalverwertung: sie sind zwar nicht unmittelbar in der stofflich-materiellen Warenproduktion arbeitsintensiv, dafür im Bereich immaterieller Arbeiten, die zudem in einem zunehmend kommodifizierten Reproduktionsbereich um die Reproduktion der Ware Arbeitskraft selbst kreisen,
4. aufgrund der Verlagerung sozialer Auseinandersetzung in diese Bereiche individueller und gesellschaftlicher Reproduktion.

Die Verlagerung der sozialen Auseinandersetzungen und der Aufstieg der genannten Bereiche schlagen sich auch in neuen Theorien und Begriffen nieder. Die Wissensproduktion wird u.a. als „kognitiver Kapitalismus“ und „Wissenskapitalismus“, „General Intellect“, „Multitude“ und „neuer Geist des Kapitalismus“ thematisiert; der Bereich der Care-Ökonomie, der Gesundheit und über-

„So wie die Arbeitskräfte sich in (immaterielle) Arbeiten im Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion verlagert haben und hier um die (Re-)Produktion der Arbeitskraft selbst kreisen, so haben sich auch die sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe zunehmend aus dem Bereich der unmittelbaren Produktion und der industriellen Massenproduktion wegverlagert und kreisen zunehmend um den Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion.“

haupt die Formierung und Regierung von Körpern und des sog. „nackten Lebens“ wird u.a. als „Biopolitik“ und „Biomacht“ thematisiert, etwa in der feministischen Ökonomiekritik, wo zuletzt die „Care Revolution“ ausgerufen wurde. Die Verlagerung wird schließlich in der Abänderung und Bedeutungsverschiebung zentraler Begriffe der Gesellschaftskritik deutlich, etwa wenn aus der intellektuellen Reservearmee die „intellektuelle Reservearmee“ wird, aus dem Proletariat das „Prekariat“ oder aus der Sozialkritik die „Künstlerkritik“ (Boltanski / Chiapello).

Wie sieht nun das Zeitregime aus, in dem die neuen Arbeitsverhältnisse eingebettet sind? Wie werden die zunehmend immateriellen Arbeiten von zunehmend entmaterialisierten Formen des (Finanz-)Kapitals verwertet, und was bedeutet das in zeitlicher Hinsicht?

Zu 2.) Die ökonomischen und politischen Techniken und Praktiken in der Ökonomie der Zeit und im Zeitregime

Die Strukturierung der Zeitfrage war notwendig, um einen Umgang mit dem Dilemma zu finden, dass die Zeit durch ihren universellen Charakter einerseits für die Arbeitsverhältnisse und überhaupt für die Ökonomie zentral ist und alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht, aber andererseits gerade deshalb unbestimmt bleibt und in alle Kontexte beliebig übersetzbar ist. Das Dilemma steckt indes schon in „der Sache selbst“: Anscheinend kommt es auf die Bedingungen und auf die Praktiken und Techniken an, die der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt erst die Aneignung einer an-sich ebenso universellen wie unbestimmten und unfassbaren Zeit ermöglichen und allererst eine Ökonomie der Zeit und ein politisches Zeitregime etablieren. Die Frage ist demnach, durch welche ökonomischen und politischen, aber auch sozialen und kulturellen Techniken und Praktiken die Zeit im Kapitalismus Gegenstand der Aneignung und Anwendung werden kann, sodass die Zeit darum überhaupt erst alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen und ihren inneren Zusammenhang stiften kann und zur ebenso negativen wie gemeinsamen Qualität wird.

In der Diskussion wurde betont, dass zur Bestimmung der fundamentalen Techniken und Praktiken auf die Kategorien und Begriffe der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie zurückzugreifen wäre, also auf die Warenform der Arbeitszeit und die Messung der Arbeit durch die Zeit, auf die In-Wert-Setzung der Arbeitszeit durch das Geld, auf den Umgang mit Geld, Finanzen und Reichtum, auf die Methoden zur Steigerung der Produktivkraft durch die Senkung notwendiger Arbeitszeit und ihre Umwandlung in zusätzliche Arbeitszeit (Mehrwert) usw. Die Diskussion griff allerdings auf die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie nur zur Beschreibung derjenigen Techniken und Praktiken zurück, die für die aktuelle, vom Neoliberalismus bestimmte Ökonomie der Zeit bestimmend sind und die dasjenige Zeitregime etablieren, das zurzeit von den Imperativen des Finanzkapitalismus und des Wachstums, aber auch ihrer Krisen beherrscht wird.

Die wichtigste Technik für die Verbindung von Arbeit und Zeit ist das Geld in all seinen Funktionen und Kreisläufen. Im Geld ist die Arbeitszeit nicht nur in Wert gesetzt und gleichsam aufbewahrt, dieser Wert erhält im Geld auch eine selbständige Form getrennt von der stofflich-materiellen Welt und allen besonderen Inhalten:

Während die Arbeit physisch untrennbar ist vom Körper der Arbeitskraft und ihrer Reproduktion und sich in Produkten oder (Dienst-)Leistungen (ent-)äußern muss, erhält die für diese Produkte und Leistungen notwendige Arbeitszeit, wenn sie im Geld als Wert realisiert wird, eine gestaltlose und universelle Form; eine Form, die je schon quantitativ bestimmt ist. So ist durch das Geld die Möglichkeit gegeben, mit der Arbeitszeit auf (gesamt-)gesellschaftlicher Ebene ökonomisch umzugehen und bestimmte Auf-, Zu- und Umverteilungen vorzunehmen; zugleich bestimmt der Zeit-Geld-Nexus individuelle Entscheidungen inner- wie außerhalb der Ökonomie.

Einerseits ist und bleibt es auch im heutigen Finanzmarktkapitalismus letztlich die Arbeitszeit, die durch das Geld in Wert gesetzt wird und die den Wert der Waren und Dienstleistungen bestimmt. Allerdings hat durch die Politik des Neoliberalismus und durch den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus die Ökonomie der Zeit, die das Geld durch die In-Wert-Setzung und Verwertung der Arbeitszeit etabliert, eine enorme Entgrenzung und Beschleunigung erfahren, und es ist offen, welche (krisenhaften) Auswirkungen das bereits gehabt hat und vor allem, welche Auswirkungen das noch zeitigen wird. Die dringlichste Frage ist, wie sich die Ausweitung des Finanzmarktes, des Kreditsystems, des fiktiven Kapitals und die Finanzialisierung auf die Arbeitsverhältnisse auswirken. Wie hängen die Ausweitungen und die Finanzialisierung mit neuen Formen der Arbeit und der Produktion zusammen? Wie hängen sie mit neuen Formen der Umverteilung und Aneignung der hier erwirtschafteten Gewinne sowie wie mit der Entgrenzung und Prekarität der Arbeitsverhältnisse zusammen? Wie hängt vor allem die (fiktive) Vermehrung von Geld durch Kreditgeld und fiktives Kapital mit der Spekulation auf zukünftige Gewinne zusammen, mit Gewinnen, für die das (fiktiv) vermehrte Kapital erst noch eine entsprechende Anwendung und Verwertung der Arbeit nach sich ziehen müsste?

Die Auswirkungen auf die Zeitökonomie und das Zeitregime wird besonders schlagend deutlich, wenn diese Vermehrung des Kapitals nicht allein betrachtet wird als Umverteilung und Aneignung von Gewinnen, die bereits durch Arbeit erwirtschaftet wurden, sondern als Vorwegnahme dieser Gewinne. Dann wäre die Gegenwart durch die Vorwegnahme zukünftiger Gewinne aus zukünftiger Verwertung bei eben dieser Zukunft gleichsam verschuldet und müsste sie genau darum erst noch nach sich ziehen oder vielmehr allererst in Kraft setzen. Wenn indessen diese erwarteten und vorweggenommenen Gewinne nicht eintreten, wenn also das vermehrte Kapital gleichsam ungedeckt bleibt, dann steht eine Entwertung oder Vernichtung dieses fiktiv gebliebenen Kapitals an. Die Krise von 2007/2008 und der oben genannte Umbruch innerhalb des Neoliberalismus waren denn auch dem Einbruch einer solchen schlagartigen Entwertung und Kapitalvernichtung geschuldet. 2007/2008 verkehrten sich der fiktiv vermehrte Reichtum und die ungedeckten Gewinne in Verluste und Schulden, und die Bewältigung dieser Verkehrung ließen den Neoliberalismus in seiner Krisenreaktion technokratisch und offen autoritär werden. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus geht seither zwar weitgehend ungebremst und unreguliert weiter, aber gerade darum stehen womöglich weiterhin Entwertungen und Kapitalvernichtungen nicht verwertbaren Kapitals an, und es ist fraglich, ob dieselben Mechanismen

der Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Verluste und der Schulden mit ihren negativen Folgen noch einmal greifen werden. Zurzeit wird versucht, vor allem durch eine Politik des Sparens, der Austerität und der Vermeidung von Schulden den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und dessen Folgen zu bewältigen.

Auch die globale und selbst die innereuropäische Ungleichheit lassen sich, wie oben unter dem Stichpunkt „Post-Wachstum“ schon angedeutet, in eine Ökonomie der Zeit übersetzen. So entspricht die unterschiedliche Produktivkraft der Nationalökonomien gleichsam bestimmten Eigenzeiten, und diese Eigenzeiten führen unter Bedingungen der Konkurrenz und eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Währung zu einer „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“. In dieser Gleichzeitigkeit führt die Maßgeblichkeit der fortgeschritteneren Produktivkräfte und ihrer nationalen Standorte außer zu Konkurrenzvorteilen und ungerechter Verteilung von Reichtum und Ressourcen auch zum oben angesprochenen Beschleunigungs- und Wachstumszwang. Es ließen sich noch weitere Punkte am Zusammenhang von Geld und Zeit festmachen. Eine Diskussion über die aktuelle Zeitökonomie und das Zeitregime kann jedenfalls nicht am Zusammenhang zwischen der Arbeit und den Arbeitsverhältnissen einerseits und dem Banken- und Finanzsystem und den hier wirksamen Techniken andererseits vorbeigehen. Folglich könnte ein anderer gesellschaftlicher Umgang mit Geld und Kapital ebenfalls zu einer der gesuchten „gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individueller Autonomie“ führen. Jedenfalls ist die Frage, wer über Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse verfügt, untrennbar verbunden mit der Frage, wer über ihre in-Wert-gesetzten Gestalten: Geld und Kapital verfügt; wie Geld und Kapital auch unabhängig von Arbeit und Produktion vermehrt werden können (aber letztlich doch durch sie gedeckt werden müssen und daher auf Techniken der Umverteilung und Aneignung beruhen oder fiktiv bleiben und entwertet werden müssen); wer Geld und Kapital verwaltet und wie sie eingesetzt werden, wo sie investiert werden und wo gerade nicht, in welche Bereiche sie fließen etc.

Der Umgang mit Geld und Kapital samt allem, was daran hängt (Banken- und Finanzwesen, Kreditsystem, Schulden, Geldpolitik) ist somit eine der wichtigsten Techniken, um die Arbeit in Wert zu setzen und anzueignen, Arbeit zu mobilisieren usw. Auch und gerade wenn in der Diskussion Einigkeit darin bestand, dass kein archimedischer Punkt für eine solidarische Umgestaltung in Sicht ist, gab es die Hoffnung, an denjenigen Techniken und Praktiken ansetzen zu können, welche die (Arbeits-)Zeit ökonomisch aneignenbar und politisch verfügbar machen und darüber Gesellschaft und Individuum in ein zeitliches Verhältnis setzen. Ebenso klar war allerdings, dass wohl keine bloße solidarische Anwendung und Umwidmung dieser Techniken möglich sein wird; es führt kein direkter Weg von der Kritik der bestehenden Zeitökonomie und des bestehenden Zeitregimes mit seinen Techniken und Praktiken zu einer solidarischen Umgestaltung und zu solidarischen Arbeitsverhältnissen. (Dasselbe hatten wir ja bereits für die Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen festgestellt: Auch hier ist durchaus eine radikale Kritik möglich, und in der Kritik herrscht sogar Einigkeit, aber auch hier folgt daraus noch kein unmittelbarer „positiver Umkehrschub“ im Sinne eines Gegenentwurfs; vielmehr befindet sich die Kritik ohne Gegenentwurf und ohne diesen Umkehrschub an einem toten Punkt).

Allerdings ließen sich an den verschiedenen Techniken und Praktiken bestimmte durchgehende Widersprüche und Paradoxien festmachen, die sie in der Zeitökonomie und im Zeitregime mit sich bringen, etwa dass die Einsparung und Senkung notwendiger Arbeitszeit gerade nicht zu mehr freier Zeit führt, weder auf individueller noch auf gesellschaftlicher Ebene; auch die Verbilligung der Produktionsfaktoren und ihrer Produkte führen nicht zu Entschleunigung und zu Post-Wachstum; die steigende Produktivität und der steigende Reichtum führen auch nicht zu gerechterer Verteilung, sie verstärken vielmehr Ungleichheit noch usw. Um die verschiedenen Techniken und Mechanismen hinter diesen Widersprüchen und Paradoxien sowie um die daraus folgende Steigerungs-, Beschleunigungs- und Wachstumslogik und Krisendynamik genauer zu klären, müsste allerdings, wie gesagt, auf die Kategorien der politischen Ökonomie zurückgegriffen werden. Das Projekt musste sich indes auf die Analyse der jüngsten, finanzmarktgetriebenen und neoliberal geprägten Entwicklung sowie auf die Analyse der aktuellen Situation beschränken, kurz auf die zwei Zeitachsen Geschichte und Gegenwart.

Zu 3.) Die beiden Zeitachsen: geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Situation

Leitend für die Untersuchung der beiden Zeitachsen war, die Kritik der Zeitökonomie und des Zeitregimes und die Suche nach Alternativen auf die geschichtliche Entwicklung und ihre Tendenzen, Brüche, Blockade etc. zurückzuführen, um dann auf der synchron-horizontalen Achse zu betrachten, wie sich diese Entwicklung und ihre Tendenzen zurzeit Raum brechen und gegenwärtig in den beiden entscheidenden Bereichen Ökonomie und Politik niederschlagen. Was zeichnet die aktuelle Situation in der Zeitökonomie und im Zeitregime aus? Bereiten sie einen Umbruch und eine solidarische Umgestaltung von sich aus vor? Vielleicht gerade durch das Blockieren bestimmter (fortschrittlicher) Entwicklungen oder Potenziale? Zeichnet sich einer Art Weichenstellung in der Zeitökonomie und im Zeitregime ab, oder könnte eine Weichenstellung durch eine politische Intervention bewirkt werden? Gibt es zumindest Orte, die sich für eine Intervention und Weichenstellung anbieten?

Diachron-geschichtliche Zeitachse: Umbrüche im neoliberalen Zeitregime?

In der Diskussionsgruppe Historisches Gedächtnis hatte die (Arbeits-)Zeit bereits eine Ausnahme- und Sonderstellung erhalten: Während sich fortschrittliche Ideen – auch und gerade, wo sie erfolgreich waren und wirkungs- und geschichtsmächtig wurden und keineswegs gescheitert sind – als integrierbar und sogar für den Kapitalismus fortschrittsweisend und produktiv erwiesen haben, ist auf der Suche nach dem „Nicht-Integrierbaren“ bislang nur die Auseinandersetzung um die (Arbeits-)Zeit stehen geblieben; allein schon aufgrund dieser Nicht-Integrierbarkeit und ständigen Wirksamkeit muss die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit eine Geschichte haben und sogar im ganz unmittelbaren Sinne eine geschichtsmächtige Kraft sein.

Abgesehen von diesem besonderen Status der (Arbeits-)Zeit gilt es, wenn es um eine Neuregelung des Verhältnisses von (Erwerbs-)Arbeit und Zeit geht, die geschichtliche und vor allem die jüngste, vom Neoliberalismus und Finanzkapitalismus bestimmte Entwicklung daraufhin zu prüfen, ob und inwiefern ein Umbruch im Verhältnis von Arbeit und Zeit ohnehin bereits im Gange ist (vor allem durch die Prozesse der Finanzialisierung

und Ökonomisierung und der Entgrenzung), in welche Richtung der Umbruch geht und was als nächstes ansteht. Dieser Umbruch muss für die verschiedenen Bereiche in der Zeitökonomie und im Zeitregime betrachtet werden, um zu prüfen, wie er sich jeweils niederschlägt und das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum bestimmt. Erst dann kann sinnvoll diskutiert werden, ob und wo diese aktuelle Entwicklung gefördert oder eingehegt werden muss, und wie eine solidarische Neuregelung des Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum über Arbeit und Zeit aussehen könnte.

Dass das aktuelle Zeitregime durch die Politik des Neoliberalismus und des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus entgrenzt, beschleunigt und versichert wird, wurde im Vorprojekt bereits ausreichend diskutiert. Mit Rücksicht auf diesen Diskussionstand haben wir uns auf die aktuellen und vielleicht richtungsweisenden oder gar zukünftig erst anstehenden Entwicklungen und Tendenzen in der Zeitökonomie und im Zeitregime konzentriert. Hier sind wir in der Tat auf die gesuchte neue Entwicklung und vielleicht sogar auf einen Umbruch gestoßen: Obwohl Neoliberalismus und Finanzkapitalismus spätestens mit dem offenen Ausbruch der Finanzkrise delegitimiert schienen, und obwohl sie für die anhaltenden Krisen keine langfristigen, „nachhaltigen“ Lösungen anzubieten haben, gehen die durch sie geprägte Zeitökonomie und das Zeitregime weiter – allerdings nicht ungebrochen. Es scheint zumindest innerhalb der Zeitökonomie und des Zeitregimes Umbrüche zu geben, so wie ja auch der Neoliberalismus und der Finanzkapitalismus verschiedene Phasen und Konjunktoren hatten (ganz abgesehen von ihrer unterschiedlichen Ausprägung in den einzelnen Ländern und Regionen). Zwei Umbrüche sind besonders markant. Beide haben Auswirkungen auf das neoliberale, finanzmarktgetriebene Zeitregime, ja, es scheint sogar, dass im Zuge dieser beiden Umbrüche eine Neuordnung im Zeitregime bereits stattfindet, wenn auch ungeplant und nur innerhalb des neoliberal geprägten Zeitregimes und keineswegs in einem solidarischen Sinne. Der erste Umbruch hat einen exakt bestimmaren Zeitpunkt: den Ausbruch der Finanzkrise. In dem Moment, als Gewinne zu Verlusten wurden und die Verstaatlichung und Sozialisierung dieser Verluste begann, in demselben Moment kippte auch die Politik des Neoliberalismus. Seine Techniken der Privatisierung und Deregulierung, der Individualisierung und Flexibilisierung gingen zwar weiter, aber nun ohne Euphorie und ohne emphatische Erwartungen, und statt mit dem klassischen Versprechen „Freiheit und Wohlstand für alle“ wird mit einer Politik der Drohung, der Erpressung und der Angst sowie mit rein technokratischen „Lösungen“ gearbeitet. Kurz, der Neoliberalismus zeigt seit dem Ausbruch der Finanzkrise seine autoritäre Seite wieder offen. Diese autoritäre Seite hatte sich freilich bereits mit dem gewaltsamen Sturz Allendes und dem Einzug der Chicago Boys in Pinochets Chile angekündigt, und sie hat seitdem den Neoliberalismus stets begleitet (das beste Beispiel ist zurzeit die AKP in der Türkei, die viele Jahre von den Neoliberalen als Musterland gepriesen wurde). Diese autoritäre Seite betrifft nicht nur die unmittelbar betroffenen Krisenregionen, sondern auch Krisengewinner wie Deutschland, die vor der Krise der anderen warnen und damit einerseits im Inneren Politik machen und andererseits Druck auf andere Länder ausüben.

Die Erschöpfung des Neoliberalismus und seines allgemeinen Wohlstandsversprechens einerseits und die zunehmende Dominanz seiner autoritären Seite haben indes auch eine spezifisch ökonomische Dimension. Der Neoliberalismus ist nämlich auch dadurch technokratisch-autoritärer geworden, dass der in vielen Ländern ohnehin schon verschuldete Staat einerseits ökonomische Verluste übernehmen (und sinkende Steuereinnahmen hinnehmen) und sie verstaatlichen und sozialisieren musste und darum andererseits zunehmend weniger Spielraum für Umverteilungen, für keynesianische Maßnahmen und generell für die Investition in „das Soziale“ hat. Diese Umorientierung wird durch eine entsprechende Krisenpolitik begleitet, in der nun die bekannten Techniken der Privatisierung und Deregulierung, aber auch keynesianische Maßnahmen zur Ankerbelung der Konjunktur zwar weiterhin stattfinden, aber unter veränderten Rahmenbedingungen und vielleicht sogar in einem neuen Paradigma, nämlich im Rahmen oder im Paradigma einer Austeritäts- und Schuldenpolitik. Die Techniken neoliberaler Politik werden nicht nur für die (Um-)Verteilung von Reichtum genutzt (also vor allem für die Privatisierung von Gewinnen), sie werden auch für die (Um-)Verteilung von Verlusten und Schulden eingesetzt, und zwar so, dass einerseits – gleichsam in Umkehr zur vorherigen Privatisierung der Gewinne – Verluste nun verstaatlicht und sozialisiert werden und andererseits die ökonomischen Schulden als politisch-moralische Schuld individualisiert und privatisiert werden.

Was bedeuten die ökonomische Krise und der Umbruch innerhalb der neoliberalen Politik nun für das weiterhin neoliberal und finanzkapitalistisch geprägte Zeitregime? Wie brechen sich die jüngste Entwicklung und besonders die Folgen der Krise von 2007/2008 auf der synchronen Zeitachse und bestimmen die Gegenwart?

Die synchrone Zeitachse: Die aktuelle Situation im Zeitregime

Entscheidend ist auch hier der Umschlag von vermeintlichen Gewinnen und von Reichtum in Verluste und Schulden. Die Krisenbewältigung hat zu einer Politik der Austerität sowie der Verwaltung und Regulierung von Schulden geführt, die auch einen Umbruch in der Zeitökonomie und im Zeitregime mit sich bringt. Er besteht, auf den Punkt gebracht, darin, dass die Zukunft ökonomisch nicht mehr offen ist. Die Zukunft ist stattdessen bestimmt von Maßnahmen zur Überwindung der Krise und ihrer Folgen sowie zur Regulierung und Vermeidung weiterer Schulden. Vor allem der neoliberale Ab- und Umbau der Sozialsysteme und der öffentlichen Ausgaben sowie die Politik der Deregulierung und Privatisierung werden nun unter den Vorzeichen einer umfassenden Spar- und Schuldenpolitik fortgesetzt. Besonders schlagend tritt diese Veränderung hervor in der Austeritätspolitik, die mit ihren Schuldenbremsen und Strukturanpassungsmaßnahmen, Budgetierungen und Befristungen etc. dazu führt, dass die Zukunft ganzer Regionen und Staaten nicht mehr offen ist. Aber auch im Kleinen werden die Zeithorizonte beherrscht von Fristen, von bestimmten Kürzungsvorgaben und Einsparungen, von Budgetierungen und Deckelungen.

Der zweite Umbruch hängt nicht unmittelbar mit der Finanzkrise und ihrer politischen Regulierung zusammen, er ist aber ebenfalls Folge der umfassenden Entgrenzung, die in der Ökonomie und in der Politik durch die Privatisierung und Deregulierung, die Flexibilisierung und Individualisierung etc. stattgefunden hat. Die

Entgrenzung betrifft nicht nur die Arbeitsverhältnisse auch die oben beschriebene Verlagerung und Ausweitung der Arbeit selbst, die zunehmend die Gestalten immaterieller Arbeiten und Dienstleistungen annimmt und sich in die Bereiche Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit und Care-Arbeit sowie Dienstleistungen verlagert. Dieser umfassende Entgrenzungsprozess der Arbeitsverhältnisse und der Gestalten der Arbeit hat dazu geführt, dass unklar ist, wo, wann und was in der Ökonomie eigentlich produktiv funktioniert. Mehr noch, vielleicht ist in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung in der Zeit-Ökonomie zu einem Höhe- und Umschlagspunkt gekommen, die mit der Taylorisierung der Arbeits- und Organisationsprozesse ihren Ausgangspunkt genommen hatte. Der Taylorismus hatte die Arbeits- und Organisationsprozesse einer umfassenden Rationalisierung unterzogen und dabei auf die Effektivierung einer rein quantitativ gefassten Zeit und auf Zeitgewinne gezielt. Das ging mit dem Versprechen einher, Arbeits- und Produktionszeit einzusparen und sie produktiver zu nutzen. Die tayloristische Zeitökonomie setzte sich zunächst im Zuge einer realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital durch, sie wurde aber auch von den einzelnen Akteur_innen subjektiviert und verinnerlicht und zu einer selbstverständlichen individuellen Eigenleistung. Im Zeitalter der entgrenzten Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, der immateriellen Arbeit und der flexibilisierten Arbeitsverhältnisse ist dagegen zunehmend unklar, was durch diese umfassende Entgrenzung eigentlich in zeitlicher Hinsicht gewonnen wird, wer davon profitiert und ob und wie die Produktivkraft tatsächlich gesteigert wird. Es scheint, dass Arbeiten eher verlagert und verschoben werden, dass neue Mechanismen der Umverteilung von Arbeitszeit und von Gewinnen, neue Aneignungen und (zeitliche) Landnahmen und neue Kolonialisierungen der Lebenszeit greifen und dass auch bestimmte Kosten zeitlich und räumlich verschoben werden und später anderswo anfallen (Stichwort fehlende Nachhaltigkeit) usw. Die jüngste Entwicklung, insbesondere die Finanzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Bereichs, scheint einerseits auf die kurzfristige Maximierung von Arbeit, Ressourcenverbrauch und Gewinnen angelegt gewesen zu sein und wird sich langfristig womöglich noch negativ auswirken, andererseits hat sie zu Effektivität und zu Zeitgewinnen vor allem durch Prozesse der Beschleunigung und Intensivierung geführt. Dasselbe Missverhältnis wie bei Kurz- und Langfristigkeit findet sich im Verhältnis von Mikro- und Makro-Ökonomie wieder: Es gibt zwar Zeit- und Effektivitätsgewinne auf der Ebene einzelner Kapitalien, aber die verschärfen nicht nur den Konkurrenzdruck und gehen z.T. auf Kosten anderer Kapitale (sodass sie auf bloßen Umverteilungen beruhen), sie wirken sich auch für die Gesellschaft insgesamt ineffektiv aus. Die Intransparenz und Unsicherheit in der neuen Zeitökonomie fällt vor allem im Bereich der Gesundheit und der Bildung auf, sie betrifft aber letztlich alle Bereiche und alle Akteur_innen, die Unternehmen und Arbeitgeber ebenso wie den Staat und die öffentlichen Haushalte, die Angestellten und Arbeitnehmer ebenso wie die Selbständigen und Erwerbslosen. Alle Akteur_innen sind in eine umfassende „Unschärfe“ und Unsicherheit entlassen und nun dazu angehalten, sie zu bewältigen (auch wenn dabei natürlich keineswegs Waffengleichheit herrscht).

Kurz, die Ökonomie ist noch unberechenbarer geworden, als sie es ohnehin schon war. Daher wird, nachdem die genannten Prozesse der Entgrenzung, Flexibilisierung und Individualisierung, der Immaterialisierung der Arbeit und der Entmaterialisierung der Gestalten des Kapitals weitgehend durchgesetzt sind, nun anscheinend

dazu übergegangen, wieder Techniken der Regulierung einzuführen und klare Standards für Effektivität und Effizienz zu definieren und zu etablieren. Das geschieht allerdings gerade nicht auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene und nicht über demokratische Prozesse, sondern unter den vom Neoliberalismus durchgesetzten Bedingungen. Es geht auch weniger darum, die negativen Folgen für die Arbeitsverhältnisse und die Gesellschaft einzuhegen und die allgemeine Unsicherheit zu beseitigen oder zumindest zu entschärfen. Es geht eher um ein Umgehen und Rechnen mit der Unsicherheit. Das Umgehen und Rechnen mit der Unsicherheit vollzieht sich durch eine kleinteilig und eng betriebswirtschaftlich ausgerichtete Regulierung, Budgetierung und Deckelung, durch Quantifizierung und Berechnung von Leistungen, durch Controlling und Qualitätsmanagement, durch Anreiz- und Boni-Systeme, durch die Individualisierung von Leistungszumessungen und -berechnungen, aber auch durch klare Zielstellungen und -vorgaben für Gruppenarbeit u. Ä.

Zusammengefasst hat diese Quantifizierung und Berechnung von Arbeitsleistungen und Qualitäten zu einer Art Neo-Taylorismus geführt. Der Neo-Taylorismus setzt nicht mehr, wie der klassische Taylorismus, an industrieller, standardisierter Massenproduktion mit ihren homogen gefassten Arbeits- und Produktionszeiten an, sondern an der erreichten Diversifizierung der Produktion, an ihrer toyotistischen Flexibilisierung und Verschlankung, an der Vertiefung und Differenzierung der Arbeitsteilung, an der Verlagerung von Arbeitskräften in andere Sektoren, vor allem in die genannten Bereiche immaterieller Arbeit und Dienstleistungen usw.

Der Versuch, auf der Höhe der erreichten Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse, der immateriellen Arbeiten und Dienstleistungen sowie der entmaterialisierten Gestalten des Finanzkapitals wieder Transparenz darüber zu schaffen, wo und wie Arbeit und Kapital sich produktiv verwerten, wo effektiv gearbeitet und produziert wird, dieser Versuch der Schaffung von Klarheit hat unmittelbar Auswirkungen auf die Zeit-Struktur. Er hat Auswirkungen auf die Zeitstruktur inner- und außerhalb der Erwerbsarbeitsverhältnisse, im öffentlichen Dienst und im Gesundheitssystem ebenso wie in Universitäten und Bildungseinrichtungen, in Betrieben und Unternehmen ebenso wie in den projektbasierten Tätigkeiten der Freiberufler und Selbständigen und nicht zuletzt auch der Erwerbslosen und Arbeitssuchenden. Überall führt die kleinteilige Quantifizierung und Berechnung von Arbeitszeiten und -leistungen einerseits zu erhöhter Effektivität und Effizienz durch Beschleunigung, Verdichtung, Aktivierung und durch klare Definitionen von Arbeits- und Produktionsabläufen sowie der dazugehörigen Kommunikation und Verwaltung, Vertrieb und Werbung etc. (auch wenn die Effektivität unterschiedlich ausfällt). Andererseits bringt dieses kleinteilige, neo-tayloristische Zeitregime negative Folgen mit sich:

- Erhöhter Regulierungs- und Verwaltungsaufwand.
- Verschärfung von Konkurrenz- und Leistungsprinzipien.
- Schließen der letzten Poren im Arbeitsprozess und Verringerung von Frei- und Spielräumen, insbesondere für das Kreativ-Schöpferische und Eingeständige.
- Inneres Abschalten und innere Kündigung ähnlich wie im Realsozialismus; es gibt weniger freiwillige Identifikation mit der Arbeit und mit einem übergreifenden Projekt, es gibt weniger Überschussbeitrag und Sinnstiftung, wie sie noch Boltanski/Chiapello für den „neuen Geist des Kapitalismus“ beschrieben hatten (und der

eine ganz neue Mittelschicht motiviert hatte: Kreative, Ökologie- und Alternativbewegung, Künstler_innen und Wissensproduzent_innen).

Es gibt allerdings auch ein wachsendes Problembewusstsein über diese negativen Folgen. Es gibt zudem auch ein Problembewusstsein über einen bestimmten Umschlagpunkt innerhalb dieses neuen Zeitregimes: Die enorme Beschleunigung und Verdichtung und die Allzeit-Erreichbarkeit und Jederzeit-Verfügbarkeit, noch verstärkt durch das Internet und die neuen Technologien der Kommunikation und fehlende soziale und materielle Absicherung, schlagen irgendwann um und führen statt zu steigender Effektivität und Effizienz zu Überforderung, Unsicherheit und Erschöpfung, bis hin zum Burnout und zu kompletten Rückzügen und Ausstiegen aus dem bisherigen Erwerbsleben. Kurz, die Beschleunigungen und Verdichtungen, aber auch die Deckelung und Taylorisierungen in der Ökonomie der Zeit und im Zeitregime, schlagen ins Gegenteil um. Darum werden nun Techniken eingeführt, die wiederum auf dieses Umschlagen reagieren sollen: Work-Life-Balance, Firmenhandy- und Emailverbot am Wochenende, Entlastung durch bestimmte Arbeitszeitmodelle, Ausbau der Kita-Plätze etc. Vielleicht lässt sich sogar vom Beginn eines Umdenkens in der Arbeitskultur sprechen, vom Beginn einer neuen Einstellung und Haltung zur Arbeit.

Nimmt man die beide großen Umbrüche zusammen, so wird zum einen das gegenwärtige Zeitregime von einer Ökonomie bestimmt, deren Zukunft und Zeithorizonte nicht mehr offen sind, weil die Gegenwart beherrscht und unter Druck gesetzt wird durch das Paradigma der Bewältigung und der Vermeidung von Schulden und durch die Techniken des Kürzens und Sparens; und zum anderen wird das Zeitregime beherrscht durch Techniken einer kleinteiligen, neo-tayloristischen und eng markt- und betriebswirtschaftlich ausgerichteten Regulierung und Budgetierung, die in allen Bereichen der Gesellschaft zur Verdichtung, Intensivierung, Beschleunigung etc. von Zeiträumen führt. Beide Umbrüche zielen darauf, Ökonomisierungs- und Arbeitsprozesse, aber auch Haushaltspolitik, Finanzströme oder ganze Krisendynamiken und „Schuldenstaaten“ wieder berechenbarer zu gestalten.

Im Zuge dieser Neuausrichtung und „Neuberechnung“ ist das viel gepriesene Modell der 80er und 90er Jahre, das „unternehmerische Selbst“, zu einem verunsicherten und erschöpften Selbst geworden. Das unternehmerische Selbst existiert zwar fort, es ist weiterhin zur umfassenden Entfaltung und Anwendung des eigenen (Human-)Kapitals und zur ganzheitlichen Anwendung der eigenen Subjektivität angehalten und muss die genannten Maßnahmen im Umgang mit der Zeit als Techniken einer unternehmerischen Selbst-Beherrschung (oder Beherrschung des Selbst) umsetzen. Aber es ist dabei den Kräften deregulierter und privatisierter Märkte weitgehend ungeschützt und mit zunehmend weniger sozialen Sicherungen ausgesetzt, und statt auf ihnen seine unternehmerische Freiheit und Autonomie auszuleben, wird es zunehmend Verfahren und Techniken der Regulierung und Normierung, der Quantifizierung und Standardisierung, der Programmierung und Berechnung, der Kontrolle und der Steuerung unterzogen – kurz durch Techniken, für deren Überwindung das „Post“ in post-fordistische oder post-industrielle Gesellschaft doch gerade stehen sollte.

Die aktuelle Auseinandersetzung um die (Arbeits-)Zeit ist von diesen beiden Entwicklungen und Umbrüchen

im Zeitregime her zu denken. Im Anschluss an die Betrachtung der beiden Zeitachsen und die beiden Umbrüche haben wir das Zeitregime und seine aktuellen Entwicklungen auf der horizontalen Zeitachse für drei verschiedene Bereiche gesondert diskutiert:

1. Wissenschaft, 2. Öffentlicher Dienst, 3. Unternehmen/Belegschaften/Gewerkschaften. Dabei wurde auch die Politisierbarkeit des jeweiligen Bereichs diskutiert, anschließend wurde die Politisierbarkeit des Zeitregimes insgesamt geprüft.

1. Das Zeitregime in der Wissenschaft

Wie funktioniert die Organisation der Wissensarbeit und der Wissensproduktion im Kontext des „neoliberalen“, flexibel-kapitalistischen Zeitregimes? Welche Stellung nimmt die Wissensproduktion in der übergreifenden kapitalistischen Zeitökonomie ein?

Wissensarbeit trägt einerseits erheblich zur Einsparung notwendiger Arbeitszeit bei, andererseits findet sie selbst in einem Bereich statt, der arbeitsintensiv ist und in dem Arbeitszeit sich nur bedingt reduzieren lässt. Die Wissenschaft geht dadurch auf widersprüchliche Weise in den Zusammenhang von Arbeit und Zeit ein: Einerseits ist Wissensproduktion zeitaufwändig, nur schwer rationalisierbar und gewinnt in wissensbasierten Gesellschaften zunehmend in doppelter Hinsicht an Bedeutung, zum einen für die Steigerung der Produktivkraft durch die Ersparnis von Arbeitszeit und den Fortschritt im Allgemeinen, zum anderen dadurch, dass zunehmend Zeit in die Wissensproduktion investiert werden muss und hier massenhaft Arbeitskräfte beschäftigt werden. Andererseits ist Wissensproduktion produktiv, wenn sie Arbeitszeit in anderen Bereichen einspart und hier zu steigender Produktivität beiträgt und entsprechend vermarktet werden kann. Auch die Vermarktung erfolgt innerhalb einer für die Wissensproduktion eigentümlichen Zeitökonomie: Für die Produktion neuen Wissens, für zeitsparende Erfindungen und für technische Innovationen oder gar neue Produktionsweisen muss zwar viel Zeit investiert werden, die Ergebnisse sind dann aber meist universell und mit relativ wenig Arbeitskräften anwendbar und reproduzierbar, zudem entwerten sie vorhandene Wissensbestände, die durch diesen Fortschritt veralten.

Die große Frage ist daher, ob dieser Charakter der Wissensproduktion nicht eine andere gesellschaftliche Organisation der Ökonomie für sich geradezu herausfordert. Abgesehen von dieser auf das große Ganze bezogenen Frage wäre die Zeitökonomie innerhalb der Wissensproduktion, besonders für die Beteiligten und unmittelbar Betroffenen, wie folgt politisierbar:

- Wissensproduzenten warten auf Abruf und Verwertung ihres Wissens und werden nur phasenweise und qualifikationsspezifisch gebraucht. Sie bilden mittlerweile eine wachsende intellektuelle Reservearmee und ein internationales Prekariat und sind empfänglich für Formen der Grundsicherung.

- Der Status der Wissensproduzenten hängt an Ausbildungszeiten, Titeln und der ständigen Selbstvermarktung und -optimierung. Hier könnten eine Enthierarchisierung von Bildungstiteln und die Einsparung von Aufstiegszeiten eine Entlastung innerhalb des Zeitregimes des Wissensbetriebs mit sich bringen.

- Entscheidend ist die Schnittstelle zwischen den Inhabern von Copyrights und Eigentumsrechten einerseits

und den Usern andererseits. Geistiges Eigentum ist in wissensbasierten Gesellschaften zu einer der entscheidenden Eigentumsfragen und die Form seiner Verwertung zu einem entscheidenden Verwertungsmechanismus geworden. Der Verwertungsmechanismus hat auch eine mittlerweile wieder viel diskutierten Einkommensform gestärkt: die Rente. Beide, das geistige Eigentum und die Form seiner Verwertung, sind politisierbar, etwa durch eine Solidarisierung zwischen Autoren geistigen Eigentums und Nutzern oder durch Wissen und Programme, die frei zur Verfügung gestellt und gemeinsam (weiter) entwickelt werden. Eine Politisierung in diesem Bereich setzt sich allerdings dem Verdacht aus, exklusives Projekt einer Bildungselite zu sein.

2. Das Zeitregime im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung

Neben der Diskussion über die Stellung der Wissenschaftsproduktion im Zeitregime und über das Zeitregime in den Betrieben und Unternehmen ging es um einen Bereich, der, obwohl von Qualität und Quantität her gleichermaßen für die Gesellschaft bedeutend, gegenüber den beiden anderen genannten Bereichen zu wenig Beachtung findet: Der öffentliche Dienst und die Verwaltung – hier sind immerhin bis zu 10 Millionen Menschen beschäftigt und vom neoliberalen Umbau der letzten 10-20 Jahren direkt betroffen (ganz abgesehen davon, dass der Umbau auch die nicht unmittelbar darin Beschäftigten betrifft). Dieser Umbau hat, so die These im Anschluss an den oben beschriebenen Neo-Taylorismus, zu einem neuen Dispositiv der öffentlichen Verwaltung geführt. Das Dispositiv versammelt heterogene Praktiken und Wissensbestände innerhalb der Verwaltung und stellt sie unter eine neue Führung. Dabei spielt die Zeit eine wichtige Rolle:

- Als ebenso übergreifendes wie durchgehendes Zeitregime der Dezimierung, vor allem in der Dezimierung des Personals (das im gesamten Bereich in den letzten 1-2 Jahrzehnten um ca. ein Drittel gekürzt wurde).
- In den Techniken der Reduzierung, Verdichtung und Beschleunigung der Arbeitszeit (Personalabbau als Daueraufgabe, Auslagerung oder Drohung damit, Strategien der Individualisierung/Atomisierung durch Einführung von Konkurrenz- und Wettbewerbsmechanismen, durch Anreiz- und Bonussysteme und Leistungsprämien sowie durch Umstellung auf TVÖD, die zusammengenommen eine Art zweiten Arbeitsvertrag ergeben, zeitlich begrenzte Sonderprojekte mit exklusiver Behandlung, Co-Finanzierung und Erfolgsprämien).
- In der umfassenden Finanzialisierung (Quantifizierung von Qualitäten und Leistungen, Privatisierung und Auslagerung besonders lukrativer oder besonders kostenintensiver Bereiche, New Public Management und Public Private Partnership, Kosteneffizienz als Zielvorgabe).

Der Umbau im Zeitmanagement des öffentlichen Bereichs wird zurzeit von oben und von außen aufgezwungen, vor allem durch den allgemeinen Kostendruck und die daraus resultierende Politik der Deckelung und Budgetierung. Zusammengefasst ergibt sich ein Verwaltungshandeln in Produktform und in Zeiteinheiten, begleitet von einem ständigen Controlling. Dieser neoliberale Umbau hat auf der Höhe seiner Durchsetzung zu dem genannten Neo-Taylorismus geführt, mit dem vielleicht sogar eine neue Phase des Neoliberalismus einsetzt. Sie ist gekennzeichnet durch:

- Entpolitisierung der Verwaltung.
- Erosion des Verwaltungsethos und Motivationskrise.

- Entsolidarisierung und Vergleichgültigung innerhalb der öffentlichen Strukturen und ihrer internen Beziehungen.
- Rein betriebswirtschaftliche Rationalität mit einer entsprechenden Normverschiebung; Politik und öffentliche Verwaltung werden wie ein betriebswirtschaftliches Geschäft betrieben.
- Enthierarchisierung innerhalb der Verwaltungsstrukturen, wobei unklar ist, welche positiven und welche negativen Folgen sie haben wird.

Das neue Dispositiv und der Neo-Taylorismus bringen auch eine neue Subjektivität und einen neuen Typus des Verwaltungsmenschen hervor. Der klassische Staatsdiener und Technokrat verschwindet, wobei noch unklar ist, was an seine Stelle tritt; jedenfalls gibt es eine veränderte Angestelltenmentalität und einen neuen Habitus. Allerdings gibt es allein schon aufgrund der persönlichen Erfahrungen auch ein Problembewusstsein über die „Verbetriebswirtschaftlichung“ und ihre Folgen für das Zeitmanagement; für eine Politisierung und Mobilisierung bedarf es aber wohl eines Anstoßes von außen. Die Kritik an diesem Umbau wirft im Bereich des Öffentlichen allerdings Fragen auf, die sich in diesem Bereich vielleicht noch dringender stellen und die noch schwerer zu beantworten sind als in den anderen Bereichen der Erwerbsarbeit, die Fragen nämlich, wie gute Arbeit operationalisierbar sei, wie die Gebrauchswertseite der Arbeit zu erfassen und wo bei dieser Bestimmung des Gebrauchswerts anzusetzen sei, ob auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher, wirtschaftsdemokratischer Planung oder in der konkreten Situation des Arbeitsprozesses. Fest steht zwar, dass gerade der öffentliche Bereich in seinem Inneren dadurch zusammengehalten wird, dass die Mehrheit sinnvoll arbeiten will und Bestätigung in der Arbeit sucht – schon Dienst nach Vorschrift würde hier zu Problemen führen. Das Problem bleibt allerdings, was genau im Bereich des Öffentlichen eigentlich sinnvoll ist, wenn subjektiv alles Mögliche als sinnvoll erfahren werden kann und es keinen gesellschaftlich-demokratischen Diskurs über die Aufgaben und die Gestaltung des Öffentlichen gibt, wenn vielen Menschen vielleicht sogar gerade eine betriebswirtschaftliche Rationalisierung öffentlicher Leistungen sinnvoll erscheint.

Im Verlauf der Diskussion kam sogar die Frage auf, ob eine öffentliche Verwaltung, wenn sie, anstatt das Gemeinwohl zu organisieren, wie ein Betrieb wirtschaften muss und die In-Wert-Setzung von Arbeit ausgerechnet dort simuliert, wo gerade kein Gewinn produziert und maximiert werden soll – ob eine solche Verwaltung das Öffentliche eher zerstört als organisiert und fördert. Die Frage drängt sich besonders im Gesundheitsbereich auf.

3. Die Zeit- und Bedürfnisstruktur im Bereich der Unternehmen, der Belegschaften und der Gewerkschaften

Für die Zeit und Bedürfnisstruktur der Beschäftigten wurde die griffige Formel aufgestellt, dass die Zeit ganz allgemein stets umgerechnet wird in zu befriedigende Bedürfnisse. Zeit ist gleichsam der Platzhalter und das Äquivalent der Bedürfnisse, und darum ist die zur Verfügung stehende Zeit stets in dem Maße zu wenig, wie sich Bedürfnisse dynamisch entwickeln und ohnehin nie endgültig zu befriedigen oder still zu stellen sind. In

dieser Umrechnung ist die Zeit qualitativ unendlich und doch quantitativ nicht nur immer begrenzt, sondern auch stets knapp. Betrachtet man die Gesamtsituation in der Erwerbsarbeit, so hat eine Erosion der klassischen, fordistisch geprägten Zeitstruktur stattgefunden durch:

- Die umfassende Entgrenzung und Flexibilisierung in den Erwerbsarbeitsverhältnissen.
- Das Drängen von Frauen in Erwerbsarbeitsverhältnisse, das die klassischen Geschlechterrollen aufgebrochen hat und im Hintergrund des neoliberalen Umbaus eine entscheidende Rolle spielt.
- Das „Wegmanagen“ der Belastungen, die aus den klassischen Erwerbsverhältnissen resultierten; auch die Aufgaben im (unbezahlten) Reproduktionsbereich werden weiterhin privat bewältigt, selbst wenn zunehmend beide Geschlechter dafür zuständig sind.

Die Hauptursachen für Zeitknappheit aufseiten der Beschäftigten sind jedoch Personalabbau, Privatisierung, Lohnsenkung und Prekarisierung. Das ist auch der Bereich, in dem Gewerkschaften aufgerieben werden und in dem sie zumindest indirekt, durch Abwehrkämpfe gegen Arbeitszeitverlängerung, durchaus im Bereich der Arbeitszeit aktiv sind. Eine offensive und direkte Arbeitszeitverkürzung spielte in den Tarifvereinbarungen der letzten Jahre deshalb keine zentrale Rolle, weil sie durch die Techniken der Arbeitsverdichtung, Intensivierung etc. ins Leere liefen; das war auch der Hauptgrund, warum eine innere Landnahme gegen den Kapitalismus nicht über Arbeitszeitverkürzung gelungen ist. Notwendig wäre daher, die Bindung der Arbeitszeit an die Arbeitsmenge aufzulösen und die Einhegung der Arbeitszeit an der Personalpolitik anzusetzen: Sie ist der begrenzende Faktor.

Die Politisierung der aktuellen Zeitregime

Die Delegitimierung des Neoliberalismus und seine zunehmend technokratische und offen autoritäre Politik treffen zusammen mit einer seit vielen Jahren anhaltenden Abkehr von den Formen repräsentativer Politik. Die Abkehr geht einher mit neuen Formen politischer und medialer Öffentlichkeit und veränderten politischen Ansprüchen und Bedürfnissen innerhalb einer „post-demokratischen“ Situation. Das Projekt interessierte weniger die Frage, wie Politik selbst unter den aktuellen Bedingungen der Zeitökonomie und des Zeitregimes funktioniert (diskutiert wurde z.B. fehlende Zeit für politisches Engagement und für politische Diskussion und Entscheidungsfindungen, sei es auf der individuellen Ebene oder im etablierten Politikbetrieb), sondern wie die Zeitfrage zu politisieren wäre und ob ein Umbruch mit der skizzierten Entwicklung in den Zeitregimen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche bereits begonnen hat, wenn auch nur untergründig und innerhalb der bestehenden Zeitregime und damit keineswegs in einem solidarischen Sinne.

Für diese Politisierung der Zeitfrage ergaben sich aus der grundsätzlichen Problematisierung folgende Stränge:

- Es gibt Widersprüche und Paradoxien in der Zeitökonomie und im Zeitregime: Durch die über Jahrzehnte hindurch beständig gesteigerte Produktivkraft ist – zumindest potenziell – so viel freie Zeit da wie nie, aber sie zahlt sich nicht „positiv“ in mehr disponibler Zeit aus, weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft als ganze. Wir erfahren im Gegenteil die Zeit andauernd als zu wenig (das bleibt auch das große Paradox der

Produktivkraftsteigerung und der Ersparnis von Arbeitszeit).

- Das (gegenwärtige) Zeitregime kann statt der Beschleunigung und Verdichtung auch der Entlastung und Entschleunigung dienen, tut das aber meist unter ungewollten Umständen und Formen (zu wenig Arbeit, brachliegende Ressourcen).
- Die Krise der repräsentativen Demokratie beschwört die Möglichkeit von Echtzeit-Demokratie mit ihren Chancen wie Illusionen und Gefahren; die Frage wird sein, auf welche Weise die Krise repräsentativer Demokratie einerseits und die Alternativen andererseits politisiert werden.
- Es gibt eine Umstellung vom analogen zum digitalen Umgang mit der Zeit, aber ohne, dass damit ein Umbruch oder eine Transformation stattgefunden hätten oder auch nur eine Politisierung in dieser Richtung möglich geworden wäre.
- Die fehlende materielle Sicherheit führt nicht nur zu einem steigenden Gefühl der Verunsicherung, sie führt auch in der individuellen Zeitökonomie und im Zeitmanagement zu fehlender Planbarkeit und zum Zwang kurzfristiger Orientierungen, außerdem fehlt Zeit für kreativ-schöpferische Phasen und für Ruhephasen. Überhaupt benötigen Prozesse, die Zeit brauchen, materielle Sicherheit, und so stellt sich bei einer Vielzahl von Events und allgemeiner Hetze und Beschleunigung paradoxerweise zugleich eine allgemeine geistig-kulturelle Langeweile und Belanglosigkeit ein.

Zusammengefasst sollten drei Aspekte bei der Politisierung des aktuellen Zeitregimes besonders berücksichtigt werden: 1. Die Senkung der Vollzeitstandards und das Recht auf freie Zeit, 2. die materielle Absicherung der Erwerbsarbeitszeit und der Lebenszeit insgesamt und 3. der Zusammenhang von sozialem Status und Lebenserwartung.

Bei der Politisierung noch zu klären wäre, ob es in der Kritik am aktuellen Zeitregime und in seiner solidarischen Umgestaltung um Rechte geht, um Autonomie und Souveränität, um quantitative oder um qualitative Fragen. Die Frage ist zudem, ob Konzepte wie Zeitsouveränität und Zeitautonomie nicht das Phantasma des autonomen Selbst beschwören (oder sogar des neoliberalen Selbst).

Zu 4.) Die quantitative und die qualitative Dimension der (Arbeits-)Zeit und ihre Verschränkung

Das Projekt hat sich im Anschluss an die beiden Zeitachse und die aktuellen Zeitregime dann den Ansatzpunkten einer solidarischen Umgestaltung über zwei Dimensionen der Zeit genähert. Die beiden Dimensionen bringen diejenige grundlegende Unterscheidung mit, die Ausgangspunkte für eine solidarische Umgestaltung der Arbeitszeit eröffnen könnte, nämlich die Unterscheidung in die quantitative Dimension der Zeit einerseits und ihre qualitative Dimension andererseits. Aus den beiden Dimensionen ergibt sich von selbst die Frage, wie die quantitative und die qualitative Dimension zusammenhängen; dieser Zusammenhang ist gleichsam die dritte Dimension.

In der rein quantitativen Dimension der Zeit ging es um Arbeitszeitverkürzungen und -umverteilungen, um Formen von Auszeiten sowie um eine Abkehr von den Beschleunigungs- und Wachstumsdynamiken und den

Imperativen der Verwertung und Profitmaximierung. In der qualitativen Dimension ging es um die Gebrauchsseite der Arbeitszeit, d.h. es ging weniger um eine Verkürzung der Arbeitszeit als um eine Entschleunigung in der Arbeit sowie darum, wie wir arbeiten und wofür wir die Arbeitszeit nutzen wollen und wie die Arbeitszeit und die Lebenszeit materiell und immateriell abgesichert werden sollten. Des Weiteren wurden die zumindest teilweise Entkopplung der unmittelbaren Verbindung von Erwerbsarbeit und Einkommen diskutiert (wie sie etwa das Bedingungslose Grundeinkommen verspricht) sowie Fragen der „guten Arbeit“ und „des guten Lebens“.

Die quantitative Dimension der (Arbeits-)Zeit

In allen Diskussionsgruppen wurde in Bezug auf die Erwerbsarbeitszeit festgestellt, dass es in der Bevölkerung allseits das Bedürfnis nach weniger Arbeit gibt (bzw. besserer Bezahlung) und mehr disponibler Zeit, und es gibt zudem allseits das Bewusstsein, dass eine Arbeitszeitverkürzung und eine Absenkung des Vollzeitstandards angesichts der anhaltenden Produktivkraftsteigerung sowie angesichts einer ungerechten Verteilung der Arbeitszeiten und -lasten eigentlich auf der Tagesordnung stehen sollten. Ebenso allseitig ist allerdings auch die Ratlosigkeit, wie die Arbeitszeit angesichts der Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse und der allgemeinen Schwierigkeiten der politischen Repräsentation noch einheitlichen Regelungen und Normierungen unterzogen werden könnte. Die Schwierigkeit liegt insbesondere darin, dass in vielen Arbeitsbereichen die Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit derart unscharf und fließend geworden ist, dass es keine klar definierbare und eingrenzbare Arbeitszeit mehr gibt, die in Wert gesetzt wird. Stattdessen werden im Bereich der Erwerbsarbeit zunehmend Arbeitsinhalte und -ergebnisse individuell ausgehandelt und verrechtlicht (freie Verfügung über Arbeitszeit durch Zielvereinbarungen, projektbasierte Arbeit, Formen des Stücklohns etc.). Zudem wird die Arbeitskraft zunehmend auf ebenso umfassende und „ganzheitliche“ wie vielfältige Weise in Anspruch genommen. Einheitliche Arbeitszeit-Regelungen sind zwar noch in der Industrie und im öffentlichen Dienst zu finden. Aber selbst hier werden ehemals geregelte Arbeitszeiten entgrenzt, auch hier gibt es eine Vervielfältigung schein-selbständiger Arbeitsverhältnisse (Vertrauensarbeitszeit, leistungsbezogene Entlohnung, Boni-Systeme usw.); darüber hinaus werden ganze Arbeitszweige ausgelagert und in die (Schein-)Selbstständigkeit entlassen (und damit in eine beschränkte Zeitsouveränität im Rahmen bestimmter Zielvereinbarungen oder -vorgaben).

Noch problematischer ist allerdings die Tatsache, dass, wo tatsächlich Arbeitszeitverkürzungen stattfanden, sie zur Intensivierung, Beschleunigung und Verdichtung der Arbeit geführt haben. Ohnehin ist laut Untersuchungen und Umfragen das Bedürfnis nach gesicherter Beschäftigung, aber mitunter auch nach weniger Hetze in der Arbeit, größer als das Bedürfnis nach kürzerer Arbeitszeit

Es zeichnete sich daher ab, dass es in der quantitativen Dimension der Arbeitszeit um den Zusammenhang von Arbeitszeit, Arbeitsmenge und Entlohnung gehen muss. Die Frage wird sein, wie die Senkung der Arbeitszeit einerseits mit einem Mindestlohn verbunden und andererseits eine Verdichtung der Arbeitsmenge vermieden

werden kann, außerdem sollte beides mit einer materiellen und immateriellen Grundsicherung einhergehen. Darüber hinaus ist in dem Zusammenhang von Arbeitszeit und Arbeitsmenge sowie (Mindest-)Lohn und Grundsicherung noch gar nicht der Inhalt der Arbeit berücksichtigt: Wann, wo, wofür und auf welche Weise sollte Arbeit in unserer Gesellschaft verausgabt werden?

Arbeitszeitverkürzung

Die klassische Arbeitszeitverkürzung muss, noch einmal zusammengefasst, vier Komplexe bewältigen:

1. Weil die Arbeitszeit in dem oben angesprochenen Verhältnis zu einerseits Arbeitsmenge/-inhalt und andererseits ihrer In-Wert-Setzung durch Entlohnung steht, können bloße quantitative Verkürzungen durch die beiden anderen Faktoren unterlaufen und gleichsam wieder ausgeglichen werden (etwa indem die verkürzte Arbeitszeit verdichtet und beschleunigt wird und dieselbe Menge leisten muss wie zuvor, oder indem leistungsbezogen abgerechnet und gar nicht mehr die eigentliche Arbeitszeit entlohnt wird).
2. Angesichts der Entgrenzung des Verhältnisses der drei Faktoren: der Arbeitszeit, der Arbeitsmengen und -inhalte und der Formen ihrer In-Wert-Setzung und Entlohnung, ist eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit schwierig. Gerade die grundlegende Unterscheidung in bezahlte Arbeitszeit und unbezahlte freie Zeit ist unscharf geworden, und selbst bestehende (gesetzliche) Regelungen laufen oft ins Leere, etwa wenn z.B. in der Wissenschaft oder ab der mittleren Führungsebene Mehrarbeit, ob bezahlt oder unbezahlt und ob freiwillig oder aufgenötigt, selbstverständlich ist.
3. Die Arbeitsmarktpolitik aller Parteien und die politischen Maßnahmen des Staates zielen stets auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie auf ökonomisches Wachstum, beides zudem in nationaler Standortperspektive. In eine ähnliche Richtung geht auch die Politik der Gewerkschaften, und auch für die Beschäftigten ist Arbeitsplatzsicherheit wichtiger als Arbeitszeitverkürzung. Es fehlt dagegen eine aktive Politik der Arbeitszeitverkürzung oder wenigstens der Arbeitsumverteilung („30 Stunden für alle“, „aus einem Arbeitsplatz zwei machen“).
4. Die Entwicklung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsverhältnisse ist widersprüchlich. So gibt es nicht nur die viel beklagte Verlängerung und Intensivierung von Arbeitszeit, es gibt auch bestimmte Arbeitszeitverkürzungen, und die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse geht mit einem Anstieg durchaus normaler Beschäftigungsverhältnisse einher, vor allem durch die Integration ehemals nicht Erwerbstätiger in reguläre Erwerbsverhältnisse (Arbeitslose, Frauen, Illegalisierte).

Da die Arbeitszeit von den genannten Faktoren abhängt, mit weiteren Bedürfnissen und Befürchtungen verbunden ist (Arbeitsplatzverlust, Verdichtung der Arbeitszeit) und sich zudem widersprüchlich entwickelt, ergab sich weder ein einheitliches Bild noch ist eine pauschale Forderung ableitbar. Einigkeit herrschte gleichwohl darin, dass eine schlichte rein quantitative Arbeitszeitverkürzung zwar ansteht, aber nicht unbedingt rein quantitativ zu diskutieren ist und vielleicht auch anders bezeichnet werden muss. Und es hat sich zumindest die Richtung abgezeichnet, in der die Lösung zu suchen ist: Die Verkürzung der Arbeitszeit muss mit einer

Umverteilung einhergehen und einen neuen Normalstandard etablieren. Auch eine Umverteilung ist schwer durchsetzbar, insbesondere, weil der Bereich der (expandierenden) Privatwirtschaft nicht im selben Maße zugänglich und regulierbar ist wie der (zudem hoch verschuldete und unter Sparzwang stehende) öffentliche Bereich, ganz abgesehen von der Globalisierung der Arbeits- und Konkurrenzverhältnisse.

Die Ansatz- und Hebelpunkte sowie die Akteur_innen dafür sind unterschiedlich. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene wären nach wie vor Staat und Gewerkschaften zuständig, etwa durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Staates, eine Abkehr von der Konkurrenz- und Wettbewerbsideologie, durch Strukturreformen und gesetzliche Neuregelungen; auf der Ebene der Unternehmen ist der limitierende Faktor die Personalpolitik und -bemessung; und aufseiten der sozialen Bewegungen und der Erwerbstätigen gibt es zwar ein Bewusstsein für die Situation einer allgemeinen Überlastung und Überforderung, und es gibt ein durch alle Schichten und Bereiche durchgehendes Bedürfnis nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem einer Entlastung in der Arbeit. Die Maßnahmen dagegen bleiben allerdings überwiegend individuell; es gibt bislang weder kollektive Formen des Protestes oder gar der Verweigerung noch des Entzugs.

Auszeiten

Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, die sich unter dem Stichwort „Auszeiten“ zusammenfassen lassen. Sie können an zwei entgegengesetzten Enden ansetzen, nämlich einerseits an der Gesellschaft mit ihren Strukturen insgesamt und andererseits an der individuellen (Erwerbs-)Situation.

Gesamtgesellschaftliche Auszeiten

Wie könnten gemeinsame gesellschaftliche Auszeiten in das aktuelle Zeitregime eingezogen werden? Kann die Gesellschaft überhaupt kollektiv aus ihrem eigenen Zeitregime aussteigen, zumindest zeitweise? Wie könnte sich die Gesellschaft Zeit aktiv und praktisch nehmen? Bislang treten solche Auszeiten eher ungeplant und ereignishaft ein (Katastrophen, WM-Finale), aber nicht durch ein aktives Zeit-Nehmen. Das große Vorbild für ebenso einheitliche wie bedingungslose Auszeiten sind religiöse und gesetzliche Fest- und Feiertage. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie die Zeit ent-individualisieren, indem sich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit einen Freiraum einräumt, einen zeitlichen Freiraum, der wiederum weitgehend individuell gestaltet und ausgelebt werden kann. Eine Ebene darunter liegen gesetzlich garantierte oder geregelte Auszeiten wie Urlaubsansprüche, Elternzeit, Renteneintrittsalter u. Ä.

Individuelle Auszeiten

Die individuellen Auszeiten haben den Charakter einer Freistellung von Erwerbsarbeit und ließen sich z.B. gestalten:

- über Lohnersatzleistungen bei Freistellungen,
- Zeitfondsmodelle wie in Schweden,
- demographische Tarifverträge und Zeitkonten (z.B. eine an Alter und demographische Entwicklung ange-

passte, innerbetriebliche Umschichtung von Einkommen und Arbeitszeiten zwischen den Beschäftigten oder innerhalb der einzelnen Erwerbsbiographien),

- das Recht oder die Option auf bestimmte (Eigen-)Zeiten (Qualifikation und Weiterbildung, Elternzeiten und Kinderbetreuung, soziales Engagement, Care-Arbeit, Mußzeiten).

Eine Reihe solcher individueller Auszeiten gibt es bereits, und sie sind z.T. auch unterhalb gesetzlicher Regelungen und Ansprüche akzeptiert (z.B. wenn das Kind plötzlich krank wird oder Fußball-WM ist).

Zwei besonders fortgeschrittene und ausgearbeitete Überlegungen sind Sabbaticals und Lebensphasenmodelle.

Sabbaticals

Ähnlich einem bedingungslosen Grundeinkommen wären Sabbaticals als bedingungslose Auszeiten zu konzipieren. Sie wären (gesetzlich) garantierte Zeitbudgets, die mit einer Arbeitsplatzgarantie einhergehen müssten. Bei einer solchen Institutionalisierung von Auszeiten wären alle Unternehmen gleichermaßen gezwungen, die Auszeiten durch zusätzliche Erwerbstätige zu ergänzen, sodass zwangsläufig neue Arbeitsplätze entstünden. Oder vielmehr würden bereits bestehende Arbeitsplätze gleichsam aufgeteilt und dadurch vermehrt.

Lebensphasenmodelle

Das Lebensphasenmodell strukturiert eine individuelle Zeitökonomie entlang der Längsachse des Lebens. Das Modell sieht vor, Zeitressourcen und -optionen so entlang der Biographie aufzuteilen und zur Verfügung zu stellen, dass sie einerseits Lebensentwürfen, aber auch Lebensrisiken entgegenkommen und andererseits kollidierende Lebensphasen entschärfen (etwa wenn in der „Rush-Hour des Lebens“ Berufseinstieg und hoher Karrieredruck samt niedriger Bezahlung zusammenfallen mit der Familiengründung, oder wenn Berufsroutine und gute Bezahlung dann einsetzen, wenn die Kinder ohnehin aus dem Haus sind).

Es ginge allerdings weniger darum, die Lebensphasen besser an die Erfordernisse der Erwerbsarbeit anzupassen und zu synchronisieren, als vielmehr darum, die Ökonomie an die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen außerhalb der Erwerbsarbeit anzupassen. Es geht, wenn auch nicht gleich um eine Umkehr im Verhältnis Erwerb/Nicht-Erwerb, so doch um eine Art Weichenstellung und Neu-Ausrichtung. Bislang strukturiert die Erwerbsarbeit durch ihre Zeitökonomie das Private und gibt diejenigen Anpassungsleistungen vor, die in der Freizeit und im Privaten zu vollbringen sind – hier gilt es anzusetzen und das Zeitregime „umzupolen“, um es statt von der Erwerbsarbeit von den individuellen Bedürfnissen und vom individuellen Vermögen her einzurichten. In jedem Fall gilt es zu verhindern, dass flexible Lebensphasenmodelle mit ihren Zeitressourcen, Zeitkontingenten und -optionen in das neoliberale Zeitmanagement integriert werden und es auf die individuelle Lebenszeit ausdehnen mit dem Ziel, die gesamte Lebenszeit im voraus planbar zu machen und genau das dem Individuum im Sinne eines unternehmerischen Selbst aufzuerlegen. Sowohl die Lebensphasenmodelle als auch die Sabbaticals kämen einer Entlinearisierung des Alterungsprozesses entgegen oder würden die Linearität zumindest durchbrechen, etwa wenn Auszeiten für ein Promovieren im Alter genommen oder

zum Nachholen fehlender Abschlüsse genutzt werden. Die individuellen Freiheitsgewinne kämen dann (Zeit-) Sprüngen im Lebenslauf gleich.

Synchronisierungen und Abstimmungen von (Arbeits-)Zeiten

Es gibt nicht nur einen Kampf um die Länge und Entlohnung der (Arbeits-)Zeit zwischen Erwerbstätigen und Arbeitgebern (oder kurz zwischen Arbeit und Kapital), es gibt auch unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse allein aufseiten der Erwerbstätigen, einschließlich der Erwerbslosen. Während jener Kampf von Arbeit und Kapital um die Zeit der vielleicht unversöhnliche Widerspruch schlechthin bleiben muss (und insofern, wie in der Diskussionsgruppe Historisches Gedächtnis diskutiert, weder endgültig lösbar noch integrierbar ist), gilt es für die unterschiedlichen (Zeit-)Interessen aufseiten der Erwerbstätigen und Erwerbslosen demokratische Aushandlungsprozesse zu finden. Sie betreffen vor allem Synchronisierungen zwischen denen, die gerade arbeiten, und denen, die diese Arbeiten in Anspruch nehmen, z.B. Ladenöffnungszeiten, Dienstleistungen etc.; eine Synchronisierung könnte aber auch zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen sinnvoll sein, hier im Sinne einer Neuaufteilung und Umverteilung von Arbeit(-szeit).

Es gibt zudem eine Vielfalt von Möglichkeiten, (Arbeits-)Zeiten innerhalb der Arbeitsverhältnisse neu zu regeln und abzustimmen. Sie betreffen z.B. das Verhältnis von Kernbelegschaft zu Leiharbeitern und zu outgesourceten Bereichen und Zulieferern, Generationenverträge in Bezug auf Aus- und Einstiege in das Berufsleben, Übertragbarkeit von Arbeitszeitkonten bei Betriebswechseln u. Ä. Für solche Regelungen wären Gewerkschaften und Betriebsräte erste Ansprechpartner und wohl auch die entscheidenden Akteur_innen.

Die qualitative Dimension der (Arbeits-)Zeit

Die Diskussion kam immer wieder darauf zurück, dass im Kapitalismus die Arbeit durch die Zeit gemessen und in Wert gesetzt wird, unabhängig vom Inhalt der Arbeit und dem produzierten Gebrauchswert und unabhängig von den gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen. Das führt dazu, dass einerseits auch unnütze, unproduktive und sogar destruktive Arbeiten und Arbeitszeiten in die Ökonomie und ihre Wertschöpfung und Reichtumsbildung eingehen, während andererseits das eigentlich Qualitativ-Gebrauchswertige an der Arbeit und ihren Produkten durch die abstrakte Zeitmessung und rein quantitative In-Wert-Setzung gar nicht zu (er-)fassen ist. Eine gebrauchswert- und bedürfnisorientierte Produktion würde dagegen nicht nur sowohl die Arbeit als auch ihre Produkte inhaltlich bestimmen, sie könnte auch die Produktion freier Zeit zur eigentlichen Reichtumsproduktion und den Zeitwohlstand als den eigentlichen (Gebrauchs-)Wert erklären.

Wird die qualitative Dimension durch eine solch grundsätzliche Kritik an der Messung der Arbeit durch die Zeit und an ihrer rein quantitativen Fassung und In-Wert-Setzung eröffnet, läuft die Kritik letztlich auf die Suche nach einer Alternative zur Erwerbsarbeit hinaus, jedenfalls zu ihrer bisherigen, eben rein quantitativen In-Wert-Setzung und Verwertung. Entsprechend grundsätzlich fallen die Fragen an den qualitativen Zusammenhang von Arbeit und Zeit aus, etwa die Diskussionen um das „Recht auf Muße für alle“ und das „Recht auf Faulheit“ sowie um (gesetzlich) garantierte Freistellungen für bestimmte Tätigkeiten oder Anlässe und

bedingungslose Auszeiten: Wie und wofür soll die Gesellschaft Arbeitszeit in Anspruch nehmen und nutzen, und auf welche Weise und durch wen wird darüber entschieden?

Strittig war allerdings, ob sich der Gebrauchswert der Zeit und der Arbeit gegen ihre quantitative Fassung und In-Wert-Setzung ausspielen lässt, oder ob es nicht vielmehr um ihre Untrennbarkeit und ihre unmittelbare Übersetzbarkeit geht (diejenige Übersetzung, die gerade an der Messung der Arbeit durch die Zeit hängt). Damit ist auch schon der dritte Strang angesprochen, nämlich ihre Verschränkung: Wie greift die Quantifizierung der (Arbeits-)Zeit auf ihre Qualität über? Oder ist vielleicht die Qualität der Zeit unmittelbar ihre Quantifizierbarkeit? Stellt die Quantifizierung nicht überhaupt erst Berechenbarkeit her und ermöglicht eine Anwendung der Naturwissenschaft im Arbeits- und Produktionsprozess sowie in der Arbeitsorganisation, mithin eine Steigerung der Produktivkraft durch die Reduzierung von Arbeitszeit? Ginge es dann nicht um die Freisetzung dieser quantitativ gefassten Zeit, wenn auch „nur“ in Form von mehr individueller Freizeit? Und besteht die Qualität dieser rein quantitativ gefassten und durch Einsparung gewonnenen Freizeit nicht gerade darin, dass sie jeder Qualität gegenüber gleichgültig ist und daher von jeder und von jedem beliebig individuell gefüllt oder erfüllt werden kann?

Die Verbindung von quantitativer und qualitativer Dimension

Die Verbindung beider Dimensionen sollte zu derjenigen normativen Grundlage führen, die bei der Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten leitend sein könnte. Zudem wurde versucht, die Verbindung und die normative Grundlage durch passende Oberbegriffe auf den Begriff zu bringen. Diskutiert wurden u.a. Zeitsouveränität, Zeitautonomie und Wirtschaftsdemokratie.

Am ehesten schien der Begriff Zeitsouveränität für die Verbindung beider Dimensionen stehen zu können. Der Begriff scheint aber vor allem mangels besserer Alternative geeignet zu sein, entsprechend wurde eine erste genauere Bestimmung eher durch kritische Abgrenzung vorgenommen. So sollte Zeitsouveränität nicht einfach analog zur Konsumentensouveränität gedacht werden, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gemäß unserer Formel, individuelle Autonomie von ihren gesellschaftlichen Bedingungen her zu denken. Statt ein autonomes Selbst anzurufen, geht es um die (gesamt-)gesellschaftlichen Bedingungen für ein individuelles Zeit-Nehmen sowie um das gezielte Synchronisieren und Koordinieren einer Zeit, die für alle gleichermaßen gilt und da ist und die in einer gesamtgesellschaftlichen Zeitökonomie und in einem gemeinsamen Zeitregime in Kraft ist und doch zutiefst individuell gelebt und geteilt wird. Kurz, Zeitsouveränität muss am gegenwärtigen Zeitregime ansetzen, um von ihm aus zu fragen, wie die Zeit, das Gemeingut/Common schlechthin, anders als bisher politisierbar und organisierbar ist.

Entschleunigung / Post-Wachstum

Auch die Begriffe Post-Wachstum und Entschleunigung sind in der Diskussion um eine solidarische Umgestaltung des Zeitregimes gefallen. Treibende Kraft für Wachstum und Beschleunigung ist vor allem die Maß-

geblichkeit der Produktivkraft fortgeschrittener (National-)Ökonomien. Diese Maßgeblichkeit bewirkt unter den verschärften Konkurrenzbedingungen global deregulierter Märkte sowie innerhalb der EU durch die einheitliche Währung eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, d.h. sie bewirkt, dass Ökonomien und Arbeitskräfte mit ganz unterschiedlicher Produktivität unmittelbar verglichen werden und konkurrieren. Die Gleichzeitigkeit dieser Unterschiede führt dazu, dass sich insbesondere Standorte und Arbeitskräfte mit niedrigerer Produktivität unter Wert verkaufen müssen und überhaupt alle Akteur_innen einem sich beschleunigenden Fortschritts- und Wachstumszwang unterzogen sind. Der „Fortschritt“ besteht dabei auch im Konkurrieren um die günstigsten Standortbedingungen, d.h. um möglichst niedrige Löhne und flexible Arbeitsbedingungen einerseits und möglichst geringe Belastungen für das Kapital, deregulierte Arbeits- und Produktionsbedingungen und günstige Investitionsmöglichkeiten andererseits. Diese Formen des Fortschritts und des Wachstumszwangs führen neben dem exzessiven Verbrauch materieller Ressourcen auch zum exzessiven Verbrauch der immateriellen Ressource „Zeit“.

Da es für die Kritik an der Wachstumsgesellschaft und ihren Imperativen bereits ein groß angelegtes Forschungskolleg gibt, haben wir diesen Strang nicht eigens weiterverfolgt.

„Zeit ist Geld“: Das Geld als das öffentliche Gut (Common) schlechthin

Die vielleicht entscheidende Technik, um die (Arbeits-)Zeit zu quantifizieren und ökonomisch anzugeignen und verfügbar zu halten, ist das Geld. Auch wenn der Zusammenhang von Zeit und Geld (oder die spekulative Identität des „Zeit ist Geld“) zu mächtig war, um ausführlich behandelt zu werden, sollen wenigstens einige Argumente aus den Diskussionen angesprochen werden.

- Geld ist nicht nur das Mittel der quantitativen Realisierung und Bewahrung des Reichtums, sondern auch seiner (Um-)Verteilung, vor allem durch die allgemeine Steuerpolitik. Allerdings gilt es, bereits das steuerbelastete Primäreinkommen als Resultate einer vorgängigen, gesamtgesellschaftlichen Umverteilung deutlich zu machen; das gilt sowohl für die Gewinne auf Kapitaleseite als auch für die Einkommen der Beschäftigten. Des Weiteren hängen die verschiedenen Möglichkeiten der (Um-)Verteilung der Gewinne und der Einkommen wiederum mit der Produktion des Reichtums zusammen. Allerdings herrscht in der Diskussion in wie außerhalb des Projekts Unklarheit herrscht darüber, inwiefern gegenwärtig Kapital vermehrt und Gewinne erzielt werden, ohne Investition in die produktive Verwertung von Arbeit, ja, ohne überhaupt die Bedingungen der Anwendung und Verwertung der Arbeit zu verbessern. Das betrifft die Ausweitung der Geldmenge und des fiktiven Kapitals durch das Kreditsystem und die Niedrigzinspolitik mit ihrer Reichtumsproduktion gleichsam aus dem Nichts heraus, des Weiteren die Emission von Eigentumstiteln aller Art (Staatsanleihen, Aktien, Derivate sowie Rechte auf alle Arten von Informationen, Codes, Programme, Markennamen etc.) sowie In-Wert-Setzungen durch Privatisierungen von öffentlicher und staatlicher Infrastruktur und Finanzialisierungen. Da letztlich die Gewinne auch in diesen Bereichen aus der produktiven Anwendung und Verwertung von Arbeit kommen müssen, herrscht nicht nur Unklarheit darüber, ob diese Bereiche überhaupt zur Verwertung von Arbeit beitragen und zumindest indirekt deren Verwertungsbedingungen verbessern, oder ob und inwiefern

diese Gewinne auf bloßer Aneignung und Umverteilung dieser Arbeit beruhen, z.B. durch die Verschärfung ihrer Ausbeutung und durch Formen der Produktion absoluten Mehrwerts, durch Steuern, durch sekundäre, auf Einkommen bezogene Ausbeutung usw. Ja, es wird sogar diskutiert, ob die Gewinne nicht auf einer fiktiver Vermehrung beruhen, ob sich nicht Entkopplung stattgefunden und sich eigenständiger Kreislauf etabliert hat, in welchem Gewinn durch zusätzliches Nachschießen fiktiven Kapitals „gedeckt“ werden und wieder in dieser Bereiche zurückfließen oder vielmehr darin verbleiben und dadurch den Eigenständigkeit des Kreislauf begründen. Das Kapital in diesem Kreislauf wäre sogar darauf angewiesen, nicht auf die Realökonomie durchzuschlagen, um hier nicht zu Entwertungen und Kapitalvernichtungen zu führen. Dann wäre eine Art dauerhafte, aber sich ständig sektoriell verlagernde „Blasenökonomie“ entstanden, die eine Defizitärkonjunktur und eine Schuldenökonomie befördert.

Bei aller Unklarheit über den Status des Finanzbereichs und über den Zusammenhang zwischen einerseits der Liberalisierung der Waren- und Kapitalmärkte und der exzessiven Vermehrung von Geld, Kredit und (fiktivem) Kapital und andererseits der Prekarität der Arbeitsverhältnisse wäre gleichwohl deutlich zu machen, dass es sich bei Forderungen und Kampagnen zu Umverteilungen (z.B. über Steuer- und Tarifpolitik zugunsten der unteren Einkommensschichten) nicht nur um bloße Rück(um)verteilungen handelt. Vielmehr wurde in den letzten Jahrzehnten weltweit 1. durch die angesprochenen Mechanismen des Kreditsystems, die Emission von Eigentumstiteln samt der daraus abgeleiteten Formen (Derivate) sowie durch die Privatisierungen und Finanzialisierungen Reichtum und Kapital neu geschaffen und ineins privat angeeignet, und 2. hat durch die Mechanismen der Aneignung und Umverteilung sowie über die Intensivierung der Ausbeutung und Formen der Produktion absoluten Mehrwerts eine gewaltige Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer und der oberen Einkommensklassen stattgefunden. Auch das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat das registriert und ist hier sensibilisiert, laut Umfragen empfinden bis zu 90% die Verteilung von Vermögen und Einkommen als ungerecht; die Zahlen über die tatsächliche Ungleichentwicklung, das Auseinanderlaufen zwischen den oberen und den unteren Einkommensschichten sowie das Wegbrechen der Mittelschicht in den letzten Jahrzehnten sind jedenfalls eindeutig.

- Die ökonomischen Mechanismen und Techniken, die im Geld- und Finanzwesen (besonders durch die Liberalisierung aller Märkte einschließlich des Arbeitsmarktes und die Ausweitung der verschiedenen Formen von Kapital) auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene von vornherein Ungleichheit und Umverteilungen herstellen, sind der öffentlichen Kontrolle und demokratischen Verwaltung weitgehend entzogen. Die Möglichkeiten der politischen Regulierung wurden dagegen selbst nach der großen Finanzkrisen entweder nicht genutzt, oder es wurde im Gegenteil noch weiter dereguliert, oder die Regulierungen haben die ungerechte Entwicklung noch begünstigt (etwa in der Kürzungs- und Sparpolitik); nicht zuletzt klagt z.T. ja auch die Politik selbst über fehlende Gestaltungsspielräume. Jedenfalls wird die Politik derjenigen Öffentlichkeit und derjenigen Gesellschaftlichkeit nicht gerecht, die durch das Geld- und das Finanzsystem hergestellt wird und der ein öffentlicher Umgang mit Geld und eine demokratische Geldpolitik entsprechen müssten.

- Das betrifft zurzeit insbesondere den Umgang mit den Folgen der Krise(n) und mit Schulden. Die Kürzungs-

und Sparpolitik zeitigt nicht nur in den unmittelbar betroffenen Krisenregionen negative Folgen, sondern auch in Deutschland, z.B. über die Schuldenbremse(n), deren (negative) Folgen noch gar nicht wirklich absehbar sind. Die Kürzungs- und Sparpolitik ist zum Teil Folge, zum Teil Begleiterscheinung der Ökonomie des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus und unterstützt die bereits genannten Umverteilungen, besonders durch die Verstaatlichung und Sozialisierung von Risiken, Verlusten und Schulden. In zeitlicher Hinsicht sind vor allem die Fristen relevant, die durch die Politik des Kürzens und Sparens gesetzt werden, und zwar parallel zu denjenigen unbestimmten, aber zu erwartenden Fristen, die in der Ökonomie quasi automatisch durch die Ausweitung des Kredits, der Geldmenge und des fiktiven Kapitals, die kurzfristige Ausrichtung auf Profitmaximierung sowie durch die Wachstumsimperative wirksam werden. Hier machen sich die Fristen durch das Einbrechen ökonomischer, sozialer, ökologischer und politischer Krisen geltend, etwa durch schlagartige Entwertungen und Kapitalvernichtungen sowie durch das Verkehren von Reichtum und Gewinnen in Schulden. Denn wenn die Erwartungen nicht eintreten, wenn die kurzfristigen Gewinne, auf die im Bereich des Finanzkapitalismus spekuliert wird und auf die zumindest teilweise gleichsam vorgegriffen wird, vor allem durch die Ausweitung des Kredits, der Geldmenge und des (fiktiven) Kapitals – wenn diese Vorgriffe nicht genau die vorweggenommene Verwertung mobilisieren und durch sie gleichsam nachträglich gedeckt werden, dann muss früher oder später, um die dann anstehenden Entwertungen und Kapitalvernichtungen aufzuhalten, eine Politik des Kürzens und des Sparens einspringen. Die ökonomischen Krisen und schlagartigen Entwertung werden indessen aber auch dadurch wirksam, dass sie, statt einzutreten, zeitlich hinausgezögert und aufgeschoben werden. Es gibt also einen inneren zeitlichen (und gerade dadurch nicht unmittelbar sichtbaren) Zusammenhang zwischen der exzessiven Ökonomie des Finanz(markt)kapitalismus und der Notwendigkeit einer Politik des Kürzens und Sparens.

Die Dynamik des Finanz(markt)kapitalismus und die Bewältigung seiner Folgen führen dazu, dass die Zukunft nicht offen, sondern, bei aller Unsicherheit und bei allem Risiko, vorherbestimmt ist. Oder vielmehr liegt die Offenheit der Zukunft gerade darin, dass durch den Finanzmarktkapitalismus Fristen gesetzt werden, dass Zeithorizonte und Zeitfenster eingehalten werden müssen und dass auf diese risikoreiche, unsichere Zukunft Rücksicht genommen werden muss. So sehr sich die Gesellschaft zumindest auf das Risiko und auf zukünftige ökonomische Effekte und Auswirkungen einstellen kann, so unberechenbar und plötzlich, so schlagartig und krisenhaft treten sie ein. Die Unabsehbarkeit einer Zukunft, auf die gleichwohl Rücksicht genommen und

auf die hin gehandelt werden muss, verstärkt noch dasjenige Gefühl allgemeiner Unsicherheit, das durch die Prekarität der Arbeits- und Lebensverhältnisse und die fehlende langfristige Planbarkeit eingetreten ist, zugleich unterstützt die umfassende Unsicherheit eine Politik der Drohung und der Angst, das quer durch Europa vor allem rechtspopulistische Parteien ausnutzen.

„Die Dynamik des Finanz(markt)kapitalismus und die Bewältigung seiner Folgen führen dazu, dass die Zukunft nicht offen, sondern, bei aller Unsicherheit und bei allem Risiko, vorherbestimmt ist. Oder vielmehr liegt die Offenheit der Zukunft gerade darin, dass durch den Finanzmarktkapitalismus Fristen gesetzt werden, dass Zeithorizonte und Zeitfenster eingehalten werden müssen und dass auf diese risikoreiche, unsichere Zukunft Rücksicht genommen werden muss.“

Das Bedingungslose Grundeinkommen

Ebenfalls an der Schnittstelle von quantitativer und qualitativer Dimension steht das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Es hat allerdings einen eigenständigen Status und betrifft zugleich beide Dimensionen der Zeit nur indirekt. Dem BGE kommt zudem auch im Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse ein eigenständiger Status zu: Das Projekt ist von Beginn an in Rücksicht darauf vorgegangen, einen Umgang mit dem BGE und den Kontroversen darum finden zu müssen, und da die Zeit Schwerpunktthema des Projekts geworden ist, galt es die Bedeutung des BGE für das zeitliche Verhältnis von Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerb zu klären. Eine Arbeitszeitverkürzung könnte durch das BGE insbesondere greifen, wenn dessen Einführung an Mindestlöhne gekoppelt wird. Überhaupt ist zu prüfen, wie eine Arbeitszeitverkürzung auf indirekte Weise bewirkt werden könnte, etwa durch andere partielle Entkopplungen von Arbeit und Einkommen wie materielle Sicherungen und öffentliche, soziale Infrastruktur oder die Einsparung von Arbeit in überflüssigen oder destruktiven Bereichen. Des Weiteren könnte das BGE als Vorbild für die Konzeption bedingungsloser Auszeiten oder Grundzeiten dienen.

IV.4. Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwürfe entwickeln“: Der tote Punkt

Im Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ wurden die gemeinsam entwickelten Kritiken und Positionen rund um das Thema Arbeit und Zeit in Richtung einer Gestaltungsperspektive diskutiert. Damit stand im Projekt eine Neuausrichtung an, da der Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik nun nicht mehr nur auf wissenschaftlich fundierte Gestaltungsentwürfe zielen sollte, sondern auch auf deren praktische Umsetzbarkeit und politische Durchsetzbarkeit.

Das Projekt wollte nicht nur Wissenschaft und Politik dialogisch ins Verhältnis setzen, es verortete sich selbst in der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Umbruchs, der angesichts der Erschöpfung, Delegitimierung und krisenhaften Entwicklung von Finanzkapitalismus und Neoliberalismus zwar ansteht (nicht nur in den Arbeitsverhältnissen) – aber nicht eintritt. Diese Situation eines Umbruchs, der ansteht, aber nicht eintritt, ergibt eine Art toten Punkt: Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme treten zwar offen zutage und werden kaum ernsthaft bestritten, und es gibt auch in der Bevölkerung durchaus ein Bewusstsein für die Probleme und Krisen des Gegenwartskapitalismus und ein Bedürfnis und eine Bereitschaft nach (mitunter sogar grundlegender) Veränderung – aber für einen Umbruch oder eine Transformation fehlt eine Alternative. Es fehlt eine Art positiver Umkehrschub für eine große Erzählung mit mobilisierender Wirkung. Diese Situation im Großen spiegelte sich im Projekt im Kleinen wieder. Der tote Punkt im Projekt entsprach im Kleinen dem toten Punkt in derjenigen übergreifenden gesellschaftlichen Situation, auf die sich das Projekt zurückführte und innerhalb derer es sich verortete: So sehr weitgehende Einigkeit sowohl in der Kritik der aktuellen Situation als auch über die Notwendigkeit eines Umbruchs herrschte, so schwierig war die Suche nach einer grundlegenden Alternative.

Schlimmer noch, ohne eine fundierte und mobilisierungsfähige Alternative tritt nicht nur kein Umbruch ein,

die sozialen und politischen Reaktionen auf die Krise fallen auch reaktionär aus. Obwohl die Entwicklung, die zur Krise von 2007/2008 führte, den Kritikern dieser Entwicklung Recht gibt und eigentlich deren Stunde gekommen sein müsste, mithin die Stunde der politischen Regulierung, der Einführung sozialer Mindeststandards, der Suche nach Alternativen zu Profit- und Wachstumszwang etc., können die Kritiker von der Situation nicht profitieren. Es gibt zwar seit 2011 eine weltweite Rückkehr des Politischen in Gestalt großer Massenproteste, angestoßen, getragen und angeführt meist von zivilgesellschaftlichen und fortschrittlichen Kräften sowie der jungen Generation und der prekarierten Mittelschicht. Doch etablieren konnten sich quer durch Europa über die Türkei bis zu den arabischen Ländern vor allem rechtspopulistische und sogar offen faschistische sowie religiöse Gruppen und Parteien. Kurz, bislang sind die politischen Reaktionen Teil der Krise, nicht ihrer Lösung.

Indes verortete das Projekt sich nicht nur in dieser Situation eines toten Punktes, vielmehr zielte es mit der Entscheidung, die Zeitfrage für die solidarische Umgestaltung in den Mittelpunkt zu stellen, unmittelbar auf die zeitliche Dimension des toten Punktes. Denn ironischerweise liegt in dieser Situation eines toten Punktes ja bereits eine zeitliche Pointe: Mit einem gesellschaftlichen Umbruch müsste nicht nur eine neue Zeit anfangen, sondern für diesen Umbruch, für diesen Anbruch einer neuen Zeit müsste der Umgang mit der Zeit selbst neu und anders werden! Und genau für diesen neuen Umgang mit der Zeit fehlt eine ebenso wissenschaftlich fundierte wie politisch schlagkräftige und mobilisierungsfähige Idee. Nicht zuletzt darum lag unsere große und zugleich leitende Hoffnung darin, dass es vielleicht in der Ökonomie der Zeit oder im Zeitregime selbst Entwicklungen gibt, in denen ein Umbruch schon angelegt ist oder die zumindest eine andere Zeitökonomie oder ein anderes Zeitregime gleichsam vorbereiten. Daher wurde im Zuge der Strukturierung und der Diskussion der Zeitfrage gezielt nach solchen Entwicklungen gesucht, die von sich aus einen Bruch mit den bestehenden Verhältnissen geradezu herausfordern.

Auf der Suche nach einem solchen Umbruch, der in der jüngsten Entwicklung selbst angelegt sein könnte, hatten wir für die Entgrenzung, Flexibilisierung, Individualisierung, Beschleunigung etc. in der Zeitökonomie und im Zeitregime zumindest bereits Umschlagpunkte festgestellt, und die könnten auf denjenigen Umbruch hinweisen, der in der allgemeinen Entwicklung selbst liegt und den toten Punkt überwindet, wonach ein solcher Umbruch zwar ansteht, aber nicht eintritt. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass im Zuge des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen durchgehend kurzfristig gerechnet wurde und dass diese kurzfristigen Berechnungen langfristig nicht halten, was sie versprechen. Im Gegenteil, ebenso durchgehend scheint sich herauszustellen, dass die Maximierung von Profiten, von Ressourcenverbrauch (auch der Ressource Zeit), von Prozessen der Beschleunigung und des Wachstums etc. sich langfristig nicht unbedingt rechnen und nicht „nachhaltig“ sind oder sogar Krisen zeitigen. Sie rechnen sich langfristig nicht für das Bedürfnis nach weniger und entspannter Arbeitszeit und mehr Zeitwohlstand, sie rechnen sich nicht im Bereich des Produktiv-Schöpferischen, sie rechnen sich aber nicht zuletzt auch im schlichten ökonomischen Sinne nicht.

In der Ökonomie schien ein Umschlagpunkt schlagartig 2008 mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise aufzubrechen (die langfristig vielleicht zu einem Umdenken beitragen wird, auch wenn sie bislang weder zu einem Wechsel in der Ökonomie noch in der Politik geführt hat). Nicht nur auf ökonomischer, auch auf politischer Ebene haben die Versprechen der neoliberalen Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse und der Märkte, des Staates und der sozialen Sicherungssysteme und überhaupt des gesamten Bereichs des Öffentlichen ebenfalls einen Punkt der Erschöpfung erreicht. Die Erschöpfung entspricht insofern einem Umschlagpunkt, als diese Umstrukturierung mittlerweile einerseits zumindest teilweise delegitimiert ist und andererseits auf eher technokratisch-autoritäre Weise und ohne die klassischen Versprechen von „Freiheit und Wohlstand für alle“ weitergeht. Schließlich gibt es auch auf der unteren Ebene der einzelnen Arbeitsprozesse, wie etwa in der Arbeits- und Betriebsorganisation und in der Personalpolitik, eine Art Umschlagpunkt, und zwar in Form eines „Neo-Taylorismus“, der auf die Unsicherheit reagiert, die durch die Entgrenzung und Flexibilisierung erzeugt wurde. Die Entgrenzungen und Flexibilisierungen ziehen auch auf der kleinteiligen Ebene der Arbeits- und Betriebsorganisation wieder bestimmte Regulierungsnotwendigkeiten nach sich, ganz wie im Großen, wo die Deregulierung und Liberalisierung des viel beschworenen „freien Marktes“ nicht zu trennen ist von seiner Durchsetzung, seiner Aufrechterhaltung und seiner Absicherung durch die Politik und den Staat – insbesondere zur Bewältigung der negativen und mitunter verheerenden sozialen Folgen. Auf der kleinteiligen Ebene der Arbeitsverhältnisse fällt die Intransparenz und Unsicherheit in der deregulierten neuen Zeitökonomie vor allem im Bereich der Gesundheit und in der Bildung und Wissensproduktion auf, sie betrifft aber alle Arbeitsbereiche und alle Akteur_innen: Alle Akteur_innen sind in eine umfassende „Unschärfe“ und Unsicherheit entlassen und nun dazu angehalten, sie zu bewältigen, und auch für diese Bewältigung sollen die bekannten „Techniken des Selbst“ greifen, die bereits die neoliberale Umstrukturierung und Individualisierung der Gesellschaft beherrschen.

Die Situation eines toten Punktes ergibt sich demnach auch daraus, dass ihr etwas fehlt, nämlich eine Art Überschuss der Situation oder ein utopisches Moment. Die Suche nach diesem „Mangel an Überschuss“ ergab eine ganze Reihe von Gründen: Zuerst natürlich die Ratlosigkeit in Bezug auf einen großen (Gegen)Entwurf, aber auch die Überforderung angesichts multipler Krisen, des Weiteren die „vermachteten“ Strukturen im Großen und die Bedingungen für Wissensproduktion und Politik für jede_n Einzelne_n im Kleinen (die alltäglichen Notwendigkeiten in der Erwerbsarbeit und der Reproduktion, die Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs, die fragmentierte Situation innerhalb der politischen Linken usw.). Zusammengefasst hängt ein Umbruch an dem Widerspruch, dass alle die genannten Gründe einerseits unhintergehbare Bedingungen sind, die berücksichtigt werden müssen, andererseits aber gerade eine radikale Distanznahme von diesen Bedingungen notwendig wäre, eine Art Befreiung und Überwindung oder wenigstens das Eröffnen eines Freiraums.

Auf der Suche danach, wo dasjenige Überschießende herkommen könnte, das über den toten Punkt und über die gegenwärtigen Bedingungen hinausgeht, wurde auf objektive und subjektive Faktoren verwiesen. Die objektiven Faktoren liegen in einer übergeordneten und übergreifenden, internationalen Konstellation, von der

her ein Umbruch eintritt (historisch gesehen waren das z.B. die Konstellationen nach dem Ersten Weltkrieg oder die vor dem Zweiten Weltkrieg, dann noch einmal am Ende des Zweiten Weltkriegs sowie am Ende der Wiederaufbauphase um das Jahr 1968). Der subjektive Faktor entsteht dagegen in den Nischen und Falten der Gesellschaft oder an ihren Rändern (wie etwa im Fall des – wenn auch nur vorübergehenden – Aufstiegs der Piraten Partei), durch Abweichungen und unerwartete Ereignisse (wie die Arabellion) sowie durch plötzlich auftretende neue soziale Akteur_innen und Bewegungen (Zapatistas, Occupy, Indignados, Piraten Partei, Syriza, Podemos), aber auch durch neue Technologien und Produktionsmittel (Internet, Mikroelektronik, Computer, Handy, Social Media, Big Data).

Wenn es darum geht, die objektiven und die subjektiven Bedingungen gezielt nur im Bereich Arbeit und Zeit zu suchen, so könnte die Objektivität in der Situation eines Umbruch in der Zeitökonomie und im Zeitregime liegen, also in den oben skizzierten Umschlagpunkten; der subjektive Faktor wäre zu suchen in der allgemeinen Unsicherheit und Prekarität einerseits und im Bedürfnis nach mehr Zeitsouveränität, Planbarkeit etc. andererseits.

Der Ansatzpunkt für die Umgestaltung ergab sich im Teilprojekt 3 somit aus drei Strängen, die miteinander zusammenhängen und verbunden werden mussten:

- 1.) Es gibt eine Erschöpfung und Delegitimierung des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus, und in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft scheint sich sogar eine Art Umschlagpunkt abzuzeichnen. Gleichwohl gehen beide so lange gleichsam über ihre Zeit hinaus unvermindert weiter, solange eine Alternative und ein Gegenentwurf fehlen und sich die Kritik an (oder gleichsam in) einem toten Punkt befindet. Finanzkapitalismus und Neoliberalismus gehen allerdings seit 2008 einerseits zunehmend ohne die klassischen Wohlstandsversprechen autoritär-technokratisch weiter, andererseits fallen auch die politischen Reaktionen darauf zunehmend rechtspopulistisch und fundamental-religiös aus und bieten keine Alternative.
- 2.) Es gibt allerdings auch Reaktionen aufseiten emanzipatorischer Kräfte. Sie zielen auf die Wiederaneignung des – im weitesten Sinne – Öffentlichen, aber die Reaktionen legen das Öffentliche auf verschiedene Weise jeweils räumlich aus. In dieser Auslegung wäre das Zeitliche freizulegen und eigens zu (re-)thematizieren. Das könnte der Ausgangspunkt für eine Politisierung sein, die einerseits an bereits bestehenden Bedürfnissen und sozialen Auseinandersetzungen ansetzt und in sie eingebettet ist und die andererseits gegen die Hegemonie neoliberaler Ideologie zur einer neuen (großen?) Erzählung beiträgt.
- 3.) Die Zeitfrage kann sich nicht nur auf die jüngste Entwicklung mit bestimmten Umbrüchen und Umschlagpunkten sowohl in der Zeitökonomie und als auch im Zeitregime berufen, sie kann sich auch auf einen Umbruch aufseiten der Gesellschaftskritik berufen. In Abwendung von politischen Formen der Repräsentation, und zwar auch und gerade der traditionellen Verbindung von Politik und Produktion und einer Politik im Namen der Arbeit, wenden sich die Gesellschaftskritik und die sozialen Bewegungen neuen Formen der Organisation zu sowie einer Politisierung der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion; beides lässt sich zusammengefasst in einem neuen Modus des Politischen. Die Idee war, beide Entwicklung in der Zeitfrage zu

verbinden: einerseits die Entwicklungen und Umbrüche aufseiten der Zeitökonomie und des Zeitregimes mit ihren Erschöpfungen, Krisen und Umschlagpunkten und andererseits die neuen Formen des Politischen mit ihrer Politisierung der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion.

Doch so sehr sich verschiedene Entwicklungen in Ökonomie und Politik auf die Zeitfrage zuspitzen und mit ihr verbinden ließen, so unbestimmt blieb die Zeitfrage selbst. Durch die Strukturierung der Zeitfrage konnte der ebenso umfassende, alles durchdringende wie „unfassbare“ Charakter der Zeit zwar für bestimmte Bereiche diskutiert werden und auf bestimmte Tendenzen und Entwicklungen, sich anbahnende Umbrüche sowie objektive Bedingungen und subjektive Faktoren hin untersucht werden, und dadurch konnte auch der nächste Schritt im Projekt vorbereitet werden: Die Erarbeitung konkreter Gestaltungsvorschläge. Gleichwohl hatte diese vorbereitende Strukturierung noch zu einer Ausweitung und Vervielfältigung der Zeitfrage geführt. Die Diskussion hatte reine Reihe möglicher Ansatzpunkte diskutiert in der Hoffnung, Hebel für eine solidarische Umgestaltung zu finden – aber sie hatte dadurch vorerst das gesamte „Feld“ Zeit eröffnet und bearbeitet und ist dabei statt auf konkrete Lösungen eher auf weitere Leerstellen und Widersprüche gestoßen. Um nun zu diesen Gestaltungsentwürfen zu gelangen, wurde die Strukturierung der Zeitfrage auf verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten hin zusammengefasst und ausgerichtet auf die gesuchten „gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie“. Leitend bei der Zusammenfassung und Ausrichtung waren der gesamtgesellschaftliche Charakter der Zeit und der kollektive Charakter ihrer Aneignung, denn es gilt es zu verhindern, dass die Aneignung der Zeit und die Stärkung individueller Autonomie für weitere Individualisierungen und Flexibilisierungen, Deregulierungen und Privatisierungen genutzt werden und entweder innerhalb eines neoliberalen Zeitmanagements verbleiben oder nur über es hinausgehen, indem sie dessen nächste Entwicklungsstufe beschreiten.

Vorgesehen war, die Zeitfrage entlang zweier Linien auf die verschiedenen Gestaltungsentwürfe zuzuführen. Zum einen sollten die verschiedenen Akteur_innen des Projekts jeweils ihr Thema, ihre Expertise oder ihr Politikfeld in die zeitliche Dimension übersetzen, um zu (re-)formulieren, was ihr Thema, ihre Expertise, ihre Politikfeld in zeitlicher Hinsicht bedeutet; so sollte die Heterogenität der Diskutanten und der Ansätze berücksichtigt und zugleich in die gemeinsam Dimension Zeit „versetzt“ werden. Zum anderen sollten dadurch auch bestimmte Kontroversen, die im wie außerhalb des Projekts im Raum stehen oder die sich bereits blockieren, auf das neutrale „Terrain“ Zeit gleichsam verlagert und dort ausgetragen werden. Im Idealfall könnten verschiedene Ansätze und bestehende Kontroversen und Konflikte auf den „vorsichtigen Universalismus“ zielen, den die Zeit bietet, um von ihm her, bei allen bestehenden Unterschieden, gemeinsam nach den gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie zu suchen.

V.

Ergebnisse des Projekts: Ansätze für eine solidarische Umgestaltung

Auch wenn die Situation eines toten Punktes von vornherein bewusst und sogar Ausgangspunkt des gesamten Projekts gewesen war, und auch wenn in Rücksicht darauf das Projektergebnis bewusst offen gehalten worden war, bestand doch bei aller Zurückhaltung die große Herausforderung und Hoffnung darin, konkrete Gegenentwürfe im Bereich der Arbeitsverhältnisse zu finden. Diese Hoffnung blieb für das Verfahren und die Diskussionen leitend. Idealerweise sollten die Gegenentwürfe einerseits wissenschaftlich fundiert und andererseits politisch vermittelbar und mobilisierungsfähig sowie praktisch durchsetzbar und umsetzbar sein. Dem Projekt ist zwar wie erwartet nicht der eine große (Gegen-)Entwurf gelungen. Aber ihm gelang eine Einigung und Zuspitzung auf das Thema Arbeit und Zeit, und zu diesem Thema wurden wiederum mehrere Gestaltungsmöglichkeiten entworfen und diskutiert. Sie sind weniger fertige Konzepte als vorläufige Vorschläge. Die Gestaltungsvorschläge repräsentieren Diskussionsstände, sie wurden im Projekt heterogen und kontrovers diskutiert und sind vorerst noch grob. Sie müssen daher fortgeführt werden, sei es im ISM und in den Stiftungen, sei es in den Herkunftsorten und Herkunftorganisationen der am Projekt Beteiligten oder auch von den Projektleitern selbst. Entsprechen der heterogenen Zusammensetzung im Projekt repräsentieren die verschiedenen Vorschläge auch den aktuellen Stand dessen, was in der kritischen Wissenschaft, in den Gewerkschaften, in der Politik und in den sozialen Bewegungen diskutiert wird, aber eben nur selten gemeinsam, kontinuierlich und mit denselben Beteiligten diskutiert wird.

Gerade wegen ihres un abgeschlossenen und diskursiven Charakters bietet es sich an, die Vorschläge in die jeweiligen Diskussionsstände einzubetten und im Folgenden beides zusammen zu präsentieren. Das ist auch darum sinnvoll, weil die Entwürfe von unterschiedlichen Befürwortern vertreten wurden und entsprechend unterschiedliche politische Ausrichtungen und soziale und politische Akteur_innen daran hängen oder davon angesprochen werden könnten. Die Entwürfe wurden in einer Art aufsteigenden Stufenfolge entwickelt, ausgehend von:

- den Erwerbsarbeitsverhältnissen, den Beschäftigten und den Unternehmen, über
- die Einbettung der Arbeitsverhältnisse in die materielle und soziale Sicherung bis zu
- der übergreifenden Struktur, in der sich sowohl die Arbeitsverhältnisse als auch die sozialen Sicherung befinden: die EU und ihre aktuelle(n) Krise(n).

Durch alle drei Ebenen mit ihren Gestaltungsentwürfen zogen sich zwei gegensätzliche Herangehensweisen. Die beide Handlungsweisen (und ihr Gegensatz) werden durch die jüngste Entwicklung für die aktuelle Situation geradezu herausgefordert: Geht es darum, bestimmte Standards und Regelungen, Einhegungen und Sicherheiten wieder einzuführen und die bestehenden zu verteidigen? Oder geht es eher um einen Umgang mit den veränderten Verhältnissen, um eine Anpassung und Suche nach neuen Formen, um die jüngste Entwicklung gleichsam nach vorne aufzulösen oder sogar noch (wie es zurzeit z.B. die philosophische Strömung des Accelerationismus fordert) zu beschleunigen oder von bestimmten Blockaden zu befreien?

V.1. Die Gestaltungsvorschläge und die Diskussionsstände auf der Ebene Erwerbsarbeit, Beschäftigte und Unternehmen

Zwei „Klassiker“ bestimmten auf dieser Ebene nach wie vor die Diskussion im Projekt, und beide sind wohl auch weiterhin große Bedürfnisse in der Bevölkerung. Es ist zum einen das Thema Arbeitszeitverkürzung und zum anderen das Thema soziale (Grund-)Sicherheit.

Arbeitszeitverkürzung

In allen Diskussionsgruppen wurde in Bezug auf die Erwerbsarbeitszeit festgestellt, dass es in der Bevölkerung allseits das Bedürfnis gibt nach weniger Arbeit und mehr freier Zeit, und es gibt zudem allseits das Bewusstsein, dass eine Arbeitszeitverkürzung und eine Absenkung des Vollzeitstandards angesichts der anhaltenden Produktivkraftsteigerung sowie angesichts einer ungerechten Verteilung der Arbeitszeiten und -lasten eigentlich auf der Tagesordnung steht.

Ebenso allseitig ist allerdings auch die Ratlosigkeit, wie die Arbeitszeit angesichts der Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse noch einheitlichen Regelungen und Normierungen unterzogen werden könnte. Die Schwierigkeit liegt insbesondere darin, dass die Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit in vielen Bereichen derart unscharf und fließend geworden ist, dass es keine klar definierbare und eingrenzende Arbeitszeit mehr gibt, die in Wert gesetzt wird. Stattdessen werden in vielen Bereichen der Erwerbsarbeit zunehmend Arbeitsinhalte und -ergebnisse individuell ausgehandelt und verrechtlicht (freie Verfügung über Arbeitszeit durch Zielvereinbarungen, projektbasierte Arbeit, Werkverträge etc.). Zudem wird die Arbeitskraft zunehmend auf ebenso umfassende und „ganzheitliche“ wie vielfältige Weise in Anspruch genommen. Einheitliche Arbeitszeit-Regelungen sind zwar noch in der Industrie und im öffentlichen Dienst zu finden. Aber selbst hier werden ehemals geregelte Arbeitszeiten entgrenzt, auch hier gibt es eine Vielfalt von scheinselfständiger Arbeitsverhältnisse (Vertrauensarbeitszeit, leistungsbezogene Entlohnung, Anreiz- und Bonussysteme usw.). Und wo in den letzten Jahrzehnten tatsächlich Arbeitszeitverkürzungen stattfanden, hat das letztlich zur Intensivierung, Verdichtung und Beschleunigung der Arbeit geführt. Darüber hinaus wurden ganze Arbeitszweige ausgelagert und in die Selbstständigkeit entlassen (mithin in eine beschränkte Zeitsouveränität im Rahmen bestimmter Zielvereinbarungen oder -vorgaben). Es gibt zwar auf der Ebene der Unternehmen und Betriebe mittlerweile eine Vielfalt von Regelungen mit einzelnen Beschäftigten über Arbeitszeiten. Aber das sind fast immer individuelle Abmachungen oder Ausnahmen, also gerade keine transparenten und allgemein verbindlichen Regelungen mit Rechtsanspruch.

Diese Entgrenzungen der Arbeitsverhältnisse sind eingebettet in einen ökonomischen und politischen Kontext, der Arbeitszeitverkürzungen ebenfalls schwierig macht:

- Das primäre Problem ist das Verhältnis von Arbeitszeit und Entlohnung: Die Arbeitszeit und ihre

„Zwei ‚Klassiker‘ bestimmten nach wie vor die Diskussion im Projekt, und beide sind wohl auch weiterhin große Bedürfnisse in der Bevölkerung. Es ist zum einen das Thema Arbeitszeitverkürzung und zum anderen das Thema soziale (Grund-)Sicherheit.“

Verkürzung können nicht unabhängig von ihrer In-Wert-Setzung diskutiert werden, mithin von Verteilungsfragen und von der – zudem uneinheitlichen – Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

- Kaum weniger Schwierigkeiten bereiten die ökonomische und politische Repräsentation der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse: Deren Entgrenzung, Individualisierung und Flexibilisierung haben dazu geführt, dass kein einheitlicher Zugriff und keine einheitlichen Regelungen möglich scheinen; sie dürften jedenfalls im Fall von Arbeitszeitverkürzungen noch schwieriger sein als z.B. beim Thema Mindestlohn.

- Eine bloße Arbeitszeitverkürzung läuft zudem ins Leere, wenn die gewonnene Zeit wieder von bestimmten Reproduktionsnotwendigkeiten, der Freizeit- und Konsumkultur sowie vom Standardmodell männlicher Erwerbs- und Lebensbiographien absorbiert wird. Das Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit und Freizeit sollte nicht einfach rein quantitativ zugunsten der Freizeit verschoben werden, und Freizeit sollte auch nicht einfach nur das Andere der Erwerbsarbeitszeit sein. Vielleicht sollte der Begriff Arbeitszeitverkürzung daher vermieden werden: Es geht um einen neuen Umgang mit der Grenze von Erwerbsarbeitszeit und Freizeit, der auch Arbeit und Freizeit selbst verändert und ihnen vielleicht sogar einen anderen Status verleiht; hier wäre jedenfalls am ehesten ein Ansatz, um diejenige allgemeine Entwicklung und diejenige Entgrenzung, die ohnehin im Gange ist, nach „vorne“ aufzulösen, statt sie zurückzudrängen oder einzuhegen.

- Auf diese Grenze zwischen Erwerbsarbeitszeit und freier Zeit zielt auch die entscheidende Frage: Wem gehört die Arbeitszeit? Bekanntlich kann Zeit nicht unbemerkt geklaut, sondern nur „geraubt“ werden – in der kapitalistischen Ökonomie wird darum die Legitimität der Aneignung von Arbeitszeit buchstäblich erkaufte, d.h. die Arbeitskraft muss ihre Arbeitszeit freiwillig wie eine Ware verkaufen. Zu dieser Notwendigkeit des freiwilligen Verkaufs gehören, neben der alltäglich verkauften Zeit, auch Fragen wie: Wer entscheidet über Anfang und Ende der Beschäftigung, ob im Sinne der alltäglichen Arbeit oder des Ein- und Austritts auf dem Erwerbsleben? Wer entscheidet über Investitionen in Arbeitskraft und Arbeitszeit? Wo und für was wird die Ware Arbeitskraft und ihre Arbeitszeit angewandt? In welche Bereiche fließen diejenigen Kapital- und Finanzströme, die Arbeit mobilisieren, oder vielmehr, wo fließen sie nicht hin?

- Die Arbeitsmarktpolitik aller Parteien und die politischen Maßnahmen des Staates zielen stets auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie auf ökonomisches Wachstum, all das zudem in nationaler Standortperspektive; in eine ähnliche Richtung geht auch die Politik der Gewerkschaften, zumal für viele Beschäftigte die Arbeitsplatzsicherheit wichtiger ist als eine Arbeitszeitverkürzung.

Zusammengefasst scheint eine rein quantitative Arbeitszeitverkürzung aufgrund der fortgeschrittenen und vielleicht unhintergehbaren Entgrenzung, Flexibilisierung und Individualisierung von Erwerbsarbeitsverhältnissen und aufgrund der Abhängigkeit der Arbeitszeit von anderen Faktoren schwierig zu sein. Zudem ist das Thema Arbeitszeitverkürzung aus der politischen Diskussion weitgehend verschwunden, auch und gerade bei den Gewerkschaften, die aufgrund ihrer negativen Erfahrungen Abstand von Kämpfen um Arbeitszeitverkürzungen genommen haben (und sich dabei z.T. auch auf die negativen Erfahrungen der Beschäftigten berufen; allerdings sind die Gewerkschaften engagiert in der Abwehr längerer Arbeitszeiten). Wenn gleich-

wohl eine rein quantitative Verkürzung von Arbeitszeit nach wie vor ansteht, wenn sie auch unabhängig von der politischen Konjunktur des Themas ökonomisch sinnvoll ist und sich durch die beständige Steigerung der Produktivkraft auf der einen Seite und die zunehmende Arbeitsbelastung und die ungleiche Verteilung von Arbeitszeiten auf der anderen geradezu aufzwingt, dann muss die Aufgabe anders gestellt und anders bezeichnet werden. Im Projekt herrschte daher weitgehend Einigkeit, dass es statt um Arbeitszeitverkürzung um Arbeitszeitumverteilung gehen muss.

Arbeitszeitumverteilungen

Die Umverteilung von Arbeitszeit müsste mit einer allgemeinen Senkung des Vollzeitstandards und mit einer Umverteilung der Arbeitszeiten und -lasten einhergehen, mithin mit einer Neuordnung des Verhältnisses von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Reproduktionstätigkeit sowie mit einer Neuordnung der Geschlechterverhältnisse.

Umfragen belegen zudem, dass gerade in Deutschland der Abstand zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit im europäischen Vergleich am größten ist, und er ist wiederum bei den Frauen noch größer als bei den Männern. Auch die in der Reaktion auf die Finanzkrise eingeführten Formen der Kurzarbeit waren in der Bevölkerung erstaunlich populär.

Die Schwierigkeit auch bei einer Umverteilung statt einer bloßen Verkürzung der Arbeitszeit bleibt aber die Form der Umsetzung und Gestaltung sowie der politischen Durchsetzung. Die Ansatz- und Hebelpunkte sowie die Akteur_innen dafür sind unterschiedlich:

- Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene wären nach wie vor Staat und Gewerkschaften zuständig, etwa durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Staates, eine Abkehr von der Konkurrenz- und Wettbewerbsideologie, durch Strukturreformen und gesetzliche Neuregelungen. Vonseiten der Wissenschaft und der Gewerkschaften gibt es neben der Forderung „aus einem Arbeitsplatz zwei machen“ noch den Entwurf „30-Stunden-Woche für alle“. Umfragen zufolge wünschen sich die Erwerbstätigen jedenfalls 30-35 Wochenstunden, und zwar sowohl diejenigen, die darunter liegen, als auch diejenigen, die darüber liegen. Auch wenn entsprechende Regelungen wohl auf Branchenebene ansetzen und in Tarifverhandlungen ausgehandelt würden (für 2015 z.B. hatte die IG Metall einen Vorstoß in diese Richtung angekündigt), würden die Regelungen auf eine Absenkung des Vollzeitstandards hinauslaufen. Das neue, SPD-geführte Bundesfamilienministerium hatte bereits eine 32-Stunden-Woche für Eltern ins Gespräch gebracht. Auch wenn diese Initiative am Widerstand der CDU gescheitert ist, so gibt es doch in Teilen der Parteien Interesse und sogar aktive Bestrebungen in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung.

- Auf der Ebene der Unternehmen ist der limitierende Faktor die Personalpolitik und -bemessung; entsprechend liegt hier der Schlüssel zur Verkürzung, zur Umverteilung sowie zur Entschleunigung von Arbeitszeit. Aktuelle Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfe um bessere Personalbesetzung gibt es vor allem im Gesundheitsbereich, aber auch in Erziehung und Bildung oder in der Logistik.

- Aufseiten der sozialen Bewegungen und der Erwerbstätigen gibt es zwar ein Bewusstsein für die Situation einer allgemeinen Überlastung, und es gibt durch alle Bevölkerungsschichten und Arbeitsbereiche hindurch ein Bedürfnis nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Es gibt aber kaum sichtbare Forderungen und politische Aktivitäten. Allerdings ist die Hetze und Beschleunigung in der Arbeit – nicht nur unter den Beschäftigten – großes Thema, vor allem unter dem Schlagwort Burnout. Maßnahmen gegen Arbeitshetze und Arbeitsstress werden zurzeit z.B. in der Gewerkschaftsinitiative „Gute Arbeit“ diskutiert und in der regelrechten Streikbewegungen, die Deutschland 2015 erlebt, gefordert.

Es gibt neben der Verkürzung und der Umverteilung noch eine dritte Möglichkeit, an der quantitativen Dimension der Arbeitszeit anzusetzen, nämlich durch ihre Entschleunigung. Die Entschleunigung zielt zwar nicht unmittelbar auf die quantitative Dimension der Arbeitszeit, sondern eher auf ihre Qualität. Aber dieses Qualitative an der Arbeitszeit könnte indirekt, etwa wenn mehr Personal eingestellt würde, in die rein quantitative Umverteilung von Arbeitszeit eingehen. Diese Entschleunigung ist sicher am populärsten und steht durch Phänomene wie Beschleunigung, Stress und Burnout am stärksten in der Öffentlichkeit. Hier werden bereits eine Reihe kleinteiliger Maßnahmen versucht, die meist an den technischen Ursachen der Beschleunigung ansetzen (z.B. Email- und Handyverbot außerhalb der Arbeitszeit oder am Wochenende).

Eine radikale, wenn auch nur indirekt wirksame Form der quantitativen Arbeitszeitumverteilung und -verkürzung wäre eine wachstumskritische Neuregelung derjenigen Bereiche, die überflüssig oder gar destruktiv sind oder als tote Kosten der kapitalistischen Produktion zur Disposition zu stellen wären (Militär, Überwachungsapparat und Sicherheitsdienste, Atomkraft, Gen-Technik). Auch wenn hier die staatliche Ebene angesprochen ist, müsste der Druck vonseiten der Beschäftigten und vor allem der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen ausgehen. Für die Rüstungsunternehmen z.B., aber auch für das zugehörige Umfeld (Forschung, militärische Infrastruktur, Bundeswehr), könnten die Konzepte der Konversion und der Diversifikation wieder aufgegriffen werden. Sie wurden im Umfeld der Friedensbewegung und der Gewerkschaften in den 1980er Jahren diskutiert, sind aber weitgehend in Vergessenheit geraten, obwohl es nach 1989 bereits positive Erfahrungen im Zuge der Umstrukturierung des Militärapparates der DDR gab. Solche Umstrukturierungen und Umwidmungen könnten auch auf andere gesellschaftliche Bereiche angewandt werden.

Synchronisierungen und Abstimmungen von (Arbeits-)Zeiten

Der Kampf um die Länge und die Entlohnung der Arbeitszeit spielt sich nicht nur zwischen den Erwerbstätigen und den Arbeitgebern ab (oder kurz, zwischen Arbeit und Kapital), es gibt auch unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufseiten der Erwerbstätigen, einschließlich der Erwerbslosen. Während der Kampf zwischen Arbeit und Kapital um die Arbeitszeit und ihre Entlohnung der vielleicht unversöhnliche Widerspruch schlechthin bleiben wird (und insofern, wie in der Diskussionsgruppe Historisches Gedächtnis diskutiert, weder endgültig lösbar noch integrierbar ist), gilt es für die unterschiedlichen (Zeit-)Interessen aufseiten der

Erwerbstätigen und Erwerbslosen demokratische Aushandlungsprozesse und Lösungen zu finden. Die Lösungen könnten vor allem in Synchronisierungen bestehen zwischen denen, die gerade arbeiten, und denen, die diese Arbeiten in Anspruch nehmen, z.B. Ladenöffnungszeiten, Dienstleistungen, Logistikbranche etc.; eine Synchronisierung könnte aber auch zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen sinnvoll sein, hier im Sinne einer Neuaufteilung und Umverteilung von Arbeit(-szeit).

Es gibt zudem eine Vielfalt von Möglichkeiten, (Arbeits-)Zeiten innerhalb der Arbeitsverhältnisse neu zu regeln sowie die Grenze von Erwerb und Nicht-Erwerb neu zu bestimmen. Die Neuregelungen und Neubestimmungen betreffen z.B. das Verhältnis von Kernbelegschaft zu Leiharbeitern und zu outgesourcten Bereichen und Zulieferern, Generationenverträge in Bezug auf Aus- und Einstiege in das Berufsleben, Übertragbarkeit von Arbeitszeitkonten bei Betriebswechseln u. Ä. Für solche Regelungen wären Gewerkschaften und Betriebsräte erste Ansprechpartner und wohl auch die entscheidenden Akteure.

Auszeiten

Eine Form, die alle drei Dimensionen der Arbeitszeit betrifft: erstens die quantitative Verkürzung, zweitens die Umverteilung und drittens die qualitative Entschleunigung, sind Auszeiten. Unter Auszeiten lässt sich eine ganze Reihe von Vorschlägen zusammenfassen, grundsätzlich können sie aber an zwei entgegengesetzten Enden ansetzen, nämlich einerseits an der Gesellschaft und ihren Institutionen und andererseits an der individuellen (Erwerbs-)Situation. Letztlich zielen Auszeiten zwar auf eine Arbeitszeitverkürzung, aber in Form eines aktiven Zeit-Nehmens. Sie könnten eine Antwort auf die große Frage sein, wie die Gesellschaft sich diejenige Zeit aktiv und praktisch nehmen kann, die durch die Steigerung der Produktivkraft gewonnen und die doch entzogen wird, die also nicht positiv anwesend oder positiv gegeben ist. Im Gegenteil, bislang führt diese Steigerung eher zu Wachstum und Beschleunigung, zu Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch als zu mehr freier Zeit, ja, dieses Wachstum, diese Beschleunigung und dieser Ressourcenverbrauch verbrauchen nicht nur einfach weiterhin die Ressource Zeit, sondern sie eignen sich genau diejenige Zeit an, die durch die Einsparung von Arbeitszeit und die Steigerung der Produktivkraft gewonnen wurde. Sie eignen sich eine Zeit an, die statt als Wachstum, Beschleunigung etc. als frei Zeit zur Verfügung stehen müsste.

Wenn unsere Gesellschaft schon nicht in der Lage ist, Arbeitszeiten bewusst gesellschaftlich zu planen und kollektiv über „ihre“ Zeit zu verfügen, kann sie dann gleichwohl zumindest zeitweise kollektiv aus ihrem eigenen Zeitregime aussteigen und sich Zeit nehmen? Oder könnte sie individuelle zeitweise Auszeiten einräumen? Wie könnten zu bestimmten Zeiten gesellschaftliche oder individuelle Auszeiten in das aktuelle Zeitregime eingezogen werden? Bislang treten solche Auszeiten eher ungeplant und ereignishaft ein (Katastrophen, WM-Finale), aber nicht durch ein aktives und kollektives Zeit-Nehmen. Dieses Zeitnehmen im Sinne einer aktiven und umfassenden, nicht auf klassische Arbeitszeitverkürzung beschränkten Zeitpolitik wurde in der Geschichte bisher vor allem rund um das „Recht auf Muße für alle“ und das „Recht auf Faulheit“ diskutiert. Die naheliegendste Form wären (gesetzlich) garantierte Freistellungen für bestimmte Tätigkeiten oder Anlässe

und bedingungslose Auszeiten. Solche Freistellungen und Auszeiten müssten wie ein Grundrecht formalisiert werden und könnten an verschiedenen Stellen im Alltag und im Lebensverlauf einsetzen (garantierte, individuell verfügbare freie Tage, Freistellung für Bildung und politische Aktivitäten, Sabbaticals, Auszeiten und Freistellungen für Kindererziehung und Sorge-Arbeit). Kurze Freistellungen und Auszeiten werden mittlerweile dann akzeptiert, wenn sie gesellschaftlich akzeptierten Aufgaben dienen (etwa wenn das Kind krank ist oder aus der Kita abgeholt werden muss oder für dringende Fälle von Sorge-Arbeit). Entscheidend wäre aber, sie: 1. wie ein bedingungsloses Grundrecht zu formulieren und gesetzlich zu garantieren und 2. zu bezahlen, wobei der Lohnausgleich, aus Gründen der Finanzierbarkeit und um die ohnehin vorhandene Lohnspreizung nicht noch zu verschärfen, vor allem die unteren Einkommenschichten betreffen müsste.

Solche Auszeiten könnten, gerade wenn sie bedingungslos bleiben, bloße Muße-Zeiten aufwerten. Sie könnten darüber hinaus aber auch gezielt für bestimmte soziale, politische oder kulturelle Tätigkeiten eingerichtet werden und hier ebenfalls zu einer Aufwertung führen; Auszeiten entsprächen dann Freistellungen für ein allgemeines gesellschaftliches Engagement und wären der Erwerbs-Arbeitszeit gleichgestellt. Sie würden zudem einer Arbeitszeitverkürzung gleichkommen und könnten bei entsprechender Ausgestaltung die Lohnspreizung mildern und evtl. zusätzliche Beschäftigung schaffen.

Die dritte Stufe wären – nach erstens bedingungslosen Auszeiten und zweitens Auszeiten für soziales, politisches oder kulturelles Engagement – an bestimmte individuelle Zwecke oder Notwendigkeiten gebundene Auszeiten, z.B. für Sorge-Arbeit.

Alle diese Auszeiten könnten wie ein Generationenvertrag analog dem Rentensystem funktionieren, wären dann aber nicht finanzieller, sondern zeitlicher Natur.

Gesamtgesellschaftliche Auszeiten

Das große Vorbild für ebenso einheitliche wie bedingungslose Auszeiten sind religiöse Fest- und Feiertage. Sie waren Auszeiten, die sich religiöse Gemeinschaften nahmen, um gesellschaftlichen Reichtum zu verfeiern und rauschhaft zu verausgaben, sie konnten aber auch der inneren Einkehr und Askese dienen; in beiden Fällen erhielten diese besonderen Zeiten eine religiöse Bestimmung und markierten Zäsuren im Alltag. Demgegenüber machen gesetzliche Fest- und Feiertage zwar eine Säkularisierung durch, aber auch hier geht es darum, den Alltag zu unterbrechen. Unsere Gesellschaft könnte sich dadurch auszeichnen und aufgeklärt geben, solchen Auszeiten nicht nur dem Konsum des produzierten materiellen Reichtums zu widmen, sondern die (Aus-)Zeit selbst als den gesellschaftlich zu produzierenden und zu feiernden Reichtum zu begreifen und möglichst viel von diesem Reichtum zu erwirtschaften – erst dann würde die einst religiöse Bestimmung durch und durch säkularisiert. Der gesellschaftliche Charakter der Auszeiten und ihre gesetzliche Gestaltung wirken einerseits ent-individualisierend, weil sich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit einen Freiraum einräumt; einen zeitlichen Freiraum allerdings, der andererseits weitgehend individuell gestaltet und ausgelebt werden kann – ganz im Sinne der gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie.

Individuelle Auszeiten

Eine Ebene „unter“ den gemeinsamen, gesamtgesellschaftlichen Auszeiten liegen gesetzlich garantierte oder geregelte Auszeiten wie Urlaubsansprüche, Elternzeit, Renteneintrittsalter u. Ä. Solche Auszeiten haben den Charakter einer Freistellung von der jeweiligen Erwerbsarbeit und ließen sich z.B. gestalten:

- über Lohnersatzleistungen bei Freistellungen
- Zeitfondsmodelle wie in Schweden
- demographische Tarifverträge und Zeitkonten (z.B. eine an Alter und demographische Entwicklung angepasste, innerbetriebliche Umschichtung von Einkommen und Arbeitszeiten zwischen den Beschäftigten oder innerhalb der individuellen Erwerbsbiographie)
- das Recht oder die Option auf bestimmte (Eigen-)Zeiten (Qualifikation und Weiterbildung, Elternzeiten und Kinderbetreuung, soziales Engagement, Care-Arbeit, Mußezeiten, Urlaub auch für Sozialleistungsempfänger). Zwei besonders fortgeschrittene und ausgearbeitete Überlegungen sind Sabbaticals und Lebensphasenmodelle.

Sabbaticals

Hier ginge es um die Verallgemeinerung von Auszeiten, die zunächst in der Wissenschaft zur Forschung, zur individuellen Weiterbildung und zur persönlichen (Neu-)Orientierung eingerichtet wurden. Im Sinne dieser Idee, aber auch im Geist der ursprünglich religiösen Herkunft des „Sabbatjahrs“ geht es darum, für einen längeren Zeitraum Abstand vom Erwerbsleben zu nehmen, um sich intensiv anderen Dingen zu widmen – oder auch, um intensiv innezuhalten, und sei es präventiv zur Vorbeugung einer drohenden Überlastung. Da Sabbaticals in der Erwerbsarbeit eingebettet bleiben, sind sie ein längeres, aber befristetes Aussetzen und Unterbrechen speziell der Erwerbsarbeit mit anhaltender Entlohnung und anschließender Rückkehr. Ähnlich einem bedingungslosen Grundeinkommen wären solche verallgemeinerten Sabbaticals als bedingungslose Auszeiten zu konzipieren, d.h. sie wären (gesetzlich) garantierte und an keine Zwecke und Aufgaben gebundene Zeitbudgets, die mit einer (evtl. verringerten) Lohnfortzahlung und einer Arbeitsplatzgarantie einhergehen müssten. Eine solche Institutionalisierung eines „Ausstiegs auf Zeit“ würde alle Unternehmen in ungefähr gleichem Maße zwingen, die Auszeiten durch das Einstellen zusätzlicher Erwerbstätiger zu ergänzen, sodass zwangsläufig neue Arbeitsplätze entstünden. Oder vielmehr würden bereits bestehende Arbeitsplätze gleichsam aufgeteilt und dadurch vermehrt, ganz im Sinne der oben angesprochenen Arbeitszeitumverteilung.

Lebensphasenmodelle

Die Lebensphasenmodelle sollen zu einer Umkehr im Verhältnis von Erwerbsarbeit und dem Privaten beitragen. Da das Private einerseits zunehmend Restgröße geworden ist, andererseits hier weiterhin und sogar in steigendem Maß die Belastungen der Erwerbsarbeit bewältigt werden, müsste die Umkehr am Verhältnis Erwerb und Nicht-Erwerb ansetzen und die Verhandlungsposition der Nicht-Erwerbszeit sowie ihre Stellung im Leben stärken. Die privaten Bedingungen der Arbeitnehmer_innen müssten in Verhandlungen über Ar-

beitsbedingungen in demselben Maße anspruchsberechtigt sein wie die Arbeitgeber und die Kapitaleseite. Entsprechend müsste eine „Waffengleichheit“ für Aushandlungsprozesse hergestellt werden. Die Stärkung der Verhandlungsposition und eine Neuorientierung und Neuausrichtung im Verhältnis Erwerb / Nicht-Erwerb hätten wiederum Folgen für die Personalpolitik und die Personalreserve.

Sowohl die Lebensphasenmodelle als auch die Sabbaticals kämen einer Entlinearisierung des biographischen Alterungsprozesses entgegen oder würden dessen Linearität zumindest durchbrechen, etwa wenn Auszeiten für ein Promovieren im Alter genommen oder zum Nachholen fehlender Abschlüsse genutzt werden oder wenn die modernen Reproduktionstechniken es ermöglichen, Schwangerschaften in ein höheres Alter zu verschieben. Die individuellen Freiheitsgewinne kämen dann (Zeit-)Sprüngen im Lebenslauf gleich.

Da die Erosionen und Entgrenzungen in den Erwerbsarbeitsverhältnissen zu deren Differenzierung und Vielfältigung mit entsprechend unterschiedlichen Bedürfnissen geführt haben, müssten die Lebensphasenmodelle, so allgemeinverbindlich und gesamtgesellschaftlich sie auch angelegt sein müssten, entsprechend individuell und flexibel ausfallen. Es gibt zwar bereits eine Fülle von Regelungen in diesem individuellen Sinne, allerdings sind sie alle aus der Erwerbsarbeit abgeleitet und eben als individuelle Einzelfallregelung gestaltet. Eine echte Reform und eine tatsächliche lebensphasenspezifische Ausrichtung – die auch vom Gleichstellungsbericht der Bundesregierung gefordert wird – müsste dagegen vom Nicht-Erwerb her entworfen werden, und sie müssten insofern ent-individualisierend wirksam sein, als sie als bedingungslose Grundzeit konzipiert wird (auch wenn dieser Ausgangspunkt die konservativen Lebensnormen im Privaten und im Reproduktionsbereich und die Internalisierung neoliberaler Techniken des Selbst nicht überwinden wird. Zudem wird dadurch auch der Streit nicht entschieden, ob die Care-Arbeit auf freiwilliger Basis oder durch Professionalisierung und Kommodifizierung zu organisieren sei).

Grundsätzlich sollten Lebensphasenmodelle Zeitressourcen und -optionen so entlang der individuellen Erwerbsbiographie und dem Längsverlauf des Lebens zu Verfügung stellen, dass sie einerseits Lebensentwürfen, aber auch Lebensrisiken entgegenkommen und andererseits kollidierende Lebensphasen entschärfen (etwa wenn in der „rush-hour des Lebens“ Berufseinstieg und hoher Karrieredruck samt niedriger Bezahlung zusammenfallen mit der Familiengründung, oder wenn Berufsroutine und gute Bezahlung dann einsetzen, wenn die Kinder ohnehin aus dem Haus sind). Solche Regelungen könnten etwa Zeitkonten sein, die eine „feste Variable“ haben im Sinne eines einklagbaren Rechts auf bestimmte Eigenzeiten, die zugleich nicht eigens begründet werden müssen. Im Zuge dessen könnten die vielen auf informeller Ebene bereits getroffenen Regelungen zu offiziellen, einklagbaren Rechten werden, um die Erwerbszentrierung zurückzudrängen und anderen Bereichen (zeitlichen) Vorrang einzuräumen. Lebensphasenspezifische Regelungen sollen die individuelle Autonomie stärken, indem sie langfristige Planungen ermöglichen und wie das zeitliche Äquivalent einer materiellen Sicherheit wirken.

Eine solche Verrechtlichung lebensphasenspezifischer Regelungen wäre Teil einer grundsätzlichen Transformation im Bereich der Arbeitsverhältnisse und würde doch auf einer Linie mit der ohnehin stattfindenden

Flexibilisierung und Entgrenzung liegen. Sie wären also am ehesten eine der Maßnahmen, welche die jüngste Entwicklung nach „vorne“ auflösen könnten.

Genau darum wurde allerdings in den Projektdiskussionen darauf hingewiesen, dass solche lebensphasenspezifischen Modelle und Regelungen nicht zum nächsten Schritt im neoliberalen Zeitmanagement führen dürften. Gerade der Neoliberalismus habe eine Ambivalenz in der „List der Vernunft“ und eine „Ironie der Geschichte“ immer dann offenbart, wenn er Forderungen und Entwürfe ausgerechnet progressiver Kräften aufgegriffen und für sich umgesetzt hat (z.B. die Forderung im Zuge der '68er Bewegung nach mehr Autonomie, Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung). Die Lebensphasen sollten den Einzelnen weniger an die Erfordernisse der Erwerbsarbeit als vielmehr umgekehrt die Ökonomie an die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen außerhalb der Erwerbsarbeit anpassen. In jedem Fall gilt es zu verhindern, dass flexible Lebensphasenmodelle das neoliberale Zeitmanagement auf die individuelle Lebenszeit ausdehnen und statt der individuellen Autonomie das unternehmerische Selbst stärken.

Erwerbsbiographie, Lebensarbeitszeit, Ein- und Austritt aus dem Erwerbsleben

Die quantitative Dimension der Arbeitszeit hängt nicht nur von der alltäglichen Arbeitszeit ab, sondern auch vom Eintritt und dem Austritt aus dem Berufsleben. Der Austritt hängt wiederum außer vom Eintritt in die Erwerbsarbeit auch von der Gesamtlebensarbeitszeit und der Erwerbsbiographie ab, d.h. von der erreichten Alterssicherung und der Rente.

Zurzeit gibt es Bestrebungen, das Rentenalter heraufzusetzen, um Menschen länger in der Erwerbsarbeit zu halten und damit die Lebensarbeitszeit faktisch zu verlängern.

V.2. Zeitwohlstand und -autonomie durch materielle und soziale (Grund-)Sicherungen

Die Absicherung der Arbeitsverhältnisse, und zwar gerade der zunehmenden atypischen Arbeitsverhältnisse (die mittlerweile selbst Teil der Normalität geworden sind und sogar mitbestimmen, was gegenwärtige Normalität überhaupt ist) – die Absicherung der Arbeitsverhältnisse war das zweite durchgehende Diskussionsthema neben den Formen der Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit. Und ähnlich wie bei der Arbeitszeitverkürzung war die Frage, ob es um das Bewahren und Stärken erkämpfter, „klassischer“ Formen der sozialen Sicherung geht oder um neue Formen wie das bedingungslose Grundeinkommen. Das BGE setzt zwar weiterhin einen (staatlich-institutionellen) Umverteilungsmechanismus voraus, und es ist letztlich auch weiterhin auf eine finanzielle Umverteilung angewiesen, die aus der Verwertung von Arbeit und Kapital und den Erwerbsarbeitsverhältnissen gewonnen werden muss. Es zielt aber explizit auf eine teilweise Entkopplung des Einkommens von der individuellen Erwerbsarbeit und Erwerbsbiographie.

Seit geraumer Zeit stehen sich erwerbsorientierte, auf klassische soziale Sicherungen bauende Positionen einerseits und Forderung nach neuen Formen wie dem BGE andererseits relativ vermittlungslos gegenüber, und eine der Hausforderungen des Projekts war, die beiden Ansätze durch die zeitliche Dimension auf ein gleich-

sam neutrales – eben zeitliches – „Terrain“ zu verlagern. Obwohl beide Ansätze einer materiellen (Grund-)Sicherung nicht unmittelbar auf die Zeit zielen, tragen sie zur Zeitsouveränität und Zeitautonomie bei und könnten gezielt darauf ausgerichtet werden. Sie könnten sogar noch stärker als Maßnahmen zur Arbeitszeit die gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle (Zeit)Autonomie herstellen. Im Folgenden werden daher ganz unterschiedliche Formen unter dem Stichwort „materielle und soziale Sicherung“ zusammengefasst.

Obwohl beide Ansätze einer materiellen (Grund-)Sicherung nicht unmittelbar auf die Zeit zielen, tragen sie zur Zeitsouveränität und Zeitautonomie bei und könnten gezielt darauf ausgerichtet werden. Sie könnten sogar noch stärker als Maßnahmen zur Arbeitszeit die gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle (Zeit)Autonomie herstellen. Im Folgenden werden daher ganz unterschiedliche Ansätze unter dem Stichwort „materielle und soziale Sicherung“ zusammengefasst.

Umverteilung / Rückverteilung

Der unstrittigste Ansatzpunkt in der Diskussion war die Notwendigkeit finanzieller Umverteilung. Allerdings hat auch hier die Diskussion einen anderen Begriff erforderlich gemacht, genau wie im Fall von Arbeitszeitverkürzung, wo der Begriff der Arbeitszeitumverteilung bevorzugt wurde: Es geht weniger um eine Umverteilung von Reichtum als vielmehr um eine Rückverteilung.

Der Begriff Rückverteilung soll zuallererst ein Bewusstsein dafür schaffen, dass jede Art von Einkommen immer schon und von vornherein das Ergebnis von gesellschaftlicher (Um-)Verteilung und von Kräfteverhältnissen ist – und kein natürliches, an sich gerechtes Primäreinkommen der verschiedenen ökonomischen Akteure, das danach erst Umverteilungsmechanismen und Aushandlungsprozessen unterzogen wird. Umverteilungen sollten nicht als Forderungen nach nachträglichen und äußerlichen Eingriffen des Staates und seiner Institutionen dargestellt werden, vielmehr legitimieren sie sich durch die ungerechte Verteilung schon auf der Ebene der Primäreinkommen; zumal wenn dieses Einkommen auf Kapitalbesitz beruht oder durch solchen Besitz begünstigt wird. Die Kritik müsste vor allem diejenigen Techniken der Aneignung und Umverteilung betreffen, die in den Jahrzehnten des Neoliberalismus und des Finanzkapitalismus durch die Finanzialisierungen und Kommodifizierungen, die Privatisierungen und die Deregulierungen, den Umbau der sozialen Sicherungssysteme und die Steuerpolitik etabliert wurden, Techniken, die oft nicht unmittelbar als Aneignungs- und Umverteilungsmechanismen durchschaubar sind, die aber in den letzten drei Jahrzehnten zu einer gewaltigen Umverteilung des Reichtums zugunsten der Kapitalbesitzer und der oberen Einkommensschichten geführt haben. Es ginge folgerichtig weniger um eine bloße Neuverteilung von Reichtum als vielmehr um eine Veränderung dieser Techniken und der Mechanismen seiner Aneignung und Verteilung, und bei der Veränderung dieser Techniken und Mechanismen ginge es wiederum um eine Steuerung und Neuausrichtung der Finanz- und Einkommensströme.

Die ebenso selbstverständliche wie unscheinbare Forderung nach einer Rückverteilung könnte also zu den Techniken der Aneignung und (Um-)Verteilung von Reichtum, Kapitalbesitz und Einkommen führen und so

die bestehende Ökonomie grundsätzlich problematisieren, als der Begriff Rückverteilung vermuten lässt. Spätestens wenn diese Mechanismen und Techniken einbezogen werden, zielt die Rückverteilung zudem indirekt auch auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Eine andere Aneignungs- und Verteilungsweise des Reichtums wirkt auch auf die Bedingungen seiner Produktion ein, und schon diese Rückverteilung allein hätte entlastende Auswirkungen auf die Zeitökonomie und die Zeitregime.

Diese radikale Form der Rückverteilung, die auf eine Veränderung der herrschenden Techniken und Mechanismen der Aneignung und Umverteilung zielt, lässt sich von zwei Seiten her und mit unterschiedlichen Akteur_innen angehen:

- Entweder ausgehend von den konkreten Kämpfen und Auseinandersetzungen und damit vielfältig und „von unten“, etwa in den jeweiligen Arbeitsverhältnissen und auf betrieblicher Ebene. Diese Auseinandersetzung könnte auf die direkte individuelle oder kollektive Anteilnahme an den Produktionsmitteln und an Unternehmen sowie am Produktionsprozess und seinen Resultaten und Gewinnen zielen. Oder sie könnten indirekt die Privatwirtschaft in die Zuständigkeit nehmen für (ehemals) staatliche Aufgaben. Diese Formen der Rückverteilung würden zwar nicht mit der Vermögens- und Eigentumsordnung, mit der Shareholder Value Logik und mit den Techniken der Aneignung und Umverteilung radikal brechen, sie würden aber zumindest eine Verschiebung zugunsten der Arbeitsseite bewirken, wenn auch auf eher kleinteiliger Ebene.

- Oder die Umverteilung wird von den Institutionen und vom Staat her aufgezogen und über verschiedene Steuern und Abgaben auf den produzierten Reichtum geregelt.

Die naheliegendste, aber bislang noch gar nicht erwähnte Form der Umverteilung wären schlicht höhere Löhne. Allerdings ginge es auch hier darum, sie als Rückverteilung zu thematisieren, zudem ginge es darum, sie in einen übergreifenden Kontext zu stellen. So haben sich besonders in Deutschland die Löhne und Gewinne auseinanderentwickelt, und gerade durch die Verbindung von jahrzehntelanger Lohnzurückhaltung einerseits mit einer Produktivkraftsteigerung andererseits lebt Deutschland gleichsam unter seinen Verhältnissen, sodass höhere Löhne in Deutschland entlastend wären für andere Länder, insbesondere innerhalb der EU: Höhere Löhne könnten geradezu ein Zeichen der Solidarität sein. Eine Orientierung auf die Stärkung der Binnennachfrage wird zwar u.a. von Gewerkschaften und der SPD gefordert, aber recht verhalten vorgetragen und vor allem nur zaghaft in einen Zusammenhang mit der aktuellen Krise in der EU gebracht (und als deren mögliche Bewältigungsstrategie vorgeschlagen). Zuletzt haben im August 2014 Studien die Lohnzurückhaltung der meisten Branchen in der BRD noch einmal belegt und höhere Abschlüsse gefordert.

Die Rückverteilung sollte neben höheren Löhnen vor allem durch eine neue Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Kapitalsteuer, Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer) und eine Neuregelung des Banken- und Finanzsektors (s. u.) geschehen, aber auch durch Abgaben von Unternehmensanteilen und von Rechten an öffentliche Institutionen, zusammengefasst also durch eine Neuausrichtung und Neubestimmung der Geld- und Finanzströme. Welcher Weg dabei einzuschlagen ist, hängt davon ab, welche gesellschaftlichen Bedingungen gestärkt werden sollen und wofür der gesellschaftliche Reichtum und seine Umverteilung dienen sollen.

Das Bedingungslose Grundeinkommen

Dem Projekt war von Anfang an bewusst, den Konflikt zwischen Vertretern und Gegnern des Bedingungslosen Grundeinkommens aufnehmen und einen Umgang finden zu müssen; diese Auseinandersetzung war schon durch die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen gesichert gewesen. Sie war denn auch ständig präsent, allerdings wurde sie nicht eigens ausgetragen, da die Idee war, die Auseinandersetzung auf ein gleichsam neutrales Terrain zu verlagern. Ohnehin sollte das Projekt einerseits eigenständige Gestaltungsvorschläge entwickeln, andererseits ist das BGE seit langem eine eigenständige und mittlerweile weltweite Kampagne. Die Zeitfrage war daher auch darum attraktiv, weil die Zeit dieses neutrale „Terrain“ sein könnte, auf das sich der Konflikt verschieben ließe. Wir haben folgerichtig gefragt, was das BGE für das gegenwärtige Zeitregime und die Zeitökonomie bedeuten würde. Da das BGE die unmittelbare Bindung der individuellen Existenz an die Erwerbsarbeit aufbrechen und der existenziellen Unsicherheit und Prekarität, welche die aktuelle Situation nahezu weltweit beherrschen, entgegenwirken will, könnte das BGE zweifellos nicht nur eine der gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individueller Autonomie sein, es hätte auch massive Auswirkungen auf die aktuelle Ökonomie der Zeit und das Zeitregime.

Darüber hinaus könnte das BGE auch und gerade für eine Erwerbsarbeitsgesellschaft notwendig werden, die sich auf eine Zeit nach der Vollerwerbsgesellschaft einstellen muss. Durch die beständige Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist deren tendenzielle Überflüssigkeit nicht nur denkbar, vielmehr begleiten die Überproduktion der Ware Arbeitskraft und eine Surpluspopulation den Kapitalismus seit Beginn an, von der „industriellen Reservearmee“ zu Marx' Zeiten bis zur heutigen „intellektuellen Reservearmee“ und dem „internationalen Prekariat“, und die große Herausforderung für zukünftige Gesellschaften könnte sein, das fortschrittliche Potenzial, das in der Produktivkraftsteigerung liegt, zu verwirklichen. Bislang hat die Produktivkraftsteigerung, die durch die Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitskräften bewirkt wird, auch deshalb nicht zur Umverteilung von Arbeitszeit und zur Entlastung von der Abhängigkeit von Arbeit und Einkommen geführt, weil die individuelle Kopplung von Erwerb und Einkommen nicht wirklich durchbrochen wurde und in den vergangenen Jahrzehnten sogar wieder enger und existenzieller geworden ist, vor allem durch den Umbau der Sozialsysteme und die Deregulierung von Arbeit und Kapital. Wie immer die Diskutant_innen auch zum BGE standen, Einigkeit bestand immerhin darin, dass der Weg in ein Jenseits der bisherigen Vollerwerbsgesellschaft über andere Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und seiner Produktion führt.

Indes gab es neben der Rückverteilung und dem BGE auf der Ebene der materiellen und sozialen Sicherung noch einen dritten Ansatzpunkt, der die Funktion einer „gesellschaftlichen Bedingung“ (zur Stärkung individueller Autonomie) erfüllen könnte. Es ist ein auf den ersten Blick unscheinbarer Bereich, der allerdings enorm auf- und ausbaufähig wäre und dem zudem, obwohl er hier unter „materielle und soziale Sicherungen“ subsumiert wird, ein eingeständiger Charakter zukommt, nämlich die soziale Infrastruktur.

Soziale Infrastruktur

Die soziale Infrastruktur bietet sich in mehrfacher Hinsicht als zentraler Ansatzpunkt für eine solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse an. Zuerst, weil sie an eine lange Tradition und an den vielleicht zentralen Kampf der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen schlechthin anschließt, nämlich an die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese Idee ist allerdings nach der Erfahrung mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel im Realsozialismus weitgehend delegitimiert. Nicht delegitimiert hingegen und vielleicht sogar ökonomisch für eine soziale Marktwirtschaft produktiv ist die öffentliche Verwaltung und die demokratische Kontrolle derjenigen Bereiche, deren Privatisierung und Kapitalisierung sich gerade als problematisch erwiesen hat: die öffentliche und soziale Infrastruktur. Sie stellen nicht nur die allgemeinen Reproduktionsbedingungen für die Erwerbsarbeit und die Arbeitskräfte, aber auch für das Kapital zur Verfügung und sind Voraussetzung ihrer produktiven Verwertung. Diese produktive Aufgabe wird gerade infrage gestellt, wenn diese Infrastruktur derselben Logik der Verwertung, demselben Wachstumszwang und derselben Profitmaximierung folgt, ja, vielleicht entziehen sie sich z.T. sogar von sich aus dieser Logik. Jedenfalls ist es nicht allein ökonomisch sinnvoll, die soziale Infrastruktur zum Gegenstand demokratischer Diskussion zu machen und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, es ist vor allem eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Teilhabe und Teilnahme.

Die soziale Infrastruktur bietet sich des Weiteren für eine Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse an, weil sie im Konflikt zwischen den erwerbsorientierten Ansätzen und der Kritik an der Erwerbszentrierung einen Kompromiss darstellen könnte. Sie könnte zusätzlich zum bedingungslosen Grundeinkommen hinzutreten, wie das von dessen Vertretern ohnehin konzipiert wird, wäre aber keine unmittelbar finanzielle Leistung, sondern könnte als Investition in die soziale Infrastruktur einerseits produktiv für die Reproduktion der Arbeitskräfte sein und diese Funktion andererseits mit einer Weichenstellung verbinden für einen Weg aus der unmittelbaren Kopplung von Erwerb und Einkommen. Die Entkopplung würde dabei an den lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungssystemen ansetzen. Kurz gesagt, die soziale Infrastruktur könnte den Erwerbsarbeitsverhältnissen durch deren materielle Sicherungen zugute kommen und doch die Erwerbszentrierung aufbrechen. Diese Verbindung wäre eine Art Verlagerung des Konflikts, ein Ausweichen in einen Bereich, der durchaus den (Erwerbs-)Arbeitsverhältnissen und der Gleichstellung der Geschlechter zugute kommen würde, aber wie eine bedingungslose Grundsicherung analog dem bedingungslosen Grundeinkommen oder zusätzlich zu ihm gestaltet werden könnte.

Die soziale Infrastruktur könnte dadurch die oben angesprochene, nicht allein von kritischer Wissenschaft und linker Politik geforderte Umverteilung oder vielmehr Rückverteilung bewirken und dabei, wie ebenfalls gefordert, statt am bloßen Einkommen und der finanziellen Um- oder Rückverteilung an den dahinter stehenden Techniken und Mechanismen der gesellschaftlichen Aneignung und Umverteilung sowie an den Eigentumsverhältnissen ansetzen. Da die Rückverteilung und Neuausrichtung dieser Techniken und Mechanismen nicht direkt finanziell ausfallen, sondern über die Investition in die soziale Infrastruktur laufen würde, könnte

die Rückverteilung bereits produzierten Reichtums mit dessen Produktion und vor allem mit den Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, aber auch des Kapitals verbunden werden.

Die soziale Infrastruktur ist des Weiteren auch darum interessant, weil sie in Richtung der mittlerweile breiter diskutierten Idee der Commons geht, also dem Interesse für das Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische, dem Kampf um dessen Bewahrung, Rückeroberung und Erneuerung sowie darum, Commons unter den veränderten Bedingungen erneut oder sogar allererst herzustellen. Die soziale Infrastruktur könnte einer der Bereiche sein, vielleicht sogar der Bereich schlechthin, in dem dieses Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische zum Tragen kommt.

Die soziale Infrastruktur steht mehr als jeder andere Gestaltungsansatz an der Schnittstelle von Ökonomie einerseits und Politik andererseits. Sie steht vielleicht sogar an der Schnittstelle zwischen Politik und „dem Politischen“, versteht man unter dem Politischen jenes Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische im Sinne der Commons, das es allererst herzustellen und ständig gegen Kommodifizierungen, Privatisierungen und Kapitalisierungen zu verteidigen gilt. Die soziale Infrastruktur käme damit auch der seit langem anhaltenden Abkehr von den Formen repräsentativer Politik und dem Bedürfnis nach neuen und unmittelbareren Formen der Teilhabe und Teilnahme entgegen und würde das Demokratische unmittelbar praktisch erfahrbar und anwendbar machen.

Doch die öffentliche und soziale Infrastruktur kommt nicht nur der Abkehr von repräsentativen Formen der Politik und dem Bedürfnis nach demokratischen Formen der Teilhabe und Teilnahme entgegen, die Aufwertung der Infrastruktur käme auch derjenigen Entwicklung entgegen, die Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre mit dem Umbruch in eine post-industrielle, post-fordistische Gesellschaft eingesetzt hat: Sie käme der Verlagerung von Arbeitskräften aus dem Bereich der industriellen Massenproduktion in den Bereich der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion entgegen, des Weiteren der Ausweitung dieser Reproduktion sowie dem quantitativen und qualitativen Bedeutungszuwachs immaterieller Arbeiten und Dienstleistungen; die soziale Infrastruktur könnte zudem der Kommodifizierung und Ökonomisierung in diesen Bereichen entgegenwirken. Der Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion ist seinerseits, obwohl er nicht unmittelbar der stofflich-materiellen Warenproduktion und der Kapitalverwertung zu dienen scheint,

dadurch produktiv, dass er eine bestimmte Ware (re-)produziert und produktiv in Kraft setzt, die entscheidende Ware schlechthin: die Ware Arbeitskraft selbst, vor allem durch Wissensproduktion und Bildung, er sorgt aber auch für die individuelle geistige und körperliche Reproduktion, vor allem durch die Gesundheits- und Care-Ökonomie, sowie für die allgemeine kulturelle und soziale Reproduktion, hier vor allem durch den gewaltig ausgeweiteten Freizeit-, Kultur- und Dienstleistungsbereich. Mit der massenhaften Verlage-

„Die soziale Infrastruktur steht mehr als jeder andere Gestaltungsansatz an der Schnittstelle von Ökonomie einerseits und Politik andererseits. Sie steht vielleicht sogar an der Schnittstelle zwischen Politik und ‚dem Politischen‘, versteht man unter dem Politischen jenes Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische im Sinne der Commons, das es allererst herzustellen und ständig gegen Kommodifizierungen, Privatisierungen und Kapitalisierungen zu verteidigen gilt.“

rung von Arbeitskräften in den Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion und deren Ausweitung und Kommodifizierung haben sich auch die sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe in den Reproduktionsbereich verlagert. Die Diskussionen um das gute Leben, die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe: Sie finden zunehmend nicht mehr im Herzen der Produktion und ihren Orten statt, sie werden nicht mehr im Namen der Arbeit und von den großen Organisationen und Repräsentanten der Arbeit geführt, sondern haben sich in die Bereiche der Reproduktion verlagert. Die Diskussionen und Kämpfe haben sich in genau diejenigen Bereiche des Sozialen und des Öffentlichen sowie der individuellen und der gesellschaftlichen Reproduktion verlagert, deren Ökonomisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung kritisiert wird.

Auch die verschiedenen im Projekt diskutierten Ansatzpunkte für eine solidarische Umgestaltung: die Arbeitszeitumverteilung, die sozialen Grundsicherungen, die Um- und Rückverteilung, die Idee der Commons, die Wiederaneignung des privatisierten und kommodifizierten öffentlichen Raums und das Bedürfnis nach Teilhabe und Teilnahme an demokratischen Prozessen, all das ließe sich am ehesten in der sozialen Infrastruktur miteinander verbinden. Kurzum, es ist vor allem die öffentliche und soziale Infrastruktur, die der gesuchten „gesellschaftlichen Bedingung“ (zur Stärkung individueller Autonomie) entspricht.

Was nun die konkreten Ansatzpunkte für die soziale Infrastruktur angeht, so sind im Projekt die oben bereits genannten drei Bereiche Bildung/Wissen, Care-Arbeit/Gesundheit und Dienstleistungen besonders intensiv diskutiert worden:

- Nach dem Umbruch in die post-fordistische Produktionsweise sind ehemals in der industriellen Warenproduktion beschäftigte Arbeitskräfte zunehmend in diese drei Bereiche verlagert worden; diese Bereiche sind nicht nur weiterhin arbeitsintensiv, sie sind auch nur bedingt rationalisierbar. In der industriellen Massenproduktion werden zunehmend weniger Arbeitskräfte zur Produktion stofflich-materieller Waren benötigt, dafür findet zunehmend eine arbeitsintensive post-industrielle Massenproduktion immaterieller Waren und Dienstleistungen in den drei Bereichen statt. Alle drei Bereiche gehen zwar nur indirekt in die stofflich-materielle Warenproduktion und in die Kapitalverwertung ein; dafür (re-)produzieren alle drei aber diejenige Ware, die gerade für die post-fordistische Produktionsweise entscheidend ist: die Ware Arbeitskraft selbst. Sie sorgen erstens für die Qualifikation der Ware Arbeitskraft, zweitens für ihre körperliche, geistige, soziale und kulturelle Reproduktion, und sie gehen drittens in ihre allgemeinen Verwertungsbedingungen und in ihre Reproduktionskreisläufe ein.

- Dieser Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion wurde dadurch einerseits ausgeweitet und gewann ökonomisch und politisch an Bedeutung, andererseits wurde der öffentliche, politische und soziale Charakter der Reproduktion zunehmend privatisiert, kommodifiziert und finanziert. Die Arbeiten in diesem Bereich finden dadurch nicht nur warenförmig und unter Verwertungsbedingungen und Profitorientierung statt, die Arbeiten müssen auch in die Erweiterung der individuellen und der gesellschaftlichen Reproduktion eingehen und dadurch billige Massenwaren und billige Leistungen produzieren. Dass die Arbei-

ten in diesem Bereich Teil der Warenproduktion und der Profitbildung sind und in die Reproduktionskosten und in den Massenkonsum eingehen müssen, ist der Hauptgrund dafür, dass sie unter prekären Verhältnissen stattfinden und durch eine Art Neo-Taylorismus und die neoliberalen „Techniken des Selbst“ rationalisiert und effektiviert werden. Sie scheinen sogar unter diesen prekären und neoliberal restrukturierten Verhältnissen stattfinden zu müssen, damit sie zusätzlich zu den stofflich-materiellen Waren ebenfalls in die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion eingehen und bezahlbarer Teil der Reproduktionskosten werden können, ohne dass die Löhne steigen müssen. Kurzum, eine billige Massenproduktion findet nicht mehr nur in der stofflich-materiellen Warenproduktion statt, sondern auch in der immateriellen Warenproduktion in den Bereichen Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit/Care-Arbeit und Dienstleistungen.

Alle drei Entwicklungen: 1.) Die zunehmende Zahl von Arbeitskräften in den drei weiterhin arbeitsintensiven Bereichen, 2.) die Erweiterung des Bereichs der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion durch deren Kommodifizierung, Finanzialisierung und Ökonomisierung sowie 3.) der prekäre Status der Arbeitsverhältnisse in diesen Bereichen – alle drei Entwicklungen haben dazu geführt, dass der Reproduktionsbereich zunehmend politisiert und der eigentliche Produktionsbereich eher entpolitisiert wurde. In den post-industriellen, post-fordistischen Gesellschaften stehen die Bereiche aufgrund ihrer Arbeitsintensität mit vielen Beschäftigten bei relativer Rationalisierungsresistenz und aufgrund ihrer widersprüchliche Stellung innerhalb der Verwertung sowie ihres prekären Status besonders im Mittelpunkt und wären für eine Umgestaltung und Integration in die soziale Infrastruktur besonders geeignet. Die solidarische Umgestaltung könnte vor allem an denjenigen Bereichen ansetzen, die zwar die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion erweitern, die aber durch ihre Kommodifizierung auch in die Kosten dieser Reproduktion eingehen und daher für den Großteil der Bevölkerung nur zum bezahlbaren Bestandteil ihrer Reproduktion werden können, wenn sie analog den stofflich-materiellen Waren als massenhaft billige immaterielle Waren und Dienstleistungen produziert und angeboten werden. Gerade die fortgeschrittenen post-industriellen Gesellschaft müssten indes diskutieren, ob nicht bestimmte Bereiche der Reproduktion dekommodifiziert und dem direkten Verwertungszwang und der Profitmaximierung entzogen werden sollten, ja, ob diese Bereiche sich diesen Mechanismen nicht gleichsam von sich aus entziehen und unter demokratischer Kontrolle und öffentlicher Verwaltung besser aufgehoben wären. Wenn es gelänge, den Bereich der individuellen und der allgemeinen gesellschaftlichen Reproduktion wieder stärker über die öffentliche Hand zu organisieren, könnte das auf eine zumindest indirekte Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse hinauslaufen.

Neben den drei besonders arbeitsintensiven und unmittelbar an die Arbeitskraft gebundenen Bereichen Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit & Care-Arbeit sowie Dienstleistungen wäre die Bereiche Wohnen, Verkehr und Mobilität, Information und Kommunikation sowie Nahrungsmittel von Interesse. Auch sie gehören zum Bereich der Reproduktion und gehen in ihre Kosten ein, und auch sie könnten durchaus besser zum Gemeinwohl beitragen, wenn sie zumindest z.T. dem Verwertungszwang entzogen wären und demokratisch entschieden und öffentlich verwaltet würden.

Die genaue Finanzierung und Ausgestaltung muss anderswo diskutiert werden. Anspruch und Ziel ist jedenfalls, die soziale Infrastruktur und die sozialen Dienste wie Grundrechte, universelle Bürgerrechte oder eine Bürgerversicherung zu garantieren (z.B. Recht auf Mobilität, Recht auf Gesundheitsversorgung, Recht auf Wohnraum, freier Zugang zu und unbeschränkte Teilhabe an allen kulturellen, physischen und immateriellen Ressourcen, Informationen und Kommunikationsmitteln). Dann könnte die soziale Infrastruktur bedingungslose und universale (Grund-)Sicherungen und Absicherungen nach dem Prinzip der Commons bereitstellen: Vergesellschaftung der öffentlichen Bedingungen für die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion (mithin auch für die Produktivität der Arbeitskraft) durch freien Zugang, universelle Teilhabe und produktives Teilen und Beitragen. Das zielt zwar nicht direkt auf eine Regulierung der Arbeitsverhältnisse, aber auf eine (Grund-)Sicherung und Absicherung ihrer Reproduktionsbedingungen. Vielleicht eröffnet es sogar einen „dritten Weg“ jenseits von Staat und Markt.

„The Greek Experiment“: Die praktischen Erfahrungen im Aufbau einer sozialen Infrastruktur

Es gibt im Aufbau einer sozialen Infrastruktur bereits aktuelle Erfahrung und praktische Erfolge. Das betrifft vor allem Griechenland, das auch in diesem Bereich zu einer Art Experimentierfeld und Laboratorium geworden ist und international große Beachtung findet; das Projekt hat sich hier vor allem mit „Solidarity4All“ ausgetauscht. Der Aufbau einer alternativen sozialen Infrastruktur fiel in Griechenland in die Situation einer tiefen und umfassenden Krise. Wie es für eine solche Ausnahmesituation zu erwarten ist (und wie es überhaupt für den Neuanfang und Neuaufbau im Bereich des Ökonomie kennzeichnend ist), musste zunächst das „Außer-Ökonomische“ eine wegbrechende ökonomische Infrastruktur und eine unterbrochene ökonomische Reproduktion ersetzen. Das heißt schlicht: Persönliches und politisches Engagement mussten einspringen, um die individuelle und soziale Reproduktion zu sichern. Unter diesen besonderen Ausgangsbedingungen hat sich im Verlauf der Krise eine zunächst geradezu existenzielle Notwendigkeit in die Stärke einer staatlich unabhängigen, dafür aus den sozialen Bewegungen schöpfenden Selbstorganisation entwickelt; in eine Selbstorganisation, die in relativ kurzer Zeit bereits verschiedene Etappen durchlaufen hat. Anhand dieser Etappen lassen sich vielleicht die grundsätzlichen Schritte oder gar die innere Folgerichtigkeit im Aufbau einer solchen Infrastruktur nachvollziehen; jedenfalls lassen sich an ihnen die Struktur und Gliederung der sozialen Infrastruktur und die Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar machen. Bislang lassen sich drei Etappen unterscheiden.

Etappen: Aneignung und Enteignung der Krise

1. Die erste Etappe war aus der Not geboren: Nach Ausbruch der Krise war es zunächst eine schlichte Notwendigkeit, die Grundversorgung sicherzustellen und die individuelle und soziale Reproduktion zu sichern. Da bestimmte Bereiche nicht mehr Teil der ökonomischen und individuellen Reproduktionskreisläufe waren, mussten sie durch außer-ökonomische Selbstorganisation ersetzt werden. Die Selbstorganisation begann in denjenigen Bereichen, die am stärksten von der Krise betroffen waren und zugleich unmittelbar zur individu-

ellen Reproduktion und Grundversorgung gehörten: Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Elektrizität und Wasser, des Weiteren Erziehung, Bildung und Kultur.

2. Um diese Bereiche herum wurde in Selbstorganisation die soziale Infrastruktur Zug um Zug aufgebaut, zunächst vor allem durch Umverteilung, Beratung und direkte individuelle und familiäre Unterstützung, aber auch durch Besetzungen und Übernahmen von Fabriken, Betrieben und Einrichtungen. Diese vornehmlich lokal organisierte „Notverwaltung“ wandelte sich rasch in die Stärke einer staatlich unabhängigen Selbstverwaltung, die kontinuierlich auf- und ausgebaut wurde – teils auch gegen staatlichen Widerstand. Eine wesentliche Rolle spielte horizontale Vernetzung, die Wissenstransfer, Aktivierung und Werbung in eins war und für eine Erweiterung der Unterstützung sorgte. Kontakte zu ähnlichen Initiativen in und außerhalb der Städte Griechenlands wurden (und werden) geknüpft, und die alternative soziale Infrastruktur weitet sich aus und verstetigt sich. Das führte, wie das Projekt im April 2015 vor Ort sehen konnten, zu einer gewissen Professionalisierung sowie zu einer Arbeitsteilung, ausgehend von den verschiedenen oben genannten Bereichen; dazu kamen weitere Aufgaben wie die übergreifende Koordination, Vernetzung mit anderen Initiativen und politischen Gruppen, Beratungstätigkeiten, Erfahrungsauswertung und Informationsaustausch u.Ä.

3. Nach dem Wahlsieg von Syriza erwarten Netzwerke wie Solidarity4All aktuell eine aktive Unterstützung auf allen Ebenen durch Regierung und Partei: finanzielle Unterstützung (Finanzierung der Mitarbeiter_innen der Netzwerke), logistische und infrastrukturelle Unterstützung (Bereitstellen von Gebäuden und Flächen, von Material, Transportmöglichkeiten usw.) sowie juristische Unterstützung (vor allem die Legalisierung halblegaler oder bislang gar illegaler Formen der Selbstorganisation und Umverteilung, der informellen Ökonomie und der Schattenwirtschaft; die Legalisierung betrifft auch den Status der Migrant_innen). Dabei zielt die soziale Infrastruktur zwar nicht auf eine komplette Abschottung und Autarkie von Staat und Markt, aber sie eröffnet doch eine Art Reich dazwischen: Sie will weder den Staat aus der Verantwortung entlassen, noch will sie social entrepreneurship stärken, sondern sie setzt auf kollektive Strukturen, die vom Staat rahmend unterstützt werden. Zudem sind erste transnationale Verbindungen hergestellt, zumindest auf der Ebene des Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustauschs.

Die Ökonomie der sozialen Infrastruktur

Kennzeichnend für speziell diese Formen des Aufbaus einer sozialen Infrastruktur ist, dass sie trotz einiger Besetzungen von Fabriken und Einrichtungen kaum direkt auf die Produktionsmittel zugreifen und in die Produktion eingreifen können, dafür aber die „Intermediäre“ zwischen Produktion und Konsument ersetzen. Organisationen wie Solidarity4All besetzen die Schnittstelle zwischen den „primären“ Produzenten und Dienstleistern und denen, die ihrer Produkte und Leistungen zwar dringend bedürfen, aber keine zahlungsfähige Nachfrage haben.

Die Organisationen der sozialen Infrastruktur übernehmen also eine geldlose und kostenfreie Verbreitung und Verteilung von Gütern und Leistungen an Familien und Einzelpersonen, aber auch an kleinere Kooperativen

oder bestimmte Einrichtungen wie Krankenhäuser. Die zweite Aufgabe ist die Unterstützung durch Informationen und Rechtsberatung oder die Vermittlung entsprechender Dienstleister und Dienstleistungen.

Übergreifende Aufgabe ist indes der weitere Ausbau der eigenen Infrastruktur, wobei das Problem immer die Eigenfinanzierung und die (erweiterte) Reproduktion bleiben. Da das Wesen der sozialen Infrastruktur gerade in ihrem außer-ökonomischen, de-kommodifizierten und de-monetarisierten Status liegt, muss die Finanzierung der hier Aktiven, soll ihre Arbeit nicht allein auf Freiwilligkeit, moralischer Selbstverpflichtung und Selbstausbeutung beruhen, von außen kommen, etwa durch Spenden, Solidaritätsaktionen, kleinere Entgelte oder Gegenleistungen für bestimmte Leistungen oder durch eine finanzielle Unterstützung von Organisationen, Parteien und Stiftungen (Solidarity4All finanziert sich u.a. durch einen Teil der Diäten der Syriza-Abgeordneten).

Die Rolle des Staates

Der intermediären Stellung der sozialen Infrastruktur zwischen Produktion und Konsumtion entspricht eine Stellung zwischen Staat und Markt. Die Stellung ergibt sich aus einer Verschränkung, die für den Aufbau der sozialen Infrastruktur wegweisend und für ihren Status entscheidend sein könnte: Zwar ist der Staat weiterhin für soziale Aufgaben und Sicherungen zuständig und muss weiterhin dafür in die Verantwortung genommen werden, aber so, dass er sich gleichsam selbst aus seiner Verantwortung entlässt. Im Idealfall gelingt das, indem seine Aufgaben von eigenständigen Instanzen und Netzwerken rund um die soziale Infrastruktur übernommen werden, die dafür durch öffentliche Gelder finanziert werden. Der Staat leitet dann über das Steuersystem Gelder direkt weiter und erfüllt so deren öffentlichen Charakter und gesellschaftliche Bestimmung. Die eigentliche öffentliche Verwaltung dieses Geldes ist dann die Aufgabe der sozialen Infrastruktur, die von bestimmten zivilgesellschaftlichen Trägern (NGOs, sozialen Bewegungen, politischen Gruppen, Bürgerinitiativen u.Ä.) weitgehend staatlich unabhängig betrieben wird. Dass der Staat sich auf diese Weise aus bestimmten Aufgaben selbst entlässt und die Organisationen der Zivilgesellschaft an seine Stelle treten, ist immer dort sinnvoll, wo staatliche Instanzen entweder nicht zuständig sind, oder wo sie ineffektiv und inkompetent sind, oder wo sie nicht glaubwürdig auftreten können oder in Interessenkonflikte geraten (z.B. Opferberatung, antirassistische und antifaschistische Arbeit, Antikorruptionsarbeit, demokratische Kontrolle, Rechtsberatung für Asyl- und Migrationsfragen usw.). Die Erfahrungen in diesen vergleichsweise überschaubaren Bereichen sind durchgehend positiv, allerdings sind die Aufgaben im Fall einer sozialen Infrastruktur ungleich umfangreicher und größer.

Den toten Punkt überwinden: Zeit der Aneignung des öffentlichen Raumes und der Grundsicherungen

- Die Erfahrungen in Griechenland sind zwar besonderen Umständen geschuldet und müssen nicht wegweisend und Vorbild für den Aufbau einer sozialen Infrastruktur sein; sie können aber zweifellos der Orientierung dienen und enthalten mindestens vier verallgemeinerbare Elemente:

- Der Aufbau einer sozialen Infrastruktur entspricht dem Bedürfnis, das sich in den aktuellen gesellschafts-

kritischen Diskussion abzeichnet und geradezu den Fluchtpunkt verschiedener Diskussionen und politischer Kämpfe bildet: Politisierung der Ökonomie sowie der Fragen der Reproduktion im Allgemeinen und der materiellen Grundsicherung im Besonderen.

- Die soziale Infrastruktur sichert die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion vor allem durch Umverteilung und kostenlose Sicherung, und das insbesondere für diejenigen, die am stärksten von der Krise und von Prekarität betroffen sind. Diese Struktur greift aber zumindest indirekt auch auf die Produktion über und könnte zur ihrer teilweisen Neuausrichtung führen, und sie ließe sich ausweiten auf die Bevölkerung insgesamt.

- Sie bildet eine Form der demokratischen Teilhabe und Teilnahme „zwischen“ oder gar jenseits von Staat und Markt.

- Sie ermöglicht diese Teilhabe und Teilnahme auf der lokalen Ebene, sie nutzt zugleich die neuen technischen Möglichkeiten der überregionalen, letztlich globalen Vernetzung, und sie interagiert in beiden Fällen mit den sozialen Bewegungen und politischen Initiativen.

Ordnet man die soziale Infrastruktur in eine große geschichtliche Entwicklung und „Erzählung“ ein, so könnte sie vielleicht zukünftig an die Stelle des klassischen Sozialstaats der keynesianisch-fordistischen Nachkriegszeit treten und Zug um Zug Bereiche der sozialen Grundsicherung übernehmen. Das würde bestimmte Güter und Leistungen zumindest z.T. von der Ware-Geld Beziehung entkoppeln, de-kommodifizieren und der Profit- und Verwertungslogik entziehen. Zudem wären der Zugang und die Teilhabe nicht von der Zugehörigkeit zum jeweiligen Nationalstaat und von den individuellen Leistungen und Einzahlungen in die Sozialsysteme abhängig; ganz abgesehen davon, dass die soziale Infrastruktur zum Gegenstand der gemeinsamen Teilnahme und der demokratischen Entscheidung und Verwaltung werden könnte. Damit wäre sie eine Antwort auf diejenigen Kritiken, die der fordistisch-keynesianische Sozialstaat aus ganz entgegengesetzten Richtungen erfahren hat: Für die Befürworter seines neoliberalen Umbaus war er nicht finanzierbar und musste zumindest durch Elemente der Aktivierung und Förderung neu ausgerichtet werden, für die „post-fordistische“ Linke und Teile der sozialen Bewegungen hatte er einen disziplinierenden und entmündigenden Charakter sowie ausschließende Zugänge. Zudem stimmen beide Seiten zumindest darin überein, dass die klassischen Formen der sozialen Sicherung gegenüber den neuen Formen entgrenzter, atypischer Arbeit und den neuen Möglichkeiten der Informationstechniken, gegenüber der produktiven Bedeutung von Informationsverarbeitung, Kommunikation, Sprache etc. sowie gegenüber den gestiegenen Ansprüchen an demokratische Öffentlichkeit unzeitgemäß sind.

Die soziale Infrastruktur könnte durch den neuen Umgang mit der Zeit auch zum Anbrechen eines neuen Zeitalters führen. Nach der „Zeit der Langeweile“, die zunächst die normierende und homogenisierende Regulierung und Verwaltung des fordistisch-keynesianischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit kennzeichnete, und nach der „Zeit der Unsicherheit, der Prekarität und des Risikos“, die durch den neoliberalen Umbau des Staates, die Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse und die Entfesselung des Finanzmarktkapitalismus an die

Stelle der Langeweile getreten ist, könnte der selbst-organisierte Aufbau sozialer Infrastruktur die „Zeit der Aneignung des öffentlichen Raumes und der Grundsicherungen“ werden – um auf diese Weise die Zeit selbst anzueignen. Auch wenn den Experimenten in Griechenland vor allem aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen und Erfolge eine Vorreiterrolle zukommen mag, bleiben sie aus der Not geboren und sind, bei aller Wandlung in die Stärke einer lokalen, vernetzten und solidarischen Selbstorganisation, mit all den Problemen verbunden, wie sie für die sozialen Bewegungen und ihre Projekte charakteristisch sind: Konkurrenz zwischen verschiedenen Initiativen und Akteuren, Kampf um Hegemonie und gegenseitige Vorwürfe der Funktionalisierung, fehlende Rechtsansprüche und Verbindlichkeit, Intransparenz und informelle Strukturen und Hierarchien, fehlende finanzielle Absicherung und in der Folge fehlende Kontinuität sowohl bei den Aktiven wie bei den Projekten insgesamt usw.

Die Frage ist allerdings nicht, ob sich diese Probleme überwinden lassen. Die Frage ist vielmehr, ob nicht gerade ihre Überwindung auf einer Linie liegen wird mit dem Trend zum Outsourcen staatlicher Aufgaben, zur „NGOisierung“ sowie zur Aktivierung von Formen der individuellen und kommunitaristischen Selbstverwaltung und der privaten Vorsorge. Der Aufbau einer sozialen Infrastruktur sollte nicht der neoliberalen Forderung nach mehr nicht-staatlicher Eigenverantwortung und Eigeninitiative entgegen kommen. Vielmehr müsste die soziale Infrastruktur auf der Höhe des gesellschaftlichen Charakters staatlicher Aufgaben und seiner Institutionen sowie des Steuersystems und der öffentlichen Gelder ansetzen. Soziale Infrastruktur müsste den gesellschaftlichen Charakter staatlicher Aufgaben und öffentlicher Gelder gegen deren Kommodifizierung und Kapitalisierung richten, aber die staatlichen Aufgaben und Sektoren durch den Universalismus des Öffentlichen, des Gemeinsamen und der Commons gleichsam noch überbieten. Auch dieses Problembewusstsein zeichnet „das griechische Experiment“ derzeit aus.

V.3. Die Einbettung in übergreifende Strukturen

Die Neugründung Europas

Im Projekt war einhellige Meinung, dass angesichts der Ausweglosigkeit neoliberaler Politikkonzepte auf europäischer Ebene eine Art Neugründung ansteht. Als Ansätze einer Neu- und Umstrukturierung Europas wurde eine Reihe von Konzepten genannt: links-keynesianische Wende, green new deal, sozial-ökologische Transformation, europäische Ausgleichs- und Transferunion, EU als Bundesstaat, Integration aller „Illegalen“ und eine neue Asyl- und Einwanderungspolitik. Dazu kamen verschiedene Instanzen und Akteur_innen, die für solche Konzepte geschaffen oder gestärkt werden müssten (Internationalisierung der Gewerkschaften, Stärkung und Demokratisierung des EU-Parlaments, Schaffung neuer europäischer Institutionen und einer europäischen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, Stärkung sozialer Bewegungen wie Blocupy und Occupy, den Indignados und M15 oder Wiederbelebung der Anti-Globalisierungsbewegung vor 9/11). Allerdings wurde auch betont, dass offen sei, ob 1. solche Vorschläge eine wirkliche und dauerhafte Neustrukturierung bringen können, ob 2. überhaupt noch ein Spielraum für z.B. eine links-keynesianische Wende da sei oder ob der Ka-

pitalismus für eine solche Wende nicht in einer zu tiefen Strukturkrise stecke, und ob 3. das Zeitfenster dafür bereits geschlossen oder ob nicht, „positiv“ gewendet, der nächste Krisenschub abzuwarten sei.

Finanz-, Geld und Krisenpolitik

Für die Zeitökonomie und das Zeitregime, die ja besonders zu berücksichtigen sind, wenn die solidarische Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse über die Verbindung von Arbeit und Zeit führen soll, sind auf der übergreifenden europäischen und internationalen Ebene die gemeinsame Währung, das Finanz- und Bankwesen und die Geld- und Finanzpolitik, die Deregulierung und Liberalisierung der (Arbeits-, Kapital- und Waren-) Märkte sowie die Krisenpolitik maßgeblich. Die heutige Zeitökonomie und das heutige Zeitregime werden weniger, wie noch zur Hochzeit des Industriezeitalters, von den Rhythmen, den Zyklen und den „Eigenzeiten“ der Arbeits- und Produktionsprozesse her bestimmt, diese werden vielmehr auf die (Finanz-)Märkte, auf die Kursentwicklung an den Börsen, auf die Konkurrenz um Standorte und Marktanteile und auf die Logik des Shareholder Value ausgerichtet. Neben dieser neuen Ausrichtung sind die Ausweitung des Kreditsystems mit der einhergehenden Niedrigzinspolitik und die Ausweitung der Geldmenge, der Umbau des Banken- und Finanzsektors und die Deregulierung des Finanzsystems sowie der Umbau des Sozialstaats in einen aktivierenden Sozialstaat und nationalen Wettbewerbsstaat treibende und beschleunigende Kräfte, vor allem für den beständigen Wachstumszwang und die Profitmaximierung. Überhaupt sind Steuerung und Regulierung der Ökonomie, und mit ihr das politische Zeitregime, Zug um Zug vom Staat und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik auf Markt, Börse, Aktienhandel und Finanzwesen übergegangen. Diese Entwicklung begann in den frühen 1970er Jahren mit der Erschöpfung der fordistischen Nachkriegsphase, der Auflösung des Bretton-Woods-Systems und dem Aufstieg von Finanzkapitalismus und Neoliberalismus, und die Entwicklung hat mit der Krise von 2007/2008 statt einer Umkehr einen Umbruch erfahren: Zu der genannten Umorientierung sind der Abbau und die Vermeidung von Schulden und eine massive Austeritätspolitik hinzugetreten.

Die Zeitökonomie und das Zeitregime finden seither geradezu unter diesem neuen Paradigma statt. So gewinnt neben der altbekannten „Privatisierung der Gewinne“ nun die Sozialisierung von Verlusten, Schulden und Risiken zunehmend an Bedeutung. Allerdings tragen die Vermeidung von Verlusten und Schulden und deren Sozialisierung weniger zu einer endgültigen Lösung der Krisendynamik bei als vielmehr zu ihrer räumlichen und sektoriellen Verlagerung sowie zu ihrer zeitlichen Verschiebung und Verzögerung. So geht die krisenhafte Dynamik der Beschleunigung und die Maximierung des Verbrauchs, der Profite und des Wachstums einerseits weitgehend ungebrochen weiter, andererseits sind zusätzlich statt wirksamer Regulierungen nun Techniken der räumlichen und sektoriellen Verlagerung sowie des zeitlichen Hinauszögerns und Aufschieben getreten, etwa durch die Steuerpolitik, bestimmte Re-regulierungen, die „Schuldenbremsen“, die Fiskal- und Haushaltspolitik oder die Politik der Troika gegenüber Krisenländern und „Schuldnerstaaten“.

Alles zusammengenommen: Die Neuausrichtung in der Steuerung und Regulierung ökonomischer Prozesse, die Beschleunigungen in der Zeitökonomie und im Zeitregime sowie, in Reaktion auf die krisenhaften Folgen,

das Paradigma des Sparens und des Vermeidens von Schulden – all das zusammen bewirkt, dass die Zukunft nicht mehr in derselben Weise offen und politisch gestaltbar ist wie in früheren Zeiten. Ökonomie und Politik sind nicht nur, wie oben im Abschnitt über die aktuelle Situation im Zeitregime beschrieben, durchweg kurzfristig ausgerichtet (im Bezug auf Gewinne, auf Verbrauch und auf Wachstum); in Ökonomie und Politik muss auch von einer gleichsam schon vorweggenommenen Zukunft her geplant und gehandelt werden. Die angeführten Neuausrichtung, die Prozesse der Beschleunigung, das Finanz- und Kreditsystem und die Schuld- und Sparpolitik belasten die Gegenwart von der Zukunft her, oder vielmehr, von ihrer Zukunft her, ganz so, als sei die Gegenwart bereits vorherbestimmt.

Dieses Rechnen mit einer ungewissen, risikoreichen (und für das Kapital gleichsam prekären) Zukunft ist im Bereich des Finanzkapitalismus selbst zum Gegenstand der Ökonomisierung und Finanzialisierung geworden. Das Finanzwesen, so unterschiedlich und undurchschaubar es sich auch gestaltet, ist stets ein Rechnen mit Zukünften und mit Differenzen: mit zukünftigen Ereignissen, mit den Erwartungen anderer Finanzakteure, mit Preis- und Kursschwankungen, mit Risiken und Unsicherheiten. Überall hier gilt es, Differenzen zu kalkulieren und sie rein quantitativ zu gewinnen und insofern zu finanzialisieren und kapitalisieren. Das scheint weniger auf eine Entkopplung des Finanzmarktes von der sog. Realökonomie und auf eine Verselbständigung hinauszulaufen; viel beunruhigender ist die Verbindung, die sich weiterhin zwischen beiden geltend macht und geltend machen muss. Die Verbindung besteht wohl nicht, wie oft angenommen wird, darin, dass die Realökonomie vom Finanzkapitalismus kurzerhand überwältigt wird, auch wenn im Bereich des Finanzkapitalismus Mechanismen der Umverteilung, der ausbeuterischen Aneignung, der sekundären Ausbeutung, der „inneren Landnahmen“ u.Ä. wirksam sind. Die eigentliche Wirkung besteht darin, dass die Realökonomie zu einer Art abhängigen Variable des Finanzkapitalismus wird und zu einem Derivat der Spekulation mit ihrer eigenen zukünftigen Entwicklung (z.B. wenn die Entscheidung über einen sog. Grexit auch in Rücksicht auf die Abhängigkeit des Finanzwesens von Kreditausfallversicherungen getroffen werden muss). Vor allem die Ausweitung des Kreditgeldes und der Geldmenge sowie des fiktiven Kapitals scheint Zeit von einer Zukunft zu kaufen oder besser zu leihen, die zwar schon jetzt in die Ökonomie eingeht und wirksam wird. Aber es ist unklar, ob und wie dieser Vorgriff auf die zukünftige Gegenwart (vor allem auf zukünftig zu erwirtschaftende Gewinne) in die aktuelle Gegenwart produktiv eingeht, und zwar eingeht, um eben diese vorweggenommene Zukunft noch durch eine entsprechende Verwertung und entsprechende Gewinne zu zeitigen und abzugelten – gelingt das nicht, müsste eine Entwertung und Vernichtung nicht-verwertbaren Kapitals anstehen.

Die Gegenmaßnahmen müssten im Bereich der Finanz-, Geld- und Krisenpolitik daher darauf zielen, Zeit zu gewinnen, aber ohne diesen Gewinn auf finanzkapitalistische Weise von zukünftigen Gewinnen zu erkaufen oder besser zu leihen. Es gilt Zeit zu gewinnen durch politische Gestaltung und ökonomische Regulierung, Zeit aber auch für diese Gestaltung und Regulierung. Aufgrund der aktuellen Diskussion um die Krise und ihre Folgen gibt es vonseiten der Wissenschaft und der Politik dazu bereits eine ganze Reihe von Vorschlägen, vom

VI.

Ausblick Phase 4: Politisierung der Zeitfrage und Transformation in die Öffentlichkeit

Umbau des Banken- und Finanzwesens bis zur Steuerpolitik und einem anderen Umgang mit Schulden. Diese Vorschläge konnten im Projekt nur am Rande diskutiert und in die Zeitfrage einbezogen werden.

Die logisch wie chronologisch erste Frage beträfe die Geld- und Kreditschöpfung, die aber bereits mit dem Problem des Sparens und der Schulden zusammenhängt: Warum wird neues Geld über ein privates Bankensystem in die Ökonomie eingespeist und in Umlauf gebracht, mithin von vornherein privatisiert? Wie kann die Geldschöpfung und die Entscheidung über die Geldmenge und die Geldströme transparenter gemacht und vor allem zu einer öffentlichen Angelegenheit werden? Hier gibt es in vielen Ländern Initiativen wie die sog. Monetative und die Einführung von Vollgeld; allerdings ist Geldkritiken und vor allem Initiativen zu einer alternativen Geldpolitik und Geldwirtschaft stets mit Vorsicht zu begegnen. Die Geldpolitik müsste jedenfalls im Zeichen des „Time is the new money“ stehen. Vorbehaltlos unterstützt wurde dagegen die Forderung nach solidarischen Transfermechanismen innerhalb der EU jenseits der Rettungsfonds. Sie reichen von gemeinsamer Steuer- und Tarifpolitik über Haushaltsfragen und aktive Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik (zurzeit denkt die EU-Kommission über Umschichtungen durch die Arbeitslosenversicherung nach) bis zum Umschichten der Schulden und zu Schuldenschnitten.

V.4. Zusammenfassung

Wir haben die gesellschaftlichen Bedingungen (für die Stärkung individueller Autonomie) in drei Ebenen unterschieden; auf allen drei Ebenen wurden die bestehenden Ansatzpunkte und die Diskussionen dazu aufgegriffen, um sie für die Gestaltungsentwürfe zeitlich zu fassen und sie unter passenden Oberbegriffen zu reformulieren:

Die unmittelbare Erwerbsarbeit und ihr (entgrenztes) Verhältnis zum Nicht-Erwerb; hier sind die zentralen Begriffe für eine solidarische Umgestaltung die Arbeitszeitumverteilung (statt -verkürzung) und verschiedene Formen von Auszeiten (Sabbaticals, Lebensphasenmodelle usw.).

Die Einbettung von Erwerb und Nicht-Erwerb in die materielle Sicherheit. Hier geht es um Rückverteilung (statt Umverteilung), das bedingungslose Grundeinkommen und die soziale Infrastruktur.

Die Einbettung von Erwerb und Nicht-Erwerb in die übergreifenden Strukturen. Hier geht es um die Notwendigkeit der Neugründung der EU und um eine Neuausrichtung und Umorientierung der beschleunigenden, einseitig auf Wachstum und Profit ausgerichteten Zeitökonomie, wie sie durch die Mechanismen der einheitlichen Währung und Deregulierung aller Märkte, durch das Kredit-, Banken- und Finanzwesen und die Geld- und Finanzpolitik der Staaten und der EU bewirkt werden. Die Neuausrichtung ist allein schon darum notwendig, weil die krisenhaften Folgen dieser Dynamik (Finanzkrise, Refinanzierungsprobleme der Staatshaushalte, Schuldenkrise) selbst noch mit denselben Mechanismen angegangen werden. Das führt eher zu einer räumlichen und sektoriellen Verlagerung und zu einer zeitlichen Verschiebung als zu einer endgültigen Lösung und bringt zudem neue Techniken der Aneignung und Umverteilung mit sich. Sie lassen sich auf die Formel bringen „Auf die Privatisierung der Gewinne folgt die Vergesellschaftung der Kosten und der Risiken, der Verluste und der Schulden“.

VI.1. Die Zeitlichkeit politischer Prozesse

Wir haben in Hinblick auf Phase 4, in der es um die Vermittlung der Gestaltungsentwürfe in die Öffentlichkeit sowie um ihre politische Umsetzbarkeit geht, beide Dimensionen des Projekts diskutiert, zum einen den Grenzgang von Wissen und Politik, den Transfer von kritischem Wissen in die Öffentlichkeit und in die praktische Umsetzung, und zum anderen den eigentlichen „Gegenstand“ dieses Transfers, also die Möglichkeiten der solidarischen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse über das Thema Zeit.

Beide Dimensionen sind indes einander nicht äußerlich. Vielmehr ist die Zeitfrage nicht nur darum Gegenstand der Politisierung und Mobilisierung, weil sie das zentrale Thema der Gestaltungsentwürfe ist, die Zeit ist auch bereits unmittelbar für diese Politisierungs- und Mobilisierungsprozesse selbst relevant. So wurde auf dieser unmittelbaren Ebene der Politisierung und Mobilisierung ein Widerspruch zwischen zwei Zeiten konstatiert: Einerseits braucht Politisierung nach wie vor Zeit, denn politische Prozesse, ob auf individueller oder auf gesellschaftlicher Ebene, sind gebunden an Wissensproduktion und -akkumulation, an das Sammeln und Verarbeiten von Erfahrungen, sie werden begleitet von zeitraubenden Suchbewegungen und Diskussionsprozessen, und auch die Bildung und Entwicklung von dauerhaften politischen Themen und Kampagnen und noch mehr von verbindlichen und kontinuierlichen Strukturen und Organisationen ist zeitaufwändig. Andererseits gibt es eine Beschleunigung von – mitunter geradezu spontanen – politischen Mobilisierungen sowie verkürzte Aufmerksamkeitsspannen für politische Ereignisse. Oder vielmehr erlangt im Zeitalter der Medialisierung der Politik und des Politischen umgekehrt Politik überhaupt nur dann größere Aufmerksamkeit, wenn sie den Charakter von Ereignissen und Events annimmt. Sie wird daher einerseits von vornherein auf diesen Charakter aktiv ausgerichtet, andererseits muss sie auf beschleunigte Prozesse schnell reagieren und kurzlebige Zeitfenster nutzen. Kontinuierlich ist allein die Beschleunigung auch im Bereich der Politik, besonders durch die Beschleunigung in der Verbreitung von (Kurz-)Informationen und (Kurz-)Nachrichten und in der Kommunikation insgesamt, und auf diese Beschleunigung sind vor allem diejenigen eingestellt, die einerseits gerade auf kontinuierlich arbeitende Strukturen und Ressourcen zurückgreifen und andererseits selber zu ihr beitragen können.

Auf den Begriff gebracht: Politik ist zu einem Regime der Aktivierung und der Intervention geworden. Es gibt nicht nur in der Ökonomie eine zunehmende Ausrichtung auf die Aktivierung ebenso kurzfristiger wie maximaler Gewinne ohne langfristige und nachhaltige Planung und Rücksichten, es gibt eine solche kurzfristige Ausrichtung auch in der Politik. Das gilt nicht nur für die „post-demokratischen“ Strukturen der etablierten Politik. Vielmehr gibt es auch aufseiten der sozialen Bewegungen und ihrer Akteur_innen seit mittlerweile vielen Jahren eine Abkehr von den Formen repräsentativer und kontinuierlicher, verbindlicher Politik und eine Hinwendung zu Formen aktivierender, temporärer, antihierarchischer, netzwerkartiger, selbstbestimmter, „fluider“ und „liquider“ Organisation. Auch wenn diese Entwicklung eine nachvollziehbare Reaktion auf die Erfahrung mit starren und schwerfälligen – vor allem parteiförmigen – Organisationen und Institutionalisierungen ist, so beklagen doch gerade die hier Aktiven die fehlende Kontinuität in politischen Bildungs- und Organisationsprozessen, ein fehlendes Geschichtsbewusstsein und einen Mangel an Verbindlichkeit. Darü-

ber hinaus sind diese neuen Formen der Organisierung eher noch Ausdruck der kritisierten Entwicklung in Ökonomie und Politik als bereits eine Alternative dazu. Ja, sie waren nach dem Auf- und Umbruch von 1968 vielleicht sogar ein Vorreiter dieser Entwicklung.

Der Widerspruch zwischen einerseits der Zeit, die politische Erfahrungs- und Bildungsprozesse verlangen und die zum Aufbau von kontinuierlichen, langfristig arbeitenden Strukturen notwendig ist, und andererseits der Beschleunigung von Mobilisierungsprozessen mit kurzzeitigem, ereignishaftem und eventhaftem Charakter, dieser Widerspruch zeigt sich deutlich in der jüngsten Entwicklung seit 2011, die eine weltweite Rückkehr politischer Massenproteste zu sein scheint. So gab es eine Reihe relativ spontaner und unerwarteter Massenproteste mit kurzer Mobilisierung, z.T. gleichsam aus dem Nichts, etwa im arabischen Raum oder in der Türkei und Brasilien. Doch von der Situation profitieren oder zumindest auf sie reagieren und mit ihr umgehen konnten diejenigen, die darauf vorbereitet waren, ob bewusst eingerichtet oder zufällig, und das waren durchweg die klassischen – autoritären, militärischen, technokratischen, religiösen sowie parteiförmigen – Formen des Politischen. Exemplarisch ist wohl Ägypten, wo zunächst die Muslimbrüder die Situation nutzen konnten und nun ausgerechnet das Militär wieder an der Regierungsmacht ist.

Ähnlich war die Situation im europäischen Raum. Auch hier gab es im Zuge der Finanz- und der EU-Krise sowie der Schulden- und Austeritätspolitik quer durch Europa Proteste, die meist von zivilgesellschaftlichen, fortschrittlichen Gruppen und Organisationen initiiert und getragen wurden. Politisch etablieren konnten sich aber quer durch Europa rechtspopulistische, rechtsextreme und sogar faschistische Parteien und Organisationen.

Diese Situation ist auch für die Politisierung der Arbeitsverhältnisse über das Thema Zeit relevant. In Bezug auf die Arbeitsverhältnisse ist das große und durchgehende Thema dieser Proteste, aber auch der kritischen Wissenschaft und der verschiedenen politischen Akteur_innen, eindeutig Prekarität mit all ihren Auswirkungen und in all ihren Erscheinungsformen, insbesondere der umfassenden Unsicherheit. Auf europäischer Ebene wird die große Frage in Bezug auf solidarische Arbeitsverhältnisse wohl in allen einzelnen Ländern sein, ob prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die nur minimal sozial abgesichert und geschützt den freien Kräften und Zwängen deregulierter Märkte ausgesetzt sind, das neue Normalarbeitsverhältnis werden, oder ob es gelingt, dauerhafte, gleichberechtigte und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu (re-)etablieren. Diese Aufgabe ist zwar gleichsam eingebettet in eine länderübergreifende, europäische Konstellation (die wiederum in eine globale Konstellation eingebettet ist), und von dieser übergreifenden Konstellation her sollte die Aufgabe gedacht werden. Gleichwohl bleibt der Vermittler und politische Souverän darin der nationale Gesetzgeber und der Nationalstaat mit den hier wirksamen Akteuren und Kräften. Eine gemeinsame Bündnispolitik zur Frage der Arbeitsverhältnisse, so notwendig sie ist, wird auf europäischer Ebene ohnehin schwierig sein. Jedenfalls zeigen die wenigen historischen Erfahrungen (Grüne Internationale, europäische Sozialforen, Wirtschafts- und Sozialausschüsse der EU, aber auch die Vernetzung der im Zuge der Krise entstandenen Bündnisse sozialer Bewegungen), wie wirkungsmächtig die nationalen Besonderheiten und Interessen blei-

ben und wie sehr solche Bündnisse, selbst wenn es sich um vergleichbare Akteur_innen aus verschiedenen Ländern handelt, taktisch geprägt sind. So fällt schon zwischen Frankreich und Deutschland, den wichtigsten und vielleicht entscheidenden Akteur_innen auf europäischer Ebene, die Politik der wichtigsten Akteur_innen: Parteien, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen, jeweils ganz unterschiedlich aus. Auf europäischer Ebene ist daher wohl das realistischere Szenario, Bündnisse und Allianzen temporär und von Konzepten und Kampagnen her aufzubauen, etwa eine transnationale Koordinierung der Tarifpolitik oder auch der Arbeitszeiten oder der Transfermechanismen.

VI.2. Neuer Modus des Politischen?

Innerhalb dieses Kontextes haben wir für die eigentliche Politisierung des Themas „Arbeitsverhältnisse und Zeit“ sowie für die Transformation von Gestaltungsmöglichkeiten in die Öffentlichkeit und in die praktische Umsetzung einen „neuen Modus des Politischen“ diskutiert, u.a. im Dialog mit einem weiteren Grundlagensprojekt des ISM, der „Demokratie AG“. Dieser neue Modus ist ein Teil und vielleicht sogar ein Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung unter dem Neoliberalismus und Finanzkapitalismus mit ihren veränderten Formen von Öffentlichkeit und einer „post-demokratischen Situation“. Der neue Modus ist aber auch Folge und Reaktion darauf. Er wurde bereits oben dem Inhalt, aber auch der Form nach als (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raumes bestimmt. Allerdings ist darin das eigentlich Neue im „neuen Modus des Politischen“ noch gar nicht eigens als solches herausgestellt worden.

Das Neue könnte darin liegen, dass es analog dem Umbruch im Ökonomischen auch in den sozialen Auseinandersetzungen und in den politischen Kämpfen einen Umbruch gibt. Wenn das Projekt in der Ökonomie der Zeit und im Zeitregime der – im weitesten Sinne – neoliberalen Politik und finanzkapitalistischen Ökonomie Umbrüche und Umgestaltungsmöglichkeiten gesucht hat, die hier angelegt sind und vielleicht schon vorbereitet werden, dann müsste geradezu auch ein neuer Modus des Politischen mit diesen Umbrüchen einhergehen. Die post-fordistische Produktionsweise mit ihrem Aufstieg der immateriellen Arbeit und der Wissensproduktion, der Informationsverarbeitung und Vernetzung, der universellen Maschine Computer und allgemeiner der Produktion von Bedeutung durch Sprache, Programmierung und Kommunikation – diese neue Produktionsweise muss auch neue Subjektivitäten und neue Bedürfnisse, neue soziale Bewegungen und neue politische Akteur_innen hervorbringen, und genau das ließe sich womöglich zusammenfassen in einem neuen Modus des Politischen.

Der neue Modus ist in diesen Veränderungen in der Ökonomie und der Produktionsweise zunächst auf eine negative Weise angelegt und vorbereitet, nämlich indem er die ebenfalls bereits genannte Abkehr fördert und unterstützt: Es gibt eine umfassende Kritik und Abkehr von allen Formen repräsentativer Politik. Das betrifft auch die Abkehr von einer Politik, die auf die Produktion zentriert war und auf die Repräsentation der Arbeit und der Arbeiterklasse gezielt hatte. Stattdessen hat sich nun die Politik in die Bereiche der gesellschaftlichen und individuellen Re-Produktion verlagert und sucht hier nach Formen der aktiven Teilhabe und Teilnahme jenseits klassischer Parteipolitischer Repräsentations- und Organisationsformen.

Indes ist in der bloßen Abkehr von der Repräsentation die Pointe noch gar nicht getroffen, nämlich die Wendung ins Positive. Die Wendung liegt darin, dass die Kritik an den repräsentativen Formen der Politik und die Abkehr davon auf das Politische schlechthin verweist und sich gerade in der Abkehr auf das Politische beruft: Das Politische ist per se nicht endgültig und nie vollkommen angemessen repräsentierbar, eben weil es das Gemeinsame und das Öffentliche ist und weil es sich nur im gemeinsamen Prozess herstellt und darin ebenso allen wie keinem gehört.

Diese Bestimmung des Politischen und die Kritik an den Formen seiner Repräsentation liegen auf einer Linie mit der Kritik an der Ökonomisierung und Finanzialisierung, Privatisierung und Kommodifizierung des Öffentlichen und der darin angelegten Leugnung und Negation des Gesellschaftlichen der Individualität und ihrer Autonomie. Die Kritik zielt in der Nicht-Repräsentierbarkeit auf das, was sich der Privatisierung, Kapitalisierung, Verwertung und Kommodifizierung letztlich von sich aus entzieht, die Kritik stellt mithin auf den „Ur-Modus“ des Politischen ab, auf die aktive Teilnahme am Gemeinsamen und Öffentlichen oder vielmehr auf dessen Herstellung selbst sowie auf dessen Verteidigung.

Es liegt nahe, dass beides, zum einen die neue post-fordistische Produktionsweise mit ihren veränderten Arbeitsformen und Produktionsmitteln und zum anderen die Abkehr von den Formen repräsentativer Politik und die Kritik an der Ökonomisierung des Öffentlichen samt der Suche nach neuen Formen – es liegt nahe, dass beides im neuen Modus des Politischen verschränkt ist. Allerdings ist der Modus gerade aufgrund dieser Übereinstimmung unentschieden oder gar zwiespältig. Diese Zwiespältigkeit ist überhaupt den fortschrittlichen Formen der Politik und den neuen sozialen Bewegungen zu eigen: Insbesondere in der Diskussionsgruppe „Historisches Gedächtnis“ wurde die Zwiespältigkeit diskutiert, dass fortschrittlich-emanzipatorische Ideen und dass soziale Bewegungen stets auch Reflexionsformen und Durchsetzungsakteure derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse gewesen sind, die sie kritisierten und die sie überwinden wollten. Oder vielmehr gingen sie über das Bestehende gerade dadurch hinaus, und sie erwiesen ihren fortschrittlichen Charakter gegenüber den herrschenden Bedingungen gerade dadurch, dass sie sich im Nachhinein als Momente der kapitalistischen Durchsetzungs- und Modernisierungsgeschichte rekonstruieren lassen – so hat ironischerweise ausgerechnet die Kritik oft zum Fortschritt einer kapitalistischen Gesellschaft beigetragen, die sie eigentlich zu überwinden beanspruchte. Besonders deutlich wurde das an der Integration der Arbeiterbewegung in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, an der inhaltlichen Überschneidung zwischen dem Auf- und Umbruch von 1968 und dem Aufstieg des neoliberalen Paradigmas oder an den Erfolgen bestimmter sozialer Bewegungen wie der Alternativ- und Umweltbewegung oder dem Feminismus.

„Es liegt nahe, dass beides, zum einen die neue post-fordistische Produktionsweise mit ihren veränderten Arbeitsformen und Produktionsmitteln und zum anderen die Abkehr von den Formen repräsentativer Politik und die Kritik an der Ökonomisierung des Öffentlichen samt der Suche nach neuen Formen – es liegt nahe, dass beides im neuen Modus des Politischen verschränkt ist.“

oder dem Feminismus.

Zusammengefasst müssen sich Initiativen wie das Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse zurzeit im Brennpunkt des Zusammentreffens dreier politischer Entwicklungen verorten:

Es gibt eine Abkehr von Formen repräsentativer Politik und eine Hinwendung zu netzwerkartigen, anti-hierarchischen, fluiden und temporären Formen des Politischen und der Organisation.

Es gibt eine Rückkehr des Politischen, die einerseits auf die Aneignung des öffentlichen Raums, die (Rück-)Besinnung auf öffentliche Güter und auf demokratisch-solidarische Formen der Teilhabe und Teilnahme zielt und sich andererseits gegen die herrschende Politik der Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung eben dieses gesamten Bereichs des Öffentlichen und Gemeinsamen richtet. Die Rückkehr des Politischen geht mit einer Politisierung vor allem des Re-produktionsbereichs einher, und von dieser übergreifenden Reproduktion her werden auch die Produktions- und Arbeitsverhältnisse sowie die Formen ihrer traditionellen politischen Repräsentation und Organisation einer Kritik unterzogen.

Diese neuen Formen des Politischen und der Organisation sind indes auch, bei all ihrer Kritik an den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen und bei aller Abkehr davon, deren politischer Ausdruck oder werden vielleicht einst deren Modernisierung gewesen sein. Die neuen Formen des Politischen und der Organisation sind nicht zu trennen vom Aufstieg netzwerkartiger, temporärer, fluider Strukturen aufseiten einer Ökonomie, die vom Marktgeschehen her bestimmt und durch Finanztechniken gesteuert wird und die auf Informationsverarbeitung, Kommunikation und Programmierung, auf immaterieller Arbeit und Wissensproduktion basiert sowie auf den entsprechenden Technologien und Produktionsmitteln.

Alle drei Entwicklungen verweisen auf Probleme der politischen Repräsentation und der Teilhabe und Teilnahme, auf ökonomisch prekäre Lebensverhältnisse, auf gestiegene Ansprüche an demokratische Prozesse und auf steigende Partizipationsbedürfnisse sowie auf eine veränderte Legitimationserzeugung unter den Bedingungen des Post-Fordismus und der sog. Post-Demokratie. Die Herausforderung wird sein, sowohl neue, solidarische Formen für die Arbeitsverhältnisse und die (Re-)Produktion als auch neue Formen der politischen Teilnahme und der demokratischen Öffentlichkeit zu finden. Da das Projekt die zeitliche Dimension in Ökonomie und Politik thematisieren will, muss es zum einen um die Politisierung der Zeitfrage gehen und zum anderen darum, unmittelbar auf die zeitliche Dimension in dieser Politisierung selbst und im Politischen aufmerksam zu machen. Es geht mithin darum, in der Suche nach Formen der politischen Teilhabe und Teilnahme am Öffentlichen, Gemeinsamen, Demokratischen diese zeitliche Dimension in der Herstellung und im Umgang des Öffentlichen, Gemeinsamen etc. zu finden und eigens zum Gegenstand zu machen. Kann das Gemeinsame und Öffentliche, das in der Zeit steckt und das ebenso universell wie individuell geteilt wird, anders denn als privatisierte, in-Wert-gesetzte und kommodifizierte Arbeitszeit angeeignet und angewendet werden? Bieten die neuen Techniken der Informationsverarbeitung und der Kommunikation mit ihren umfassenden Zugangsmöglichkeiten auch neue Formen der politischen Teilhabe, der Transparenz und der Entscheidungsbildung und -findung? Sind im Bereich des Politischen das Internet, Open Source, Free Access, Liquid Democracy, Bitcoin, soziale Infrastruktur etc. die gesellschaftlichen Bedingungen für eine veränderte individuelle Teilnahme am Gemeinsamen und einen neuen Modus des Politischen? Oder droht im Gegenteil die Gefahr, den Marktradikalismus und Marktliberalismus nun auch in die Politik einzuführen, womöglich gerade durch diesen neuen

Modus des Politischen? Werden durch die genannten Techniken und durch neue politische Formen statt neuer Zugangsmöglichkeiten zum Gemeinsamen nun neue Ein- und Ausschlussmechanismen etabliert, etwa über Zugang zum Internet und Internetpräsenz, über Vernetztheit und Medienkompetenz? Werden so die für den Neoliberalismus „passenden“ Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen und Regulationsformen entwickelt, und werden dabei Prozesse der Beschleunigung und Individualisierung eher gefördert als bewusst solidarisch genutzt oder gebremst und entschleunigt? Bieten die neuen Techniken und der neue Modus des Politischen Möglichkeiten nicht-repräsentativer Formen der Demokratie? Oder beschwören sie das Phantasma einer Echtzeit- und Präsenzdemokratie und befördern kurzfristige und spektakel- und eventhafte, aktivierende Formen der Politik?

Wie in der Diskussion um die Umgestaltung in der Ökonomie stellte sich auch im Bereich der Politik die Grund-satzfrage, ob es eher darum geht, die bereits bestehenden Prozesse „nach vorne“ aufzulösen oder im Gegenteil bestimmte Grenzen zu ziehen und Regulierungen einzuführen. Und auch hier liegt die Herausforderung wohl in der Verbindung, z.B. indem die neuen Techniken genutzt werden, um zeitliche Freiräume einzuräumen und sich Zeit zu nehmen für das Sammeln und Diskutieren von Ideen und Argumenten, für politische Bildungs- und Organisationsprozesse, für Experimente und Suchbewegungen, für das Auswerten von Erfahrungen und das Akkumulieren von Wissen, für den Aufbau alternativer, kontinuierlicher und verbindlicher politischer Strukturen, für eine Institutionalisierung und eine Internationalisierung gesellschaftlicher Diskussionen usw.

VI.3. Initiieren des Grenzgangs von Wissenschaft und Politik durch Interventionen

Die Fragen zum neuen Modus des Politischen schließen den Bogen zu demjenigen Grenzgang von Wissen-schaft und Politik, der dem Projekt zugrunde lag, der im Kleinen durchgeführt wurde und für den es zum Abschluss geeignete Formen der Transformation in die Öffentlichkeit zu finden gilt. Doch wie kann eine zeit-gemäße Form für das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik aussehen, wenn beide schon jeweils für sich mit einer fragmentierten Situation zu kämpfen haben und zudem gleichermaßen mit einem toten Punkt konfrontiert sind? Wie kann das Projekt, das doch gerade aufgrund dieser unbefriedigenden Situation als kontinuierlicher Dialog und als Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik angelegt war, über das Projekt hinaus eine Form für seine inhaltlichen Ergebnisse finden, wenn die Situation doch unverändert ist und auf sie letztlich, bei aller Kritik, Rücksicht genommen werden muss?

Hier haben wir eine erste Möglichkeit gefunden und diskutiert. Sie trägt zum einen den veränderten Bedin-gungen in der Politik und in der (Medien-)Öffentlichkeit im allgemeinen und der fragmentierten Situation aufseiten der kritischen Wissenschaft wie aufseiten linker Politik im besonderen Rechnung sowie den neuen, ereignis- und eventhaften Formen der Kommunikation und Diskurspolitik. Zum anderen berücksichtigt sie die Möglichkeiten des Projekts und seiner Beteiligten, die ja in erster Linie aus ihren Herkunftsorganisationen heraus wirksam sein können. Es ist die Intervention.

Die Idee der Intervention ist es, die Linearität der Beziehung von Wissen und Politik zu durchbrechen und sich dabei sowohl auf Heterogenität in Wissenschaft und Politik einzustellen als auch einen längerfristig

angelegten Grenzgang zu erreichen. Statt einer direkten, linearen Übersetzung der Wissensproduktion und abgeschlossener, gesicherter Ergebnisse in die politische Öffentlichkeit und in die praktische Umsetzung geht es um koordinierte und gezielte, auch neuartige Intervention in bestehende Diskurse oder zu bestimmten Anlässen. Im Hinblick auf die Zeitfrage würde das bedeuten, ein Problembewusstsein zu schaffen oder zu fördern, bestimmte Diskussionen anzustoßen, bestehende zu beeinflussen und über solche Interventionen langfristig wirksam zu werden.

Um die Intervention zu koordinieren sind neben der zeitlichen Dimension (kurz-, mittel-, langfristige Perspek-tiven/Horizonte) die verschiedenen Inhalte, Zugänge, Artikulationen und Themenfelder zu prüfen, außerdem sind die relevanten Akteur_innen und die Fremd- und Selbst-Zuordnungen zu berücksichtigen. Wirkungsvoll sind in Bezug auf die Intervention Orientierungen an der lebensweltlichen Situation, an Wirkungsweisen der Medienöffentlichkeit und, nicht zu unterschätzen, an vermeintlich sekundären Faktoren wie Gestus und Hal-tung. Diese Einbettung der Intervention in die zuletzt genannte – im weitesten Sinne – Lebenswelt ist darum von Bedeutung, weil eine Intervention nicht unbedingt über die harten Fakten und nicht allein über die „Qua-litätsmedien“ und die klassischen Akteur_innen wirksam werden muss. In den 1960er Jahren z.B. markierten bereits lange Haare einen – gleichsam buchstäblich – „utopischen Überschuss“.

Die Intervention muss aber nicht nur diese äußeren Bedingungen und Gegebenheiten in den Blick nehmen, sie muss sowohl in Rücksicht auf das große Ganze als auch auf eine langfristige Verschiebung vorgehen und im günstigsten Fall eine Weichenstellung erreichen. Besonders im Hinblick auf diese Weichenstellung muss die Intervention auf die verschiedenen politischen Praxen und die Erfahrungen mit Transformationsprozessen und die infrage kommenden politischen Kontexte, ihre Akteur_innen und die Anlässe abgestimmt werden.

Diese Interventionen können inhaltlich durchaus uneinheitlich und sogar widersprüchlich ausfallen, wenn sie in Form einer Kontroverse initiiert werden. Für das Projekt hieße das, innerhalb dieser Kontroverse den übergreifenden Universalismus der Zeit auszutragen, wobei die Kontroversen durch ihren – eben: kontrover-sen – Charakter selbst langfristig wirksam werden könnten. Wenn es nicht allein die richtigen Inhalte sind, die im Diskurs entscheidend und wirksam sind, dann ist es ohnehin nicht unbedingt notwendig, eine einheitliche und geschlossene Position zu präsentieren. Vielmehr sind Kontroversen nicht nur geschickter, sondern als Ausdruck ebenso unabgeschlossen-heterogener wie aktueller Diskussionen auch redlicher. Im Hinblick auf die Zeitfrage und die verschiedenen Gestaltungsentwürfe könnte das zum einen heißen, die Erwerbsarbeit nicht unmittelbar ins Zentrum der Zeitfrage und der Gestaltungsentwürfe zu stellen, sondern eher von individu-ellen Lebenserfahrungen, von Bedürfnissen und Praxen und von aktuellen sozialen Auseinandersetzungen auszugehen (die ja Arbeit und Produktion zunehmend von der individuellen und gesellschaftlichen Repro-duktion her thematisieren). Zum anderen könnte es darum gehen, diese Ausgangspunkte zur Initiierung einer Kontroverse in bestimmte Gegebenheiten und zu bestimmten Gelegenheiten zu nutzen, zumal sich trotz des universellen Charakters der Zeit ohnehin kein „archimedisches“ Punkt für einen Ansatz abzeichnete, vielmehr eine Reihe von Entwürfen zur Diskussion standen – die z.T. in der Tat kontrovers diskutiert wurden.

VII. | Fazit

Das Projekt hatte sich nach dem Ausbruch der Finanzkrise und ihren Folgen und nach der zumindest teilweisen Delegitimierung des Neoliberalismus in der Situation eines Umbruchs verortet, der ansteht, aber nicht eintritt. Diese Situation bringt kritische Wissenschaft und emanzipatorische Politik gleichermaßen in die Verlegenheit, dass die Situation ohne eine wissenschaftlich fundierte und mobilisierungsfähige Alternative und ohne ein entsprechendes soziales/politisches Subjekt und eine Veränderung der Kräfteverhältnisse anhalten wird; insofern schien die Situation gleichsam von sich aus einen Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik zur gemeinsamen Suche nach einer Alternative geradezu herauszufordern. Mehr noch, der finanzmarktgetriebene Kapitalismus und die neoliberale Politik gehen ohne eine solche Alternative zwar weiter, aber sie vollziehen ihrerseits einen – alles andere als solidarischen – Umbruch: Sie gehen zunehmend technokratisch und autoritär und mit einer Politik der Drohung und der Angst weiter, dafür ohne emphatische Erwartungen und ohne die klassische Versprechung „Freiheit und Wohlstand für alle“.

Die aktuelle Situation wurde zudem von zwei großen Transformationsprozessen her diskutiert, einem ökonomischen und einem politischen, nämlich zum einen von der Krise des sog. Post-Fordismus und des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und zum anderen von der Transformation der liberalen, sozialstaatlichen Demokratie hin zu post-demokratischen, evtl. auch post-neoliberalen Zuständen. Diese Transformation ist seit mittlerweile mehreren Jahren in der Wissenschaft und in der Politik Gegenstand der Reflexion und der Kritik und wurde mithin von den am Projekt Beteiligten eingebracht.

Allerdings war den Beteiligten diese Situation eines anstehenden, aber ohne Alternative nicht eintretenden Umbruchs von Anfang an als „toter Punkt“ gegenwärtig, und die große Herausforderung des Grenzgangs lag darin, mit der solidarischen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse auch diesen toten Punkt zu überwinden. Das Ergebnis des Projekts war daher bewusst offen gehalten worden. Ergebnis konnte ein fertig ausformulierter Gestaltungsentwurf oder eine Vielzahl einzelner Entwürfe sein, aber auch nur eine Idee oder ein neuer Begriff, eine zentrale Forderung oder der Versuch, aktuelle Diskussionen im Bereich der Arbeitsverhältnisse in eine bestimmte Richtung zu lenken, ein bestimmtes Problembewusstsein zu schaffen oder einen innovativen oder weiterführenden Beitrag zu liefern. Dieselbe Offenheit galt für das methodische Verfahren, allein schon, weil vor Projektbeginn ungewiss war, wie dieses recht umfangreiche und neue Verfahren unter den gegebenen Bedingungen und der aktuellen politischen Gesamtsituation funktionieren würde.

Da Methode und Inhalt des Verfahrens bereits oben im Zuge der Analyse der Diskussionsgruppen des Projekts sowie seiner Phasen und der Anpassungen ausgewertet wurden, soll im Folgenden nur mehr ein abschließendes Fazit gezogen werden.

Fazit: Das Verfahren

Das Innovative des Projekts bestand darin, ein neues dialogisches Verfahren zu konzipieren, das zum einen auf die fragmentierte Situation in Wissenschaft und Politik und zum anderen auf die gesamtgesellschaftliche Situation eines anstehenden, aber nicht eintretenden Umbruchs reagiert. Ziel war es, Gestaltungsentwürfe im Bereich der Arbeitsverhältnisse durch einen Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik zu entwickeln.

Der Grenzgang sollte im Zusammenspiel verschiedener Diskussionsgruppen gelingen, die heterogen zusammengesetzt waren, verschiedene Aufgaben verfolgten und dabei gemeinsam die verschiedenen Projektphasen durchliefen, von der gemeinsamen Verständigung über die Diskussion konkreter Gestaltungsentwürfe bis hin zu Fragen ihrer Platzierung in der Öffentlichkeit und der politischen Umsetzung.

Die Heterogenität der Diskussionsgruppen bei gleichzeitig kontinuierlichen Diskussionen sowie die Aufgabenteilung bei gleichzeitigem Durchlaufen gemeinsamer Phasen hat – zumindest z.T. – die Hoffnung erfüllen können, eine fragmentierte Wissenschaft und eine fragmentierte Politik temporär zusammenzubringen und die Fragmentierung im Sinne einer Mosaik-Linken in die Stärke unterschiedlicher Expertisen und Perspektiven zu wandeln. Die einzelnen Expert_innen haben sich entsprechend ihrer Expertise und der Aufgabe der jeweiligen Diskussionsgruppe auf ein dialogisches und relativ ergebnisoffenes Verfahren eingelassen, getragen insbesondere von der kontinuierlichen Mitarbeit eines kleineren, aber repräsentativen Kreises. Allerdings hat sich herausgestellt, dass letztlich nur die Moderationsgruppe den Überblick bewahren und den Fortgang eines Dialogs sichern kann, der über einen längeren Zeitraum und zwischen mehreren Diskussionsgruppen geführt werden muss; zumal die alltägliche Arbeitsbelastung und -überlastung bei einzelnen Beteiligten keine regelmäßige Teilnahme zuließ, dazu kam eine nachlassende Beteiligung bei zunehmender Projektdauer.

Um diese Entwicklung aufzufangen und um die Kontinuität und Heterogenität zu sichern, war es wichtig, in das Projekt von vornherein mit einer möglichst großen und heterogenen Beteiligung zu starten und mit zumindest einigen der Beteiligten das Projekt inhaltlich vorzudiskutieren; das Projekt war auch im Fortgang auf das kontinuierliche Engagement zumindest einzelner Diskutanten angewiesen. Besonders wichtig war es, durch Protokolle, Zwischenberichte und Rückkopplungsgespräche einen gemeinsamen Diskussionsstand herzustellen und zu sichern. Allerdings wurden sie vor allem zur Fortführung der Diskussion genutzt – auch das erwies sich als sinnvoll, denn die Protokolle und Rückkopplungsgespräche nur zur Herstellung eines einheitlichen Stands zu verwenden, hätte den Fortgang zu sehr aufgehalten und wäre wohl auch nicht zielführend gewesen.

Auch wenn sich die ursprünglich geplante Anlage des Projekts nur bedingt umsetzen und durchhalten ließ und sich die oben genannten Anpassungen – im Zuge der ohnehin konzipierten „Verfahrensoffenheit“ – als sinnvolle Weiterentwicklung erwiesen (vor allem das Öffnen der Diskussionsgruppen ab Phase 2 und die gemeinsamen Workshops aller DG zum Ende jeder Phase), so hatte das Projekt in seiner grundsätzlichen Anlage und Ausrichtung doch die richtigen Konsequenzen aus der fragmentierten Situation und der allgemeinen Ratlosigkeit in Wissenschaft und Politik sowie aus dem Bedürfnis nach Orten der Übereinkunft gezogen. Entscheidend war der Grundzug des Projekts: Die Entwicklung von Alternativen muss beiden Seiten, Wissenschaft wie Politik, einen Freiraum einräumen, damit unterschiedliche Akteur_innen über einen längeren Zeitraum zu einem gemeinsamen Anliegen zusammenkommen können. Allerdings galt es auch die Grenzen zu berücksichtigen: Der Freiraum bleibt bei aller langfristigen Anlage doch temporär, die Zusammensetzung bleibt so heterogen wie die Positionen kontrovers, und die Beteiligten bleiben gebunden an ihre Herkunftsorganisatio-

nen. Genau diese Grenzen können, zumindest für die Dauer des Projekts, in dessen Stärke umschlagen, wenn die Heterogenität, wie das in den verschiedenen Phasen des Projekts vorgesehen war, zum Austausch unterschiedlicher Positionen wird; wenn dieser Austausch wiederum der Orientierung und Verständigung dient und die kontroversen Positionen nicht nur offen austrägt, sondern auch der Suche nach Übereinkünften dient; und wenn alles zusammen, der Austausch, die Verständigung und die Suche nach Übereinkunft, schließlich über die Auswertung und Sicherung (die vor allem Aufgabe der Moderationsgruppe sein muss) eine dialogische Form und eine Gerichtetheit annimmt.

Im Projekt wurde versucht, eine solche Übereinkunft zu finden, indem die bestehenden Unterschiede und Konflikte weniger gelöst als vielmehr auf das gemeinsame „Terrain“ der Zeit verlagert und hier reformuliert wurden. Das eigentliche gemeinsame Terrain bleibt aber der Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik, der im Projekt als „dialogische Wissensproduktion“ angelegt war. Es muss angesichts der vielen großen Krisen und der kleinen Probleme des Gegenwartskapitalismus gelingen, die Kluft zwischen Wissen und Politik und die fragmentierte Situation in beiden Bereichen durch gemeinsame und zeitlich gesehen kontinuierliche Freiräume in die Stärke einer ebenso vielfältigen wie horizontalen Übereinkunft zu wandeln. Die Kluft und die fragmentierte Situation werden durch das Dialogische und den Grenzgang zu Orten der zumindest punktuellen und temporären Übereinkunft, auch wenn der Dialog und die Kontinuität sich einerseits erst einstellt und ertragreich werden, wenn sie in die jeweiligen Herkunftsorten eingehen, und andererseits beständig durch eine Moderationsgruppe begleitet und gesichert werden müssen.

Ein solch langfristig angelegtes und heterogen zusammengesetztes Projekt könnte besonders für Stiftungen und vergleichbare Organisationen interessant sein. Es ermöglicht Aufgaben zu verfolgen, die isolierte Expertinnenrunden, Kongresse und Tagungen und der alltägliche Universitätsbetrieb nicht leisten können und auf die sie auch gar nicht ausgerichtet und eingestellt sind. Das Projekt bietet sich vor allem bei groß angelegten Fragestellungen und Planungen an, es könnte aber auch einen übergreifenden Rahmen bieten, um andere Projekte wie Tagungen, Seminare u. Ä. in einen größeren, kontinuierlichen Rahmen einzubetten. Ergebnisse könnten so über die übliche bloße Dokumentation hinaus in einen stetigen Diskussionsprozess eingehen und ständig nachbereitet und weiterverarbeitet werden. Eine solche Einbindung in einen übergreifenden Rahmen würde den negativen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Zeitregime und mit der Fragmentierung und Vereinzelung innerhalb der Wissensproduktion entgegenwirken. Der Diskussionsprozess wäre zudem kontinuierlich mit einer bestimmten Organisation verbunden; er würde von ihr begleitet und betreut und hätte hier den Ort, sich inhaltlich niederzuschlagen und langfristig wirksam zu werden.

Dafür sollten vergleichbare Projekte von Anfang an eine starke Moderationsgruppe einplanen. Die Moderation muss eine tragende und auch eine führende Rolle spielen, da nur über sie eine Nach- und Aufarbeitung und eine Vorbereitung und Zuspitzung der Diskussionen stattfinden können. Die Moderationsgruppe muss zudem mögliche Kontroversen frühzeitig aufnehmen; sie muss zum offenen Austragen motivieren

und nach Möglichkeiten suchen, die Kontroversen produktiv zu wenden. Bei der Auswahl und Zusammenstellung der Expert_innen und der Diskussionsgruppen sollte auf eine ausgewogene Zusammensetzung geachtet werden, und die Idee des dialogischen und ergebnisoffenen Verfahrens sollte mit jedem Mitglied vorab durchgesprochen werden, um dem/der Diskutant_in ihren Status und ihre Rolle deutlich zu machen. Das Ziel des Verfahrens sollte zwar vorab klar formuliert werden, aber die Form des Ergebnisses kann offen gehalten werden, da nur schwer absehbar ist, wie die Diskussionen ausfallen und welche Art von Ergebnis ihr am besten gerecht wird. Das gilt besonders, wenn sich die Diskussion ständig auf aktuelle Entwicklungen einstellen oder auf sie reagieren muss. Auch das Verfahren sollte klar strukturiert und den Teilnehmenden so transparent wie möglich präsentiert werden, aber offen bleiben für schnelle und ständige Anpassungen.

Grundsätzliche Strategie der Moderationsgruppe, aber auch aller Beteiligten sollte sein, Schwächen oder Probleme: von den allgemeinen Rahmenbedingungen und der Einbettung des Projekts (fragmentierte Situation in Wissenschaft und Politik, Schwäche linker Politik, Verlust großer gesellschaftlicher Alternativen und Utopien), über die Heterogenität seiner Zusammensetzung und die widerstreitenden Positionen bis zur Offenheit des Ergebnisses, methodisch aufzunehmen und in die Stärken eines dialogorientierten, offenen Verfahrens zu wandeln.

Wie immer auch die Erfahrungen und Erkenntnisse, die Ergebnisse und Gestaltungsentwürfe des Projekts „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ zu bewerten sind, die Diskutant_innen müssen all das in ihre Herkunftsorganisationen zurücktragen und dort verbreiten – wenn das Projekt wirksam werden soll, dann indem mit den Diskussionsständen und Ergebnissen an anderen Orten weitergearbeitet wird. Es wird aber vor allem Aufgabe der Moderationsgruppe sein, sowohl die Erfahrungen mit dem dialogischen Verfahren und der Struktur des Projekts als auch den inhaltlichen Ertrag und die Ergebnisse in das ISM und die beteiligten Stiftungen zurückzutragen, damit dort eine Verbreitung und Fortführung stattfinden kann; erst dann löst das Projekt den Grenzgang von Wissenschaft und Politik ein und wird nicht nur der fragmentierten Situation auf beiden Seiten gerecht, sondern auch dem prozesshaften Charakter von Wissenschaft und Politik insgesamt.

Inhaltliches Fazit

Gelungen ist dem Projekt zunächst, ganz wie das für dessen erste Phase vorgehen war, eine Verständigung zu erzielen; und zwar eine Verständigung sowohl in der Kritik und Analyse der Entwicklung in Ökonomie und Politik als auch in der Bestimmung der beiden namensgebenden Begriffe des Projekts „solidarisch“ und „Arbeitsverhältnisse“. Des Weiteren konnten daraus auch die Aufgabe sowohl für das Projekt als auch für die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse abgeleitet werden: Es geht um die vom Neoliberalismus und Finanzkapitalismus ideologisch wie praktisch geleugneten gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individueller Autonomie. Diese noch ebenso weit wie allgemein gehaltene Formulierung konnte in der zweiten Phase dann auf die zeitliche Dimension hin zugespitzt werden, um die „gesellschaftlichen Bedingungen“ inhaltlich genauer zu fassen; dabei gelang auch ein Anschluss sowohl an die aktuelle Kritik an der Finanzialisierung, De-

regulierung, Privatisierung etc. eben dieser gesellschaftlichen Bedingungen, als auch ein Anschluss an die Diskussionen um Alternativen, als auch an diejenigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen, die zurzeit um die Aneignung und Rückeroberung des Gesellschaftlichen und Öffentlichen und der Commons kreisen.

Allerdings hat sich im Übergang in die dritte Phase, in der es um die konkreten Gestaltungsentwürfe ging, der „tote Punkt“ eingestellt, dass zwar durchaus eine radikale Kritik möglich ist und dass in der Kritik sogar eine ungewohnte Einigkeit in kritischer Wissenschaft wie in linker Politik herrscht (aber auch in Teilen der Bevölkerung), dass sich daraus aber noch kein „positiver Umkehrschub“ ergibt. Dieser tote Punkt ergab sich, obwohl mit der Zeitfrage ein gemeinsamer Ansatzpunkt gefunden worden war. Ja, er stellt sich in der Zeitfrage sogar ganz unmittelbar und gleichsam buchstäblich ein: Die gegenwärtige Zeitökonomie und das bestehende Zeitregime mit seinen Techniken und Praktiken bleiben so lange in Kraft und gehen so lange weiter – wie immer auch autoritär und ohne emphatische Erwartungen –, solange der ökonomische und politische Umgang mit der Zeit nicht selbst ein anderer wird.

Dieser andere Umgang ist das Thema des Projekts gewesen. Auch wenn ihm kein großer, schlüssiger Gestaltungsentwurf gelang, so hat das Projekt in diesem schwierigen Thema doch:

1. Orientierung über die aktuellen Diskussionen aufseiten der kritischen Wissenschaft und linker Politik schaffen können,
2. im Anschluss an die aktuellen Diskussionen in Wissenschaft und Politik Gestaltungsentwürfe formulieren und sie zugleich in zeitlicher Hinsicht reformulieren können; und
3. erste Überlegungen zur Politisierung und Transformation in die Öffentlichkeit anstellen können, auch hier in Rücksicht auf die zeitliche Dimension der Politisierung und Transformation.
4. Derjenige Gestaltungsentwurf, der die gesuchten „gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individuelle Autonomie“ am besten einlöst und der Prekarität der Arbeits- und Lebensverhältnisse durch neue Formen der materiellen Sicherung entgegenwirkt, ist die soziale Infrastruktur.

Die äußeren Umstände für eine praktische Umsetzung solcher Vorschläge mögen zurzeit weniger hoffnungsvoll sein als noch zu Beginn des Projekts. Damals, nach der Finanzkrise und der zumindest teilweisen Delegitimierung des Neoliberalismus sowie im Zuge der großen Massenproteste, die 2011ff. um die Welt gingen, schien kurz ein Zeitfenster für einen gesellschaftlichen Aufbruch und einen Umbruch offen zu sein – nicht nur im Bereich der Arbeitsverhältnisse. Dieses Zeitfenster scheint wieder geschlossen zu sein – nicht etwa, weil die multiple (ökonomische, politisch, ökologische, soziale) Krise sich erledigt hätten, sondern durch die neoliberale Einhegung der Krisen. Indes sind die Krisen dadurch eher aufgeschoben und verzögert als endgültig gelöst, und entsprechend ist eine ständige Wiederkehr und sogar eine verschärfte Rückkehr zu erwarten.

Mittlerweile, nach dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland und dem Aufstieg von Podemos in Spanien, gibt es wieder die Perspektive und die hoffnungsvolle Erwartung, dass eine grundsätzliche Umorientierung mög-

lich ist. Vielleicht ist aber dieses schnelle Auf und Ab ohne wirkliche Veränderung das eigentliche Kennzeichen der aktuellen Epoche, gleichsam die politische Ökonomie unserer Zeit: Es gibt ein plötzliches Ausbrechen ökonomischer Krisen und politischer Konflikte, die, ohne wirklich gelöst zu sein, sich eher verlagern und weiter schwelen als endgültig zu verschwinden, und es gibt häufig wechselnde politische Konstellationen im Weltgeschehen sowie das Auftreten ganz neuer politischer, sozialer und religiöser Gruppen, Kräfte und Bewegungen, die ebenfalls bald wieder verschwinden, um an anderer Stelle erneut aufzutauchen.

Was das Thema Arbeit betrifft, so ist sind die Arbeitsverhältnisse in Deutschland weniger im Zuge einer direkten Betroffenheit von der großen Finanzkrise (re-)politisiert worden als durch die langanhaltende und schleichende Prekarisierung und die offensichtliche Unverhältnismäßigkeit zwischen der Gewinnentwicklung einerseits und der Einkommensentwicklung andererseits sowie durch die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit. Plötzlich taucht sogar ein politisches Kampfmittel wieder auf, das wir in den Diskussionen gar nicht mehr richtig berücksichtigt hatten: der Streik.

Noch mehr als die Arbeit scheint jedoch das Thema Zeit zunehmend in den Mittelpunkt wissenschaftlicher und politischer Diskussionen zu gelangen, nicht nur in Verbindung mit der Arbeit, sondern auch im Zusammenhang mit dem Finanzkapitalismus und dem Kredit- und Zinswesen, mit der Spar- und Austerität und dem Umgang mit Schulden, mit dem Klimawandel und der Ressourcenknappheit und den neuen Technologien. Ohnehin wird das Thema Arbeit und Zeit, durch alle Konjunkturen hindurch, Dauerthema bleiben und für unsere Gesellschaft im wahrsten Sinne wohl zeit-los sein. Die Gesellschaft wird immer wieder auf die Bedeutung der Verbindung von Arbeit und Zeit zurückkommen müssen, die Verbindung wird auf unabsehbare Zeit Gegenstand sowohl der wissenschaftlichen wie der politischen Auseinandersetzung bleiben, ja, die Frage ist, ob der Zusammenhang sich überhaupt jemals still stellen lassen wird – oder ob er nicht, so lange er das Wesen unserer Ökonomie bleibt und ihren inneren Zusammenhang stiftet, von sich aus dazu zwingen wird, auf ihn zurückzukommen.

Genau dieses Problembewusstsein über einen Antagonismus im inneren unserer Gesellschaft könnte das Projekt zumindest stärken und auf Dauer stellen: Die Zeit ist in unserer Gesellschaft ein zutiefst individuelles und unveräußerliches Existenzial und zugleich das öffentliche Gut schlechthin. Wenn es gemäß der im Projekt gefundenen Formel darum geht, die gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie zu erobern und zu stärken, so muss das einerseits auf die Zeit als Verbindung schlechthin zwischen Gesellschaft und Individuum zielen; andererseits steht die Zeit für den Antagonismus, dass sie einerseits das zutiefst individuelle und unveräußerliche Wesen jedes Einzelnen ist und doch für dessen Reproduktion als Arbeitszeit verkauft, entäußert und ökonomisch in Wert gesetzt werden muss und darin gesellschaftlich bestimmt und ein gesamtgesellschaftliches Wesen ist. Dieser Antagonismus zieht sich durch alle ökonomischen Fortschritte und Krisen, durch alle politischen Konflikte und sozialen Bewegungen hindurch, das gilt für alle neuen Techniken und für alle neuen Formen der Arbeit und des Lebens.

Es ist die buchstäbliche Auseinandersetzung mit der Zeit oder gar der Zeit selbst, die durch Arbeit geschehen

muss und sich als eine ökonomische und als eine politische Auseinandersetzung darstellt. Diese Auseinandersetzung ist das, was sich in der kapitalistischen Gesellschaft per se nicht still stellen und endgültig befrieden und lösen lässt – Arbeit und Zeit bleiben notwendigerweise ebenso aufeinander verwiesen wie umkämpft, und die „gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individueller Autonomie“ zu finden heißt, die Bedingungen für diese Auseinandersetzung zu finden.